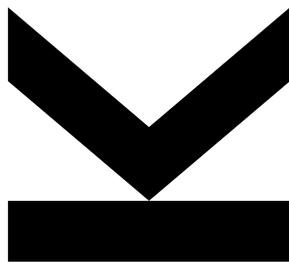

Ideologisches Positionierungsverhalten als strategisches Werkzeug im Parteienwettbewerb.

Eine empirische Analyse programmatischer Entwicklungstendenzen von SPÖ und ÖVP von 1945 bis 2015.



**JOHANNES KEPLER
UNIVERSITÄT LINZ**

Altenberger Straße 69
4040 Linz, Österreich
www.jku.at
DVR 0093696

Masterarbeit zur Erlangung des akademischen Grades Master of Science (M.Sc.) im Masterstudium Sozialwirtschaft

Markus Huber B.Sc. B.Sc.
Verfasser

angefertigt am Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Margitta Mätzke Ph.D.
Wissenschaftliche Betreuerin

Linz, Februar 2017

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre an Eides statt, dass ich die vorliegende Masterarbeit selbstständig und ohne fremde Hilfe verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt bzw. die wörtlich oder sinngemäß entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe.

Die vorliegende Masterarbeit ist mit dem elektronisch übermittelten Textdokument identisch.



Linz, Februar 2017

Danksagungen

Das Erstellen dieser wissenschaftlichen Studie war eine prägende sowie wertvolle persönliche Erfahrung, die es mir erlaubte in einem Gebiet zu forschen, welches mich Zeit meines Studiums sehr interessierte. Ebenso stellte diese Untersuchung aber auch eine nicht immer einfach zu bewältigende Herausforderung dar, welcher ich nach bestem Wissen und Gewissen begegnete.

Zugleich möchte ich betonen, dass es mir ohne mein persönliches Umfeld nicht möglich gewesen wäre, diese Studie erfolgreich durchzuführen. Resümierend ist es mir daher ein großes Anliegen, mich bei jenen Menschen zu bedanken, die durch ihre fachliche oder emotionale Unterstützung zum Gelingen der Arbeit beigetragen haben.

Ein großes Dankeschön gilt Margitta Mätzke für ihre wertvollen, fachspezifischen Anregungen im Rahmen wegweisender Beratungsgespräche.

Darüber hinaus danke ich meinen Eltern, Karin und Wilhelm, für ihren bedingungslosen Rückhalt und dafür, dass sie mir mein Studium ermöglichten.

Besonders bedanken möchte ich mich bei Alexandra für ihre liebevolle Geduld und für ihre moralische Unterstützung in dieser speziellen Zeit.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung.....	6
2.	Die österreichische Parteienlandschaft in der Zweiten Republik.....	10
3.	Ideologisches Positionierungsverhalten in der Parteiwandelforschung.....	15
3.1	Die Entwicklungsgeschichte des ideologischen Positionierungsverhaltens	16
3.2	Massenintegrationspartei auf Klassenbasis.....	18
3.3	Catch-All Partei	19
3.4	Kartellpartei.....	21
3.5	Electoral Professional Party und Professionalisierte Wählerpartei.....	22
3.6	Professionalisierte Medienkommunikationspartei	23
4.	Ideologische Positionierung als strategisches Werkzeug.....	26
4.1	Ideologische Konvergenz als parteistategisches Fehlverhalten.....	28
4.2	Das Medianwählermodell	29
4.2.1	Medianwählermodell im Zweiparteiensystem.....	30
4.2.2	Medianwählermodell im Mehrparteiensystem.....	32
4.3	Bewertung des historischen Positionierungsverhaltens von SPÖ und ÖVP	33
4.3.1	Analyse der Strategie der ideologischen Differenzierung 1945	34
4.3.2	Analyse der Strategie der ideologischen Konvergenz 2015	36
4.3.3	Analyse der Strategie der Ideologischen Differenzierung 2015	38
5.	Methodische Vorgehensweise	42
5.1	Grundsatzprogramme als Instrumente zur ideologischen Verortung	42
5.2	Die Grundsatzprogramme von SPÖ und ÖVP	44
5.3	Methodik zur Vermessung des Positionierungsverhaltens von SPÖ und ÖVP	46
5.3.1	Methodik zur Vermessung der allgemeinen Positionierung.....	49
5.3.2	Methodik zur Vermessung der Positionierung in einzelnen Politikbereichen.....	55
6.	Das ideologische Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP in der Zweiten Republik.....	57
6.1	Zum allgemeinen ideologischen Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP.....	57
6.1.1	Ideologisches Positionierungsverhalten der SPÖ	58
6.1.2	Ideologisches Positionierungsverhalten der ÖVP.....	59
6.1.3	Positionierung entlang der distributiven Konfliktlinie.....	62
6.1.4	Positionierung entlang der politisch-kulturellen Konfliktlinie	63
6.2	Zur ideologischen Positionierung in ausgewählten Politikbereichen	65
6.2.1	Positionierung in Wirtschafts- und Finanzpolitik.....	66
6.2.2	Positionierung in Sozialpolitik.....	68
6.2.3	Positionierung in Demokratieverständnis	69
6.2.4	Positionierung in Bildungs- und Kulturpolitik	71
6.2.5	Positionierung in Familienpolitik.....	73
6.2.6	Positionierung in Außen- und Europapolitik.....	74
6.2.7	Positionierung in Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.....	76
6.2.8	Rekapitulation der ideologischen Entwicklungstendenzen in Politikbereichen.....	77
6.3	Zu den Entwicklungstendenzen im Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP.....	80
6.4	Zur Bewertung des Positionierungsverhaltens von SPÖ und ÖVP.....	81
7.	Ausblick	83
8.	Anhang.....	86
	Quellenverzeichnis.....	93

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Ergebnisse österreichischer Nationalratswahlen von 1945 bis 2013	11
Abb. 2: Medianwählermodell im Zweiparteiensystem	31
Abb. 3: Medianwählermodell im Mehrparteiensystem.....	32
Abb. 4: Nutzenoptimierendes Positionierungsverhalten 1945.....	34
Abb. 5: Nutzenmaximierendes Positionierungsverhalten 2015.....	36
Abb. 6: Matrix zur Verortung der ideologischen Positionen der Grundsatzprogramme	46
Abb. 7: Allgemeines Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP	58
Abb. 8: Positionierungsverhalten entlang der distributiven Konfliktlinie	62
Abb. 9: Positionierungsverhalten entlang der politisch-kulturellen Konfliktlinie.....	64
Abb. 10: Ideologische Positionierung in Wirtschafts- und Finanzpolitik	66
Abb. 11: Ideologische Positionierung in Sozialpolitik.....	68
Abb. 12: Ideologische Positionierung im Demokratieverständnis	70
Abb. 13: Ideologische Positionierung in Bildungs- und Kulturpolitik.....	72
Abb. 14: Ideologische Positionierung in Familienpolitik	73
Abb. 15: Ideologische Positionierung in Außen- und Europapolitik.....	75
Abb. 16: Ideologische Positionierung in Verteidigungs- und Sicherheitspolitik	77

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Ideologisches Positionierungsverhalten gemäß organisationaler Parteytypen	24
Tab. 2: Grundsatzprogramme von SPÖ und ÖVP.....	44
Tab. 3: Codierplan zur ideologischen Verortung entlang der distributiven Konfliktlinie	50
Tab. 4: Codierplan zur ideologischen Verortung entlang der politisch-kulturellen Konfliktlinie.....	52
Tab. 5: Issue-Summen in Relation zur Gesamtwörteranzahl der Manifeste.....	53
Tab. 6: Wertetabelle zum allgemeinen ideologischen Positionierungsverhalten	54
Tab. 7: Zentrale Politikbereiche in Grundsatzprogrammen von SPÖ und ÖVP	55
Tab. 8: Wertetabelle zum Positionierungsverhalten im Bereich Demokratieverständnis.....	56

Abkürzungsverzeichnis

BZÖ	Bündnis Zukunft Österreich
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
LIF	Liberales Forum
ÖVP	Österreichische Volkspartei
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs / Sozialistische Partei Österreichs
VdU	Verband der Unabhängigen

1. Einleitung

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind sozialdemokratische und christlich-soziale Parteien die dominanten politischen Kräfte in westeuropäischen Staaten. In einer Mehrheit dieser Nationen sind Parteien dieser beiden Typen stets an der Regierung beteiligt und haben die meisten Plätze in Parlamenten besetzt. Allerdings gerät die politische Vormachtstellung dieser traditionellen Mitgliederparteien in vielen Ländern in den letzten drei Dekaden stark ins Wanken und ist heute keineswegs mehr Selbstverständlichkeit. Vielmehr können sich vielerorts neue Parteien etablieren und werden zu ernstzunehmenden KonkurrentInnen für die traditionellen sozialdemokratischen und christlich-sozialen Mitgliederparteien.¹

Diese Umstrukturierung der Parteienlandschaft vollzieht sich in Österreich in besonders starkem Ausmaß. Zwar wird in der Geschichte der Zweiten Republik der/die österreichische BundeskanzlerIn stets entweder von SPÖ oder ÖVP gestellt, jedoch ist seit den 1980er Jahren ein fundamentaler Wandlungsprozess zu beobachten. In dieser jüngeren Vergangenheit verlieren die beiden traditionellen Mitgliederparteien bei Nationalratswahlen sukzessive, aber in Summe beträchtliche Mengen an WählerInnen. Währenddessen gelingt es parteilichen GegnerInnen ab diesem Zeitpunkt parallel dazu, umfassende Stimmengewinne zu verzeichnen und stärker mit SPÖ und ÖVP zu konkurrieren. Aus diesem Umstand heraus ergibt sich eine zunehmende Intensität im österreichischen Parteienwettbewerb.²

Aus wissenschaftlicher Sicht eröffnet sich darauf aufbauend die Frage nach den Ursachen des Stimmenrückganges der traditionellen österreichischen Mitgliederparteien. Innerhalb der Disziplin der Parteiwandelforschung gilt die sogenannte These der zunehmenden ideologischen Konvergenz als ein potentieller Erklärungsansatz, der den wahlpolitischen Niedergang begründet. Die These besagt, dass sozialdemokratische und christlich-soziale Fraktionen im gesamten west- und zentraleuropäischen Kontext verstärkt an ideologischem Profil verlieren und einander programmatisch zunehmend ähnlicher werden. In letzter Konsequenz, so das Argument der Konvergenzthese, büßen die Mitgliederparteien dadurch an Anziehungs- und Inklusionskraft gegenüber der Bevölkerung ein, weshalb immer weniger Stimmen gewonnen

¹ vgl. Keman/Pennings 2006: S. 95f; vgl. Franzmann 2008: S. 79

² vgl. Bundesministerium für Inneres

werden.³ In diesem Sinne erachtet diese Studie das ideologische Positionierungsverhalten als entscheidenden Faktor für den Wahlerfolg politischer Fraktionen und fokussiert sich darauf aufbauend auf die Beantwortung der folgenden Forschungsfrage:

Wie entwickeln sich die ideologischen Ausrichtungen von SPÖ und ÖVP im Verlauf der Zweiten Republik und wie determiniert dieses Positionierungsverhalten den Wahlerfolg der traditionellen österreichischen Mitgliederparteien?

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wird im Rahmen dieser Arbeit das Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP empirisch ermittelt und in einem weiteren Schritt im Hinblick auf den parteilichen Wahlerfolg bewertet. Durch die Ermittlung der Entwicklungstendenzen im ideologischen Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP wird eruiert, inwiefern der stetige Stimmenrückgang tatsächlich von einer wachsenden programmatischen Ähnlichkeit beider Parteien begleitet wird. Somit wird die Hypothese der zunehmenden ideologischen Konvergenz für den Fall Österreich überprüft.

Darüber hinaus wird unter Verwendung wissenschaftlicher Konzepte herausgearbeitet, welche Konsequenzen sich aus den Entwicklungstendenzen im Positionierungsverhalten für den Wahlerfolg von SPÖ und ÖVP ergeben. In diesem Sinne wird ideologische Positionierung als strategisches Werkzeug interpretiert, mittels dessen politische Fraktionen ihren Stimmenanteil steigern oder mindern können. Um spezifische Strategien im Positionierungsverhalten auf diese Art und Weise zu bewerten, wird das Medianwählermodell (Downs: 1968) herangezogen. Dieses definiert im Wesentlichen Annahmen, wie sich rational agierende Parteien in Relation zum externen Kontext idealerweise positionieren, um ihre Stimmanteile zu maximieren.⁴ Weicht das im Rahmen dieser Studie empirisch ermittelte Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP von den Hypothesen zum nutzenmaximierenden Verhalten ab, so vermindern die Parteien ihre Erfolgsaussichten eigenhändig. Tritt dieser empirische Befund ein, so wäre SPÖ und ÖVP in letzter Konsequenz parteistrategisches Fehlverhalten zu attestieren.

Zusätzlich erhebt diese Arbeit den Anspruch, ideologische Positionierung als Möglichkeit zur politischen Regeneration zu betrachten. Dieser Interpretationslogik folgend, werden im Hinblick auf das Medianwählermodell Überlegungen angestellt, inwiefern SPÖ und ÖVP in ihrem Positionierungsverhalten effizienter hätten agieren können. In Anlehnung daran wird theoretisiert, ob eine Neupositionierung die künftigen Erfolgchancen der Mitgliederparteien gegebenenfalls erhöhen könnte.

³ vgl. Kirchheimer 1965: S. 27ff, vgl. Crouch 2008: S. 32f

⁴ vgl. Downs 1968: S. 112ff

Zur konkreten Ermittlung des Positionierungsverhaltens von SPÖ und ÖVP werden Grundsatzprogramme, die im Zeitraum von 1945 bis 2015 publiziert wurden, einer quantitativen Inhaltsanalyse unterzogen. Durch diese methodische Vorgehensweise wird es möglich, die ideologische Position jedes untersuchten Grundsatzprogrammes in einem vorab definierten politischen Spektrum zu verorten. Jenes Spektrum charakterisiert sich entlang der Achsen Marktliberalismus versus Sozialstaatlichkeit sowie Traditionalisierung versus Modernisierung. Aus der Summe der ermittelten ideologischen Standpunkte, welche sich aus der Untersuchung einzelner Grundsatzprogramme ergibt, lässt sich im sechzigjährigen Beobachtungszeitraum ein Entwicklungsverlauf im Positionierungsverhalten ausmachen.

Die Analyse des Positionierungsverhaltens von SPÖ und ÖVP wird im Zuge dieser Forschungsarbeit anhand zweier Ebenen durchgeführt. In einem ersten Schritt wird das allgemeine Positionierungsverhalten der Parteien ermittelt, welches sich aus den jeweiligen Gesamttexten der Grundsatzprogramme ableitet. Außerdem werden die ideologischen Positionen der Parteien hinsichtlich spezifischer Politikbereiche wie Wirtschaft, Bildung, Soziales, etc. erhoben. Die Betrachtung einzelner politischer Felder verspricht zusätzlichen Erkenntnisgewinn hinsichtlich der Transformationen im Positionierungsverhalten. Etwa ist anzunehmen, dass SozialdemokratInnen tendenziell eher versuchen den Bereich der Sozialpolitik für sich einzuvernehmen. Demgegenüber verstehen sich christlich-soziale Fraktionen traditionell als Wirtschaftsparteien und legen besonderen Wert auf den ökonomischen Politikbereich. In Anbetracht dessen sind etwaige Veränderungen im Positionierungsverhalten in spezifischen politischen Feldern hinsichtlich der Forschungsfrage überaus aussagekräftig.

Es existieren bereits Studien, die sich mit der Vermessung der ideologischen Positionen von Parteien auseinandersetzen. So untersuchen Keman/Pennings (2006) das Phänomen der ideologischen Konvergenz im Zuge einer international vergleichenden Forschungsarbeit. Analysiert werden hier die Wahlprogramme in sechzehn europäischen Ländern, im Zeitraum von 1989 bis 2002.⁵ In der Mehrheit der untersuchten Länder wird zwischen SozialdemokratInnen und Christlich-Sozialen ein starker Trend zur Ähnlichkeit verortet. Im Fall von Österreich allerdings erkennt die Studie in der jüngeren Vergangenheit eine wachsende ideologische Distanz zwischen SPÖ und ÖVP. Keman/Pennings (2006) interpretieren diese Differenzierungstendenz dahingehend, dass die Parteien auf die immer stärker werdende neue Linke und neue Rechte reagieren. Es wird argumentiert, SPÖ und ÖVP hätten erkannt, dass die Orientierung im politischen Zentrum keine erfolgsversprechende Strategie mehr darstellt. Vielmehr streben beide Akteurinnen wieder vermehrt danach, sich programmatisch zu differenzieren.⁶

⁵ vgl. Keman/Pennings 2006: S. 105f

⁶ vgl. ebenda: S. 115ff

Im Kontrast zur Arbeit von Keman und Pennings (2006), welche auf der Analyse von Wahlprogrammen basiert, werden an dieser Stelle Grundsatzprogramme verwendet. Die vorliegende Studie greift auf Grundsatzprogramme zurück, weil Dokumente dieser Art vom Jahr 1945 bis in die Gegenwart durchgängig verfügbar sind. Somit sind diese politischen Schriften die ideale Datengrundlage, um das Positionierungsverhalten der österreichischen Mitgliederparteien über einen sechzigjährigen Zeitraum zu ermitteln.

Gerade der vergleichsweise umfassende Betrachtungszeitraum dieser Arbeit verspricht zusätzlichen Erkenntnisgewinn. Einerseits werden ideologische Schwankungen bereits ab dem frühen Zeitpunkt von 1945 erfasst, andererseits reicht das Beobachtungsfenster bis in die aktuelle Gegenwart. Durch diesen spezifischen Charakter der Studie werden die sich langfristig im Positionierungsverhalten abzeichnenden Trends in deutlichem Maße identifiziert. Dahingehend ist es auch möglich, das bei Keman/Pennings (2006) aufgestellte Argument des reaktiven Positionierungsverhaltens von SPÖ und ÖVP noch genauer zu untersuchen.

Zusätzlich ermöglicht der Forschungsfokus auf den Einzelfall Österreich, im Kontrast zu international vergleichenden Studien, eine detailliertere Analyse, die sich intensiver mit den einzelnen Grundsatzprogrammen von SPÖ und ÖVP auseinandersetzt. Gerade die eingehende Betrachtung separater politischer Felder wie Wirtschaft, Soziales, Bildung, etc. verspricht zusätzliche Erkenntnisse zu den Entwicklungstendenzen im ideologischen Positionierungsverhalten.

2. Die österreichische Parteienlandschaft in der Zweiten Republik

Im folgenden Kapitel wird ein Überblick zur österreichischen Parteienlandschaft in der Zweiten Republik gegeben. Hierbei werden die beiden traditionellen Mitgliederparteien, SPÖ und ÖVP, charakterisiert. Ebenso wird unter Betrachtung der Ergebnisse österreichischer Nationalratswahlen die zunehmend intensiver werdende Konkurrenzsituation am politischen Markt dargestellt. Diesbezüglich werden FPÖ und Grüne, die beiden stärksten politischen Rivalinnen von SPÖ und ÖVP, näher beleuchtet.

Im Laufe der Zweiten Republik prägen SPÖ und ÖVP Österreichs Politik wie keine zwei anderen Parteien. Seit 1945 stellt die SPÖ achtmal den/die BundeskanzlerIn und ist, mit Ausnahme der Phasen von 1966 bis 1970 und 2000 bis 2006, stets an der Regierung beteiligt. Als besonders erfolgreiche Ära der österreichischen Sozialdemokratie gilt die Alleinregierung unter Bruno Kreisky (1970-1983). Ausgehend vom Ende der Regierungszeit Kreiskys verliert die SPÖ schrittweise an Stimmen und erreicht bei den Nationalratswahlen 2013 nur mehr 26,8 Prozent (siehe Abb.1).⁷

Die SPÖ wird 1889, damals noch unter der Bezeichnung „Sozialistische Arbeiterpartei“, gegründet. Schon die ursprüngliche Namensgebung verdeutlicht die bis heute anhaltend enge Verbindung zum sozialen Milieu des Proletariats. Bereits im Grundsatzprogramm 1958 tritt die SPÖ als „*Hoffnung aller Unterdrückten und Ausgebeuteten*“⁸ auf und appelliert somit an die ArbeiterInnenklasse. Wahlanalysen zeigen, dass das Proletariat, neben PensionistInnen, auch in der Gegenwart immer noch zur Kernzielgruppe zählt.⁹ Die SPÖ befürwortet darüber hinaus traditionell eine stark wohlfahrtsstaatliche und interventionistische Politik, da „*die Kräfte des Marktes allein [...] nicht für eine gerechte Verteilung*“¹⁰ sorgen können. Im aktuellsten Manifest werden die Werte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität besonders hervorgehoben.¹¹

Die ÖVP wird im Jahr 1945 gegründet und steht für politischen sowie ökonomischen Liberalismus, Konservatismus und christliche Werte. Die österreichische Volkspartei gilt damit als wirtschaftsfreundlich und tritt dafür ein, dass „*Leistungswille und Bereitschaft zum unternehmerischen Risiko*“¹² umfassend gefördert werden. Außerdem befürworten die Christlich-Sozialen traditionell den Marktliberalismus und fordern einen schlanken Staat, da die „*totale*

⁷ vgl. Bundesministerium für Inneres

⁸ SPÖ 1958: S. 6

⁹ vgl. SORA 2013: S. 5f; vgl. SORA 2006: S. 3

¹⁰ SPÖ 1998: S. 7

¹¹ vgl. SPÖ 1998: S. 5f

¹² ÖVP 1995

staatliche Daseinsvorsorge [...] letztlich zum Untergang der Freiheit“¹³ führe. Diese Charakteristika werden auch im aktuellen Manifest aus dem Jahr 2015 deutlich, worin zusätzlich die Werte Freiheit, Eigenverantwortung, Leistung, Subsidiarität sowie Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Solidarität mit besonderem Ausdruck betont werden.¹⁴ Diese Ausrichtung der Partei spricht in erster Linie das katholisch-traditionelle Milieu sowie Selbstständige und LandwirtInnen an.¹⁵

Die ÖVP stellt in der Geschichte seit 1945 fünfmal den/die BundeskanzlerIn. Außerdem ist man von 1945 bis 1970 sowie von 1987 bis 2013 in der Bundesregierung tätig. Besonders hervorzuheben ist die Legislaturperiode 1966 bis 1970, in der eine ÖVP-Alleinregierung zustande kommt. Ab diesem Zeitpunkt ist bei der österreichischen Volkspartei ein stetiger Stimmenrückgang zu beobachten. Diesem wird lediglich bei den Nationalratswahlen 2002 entgegengewirkt. Damals gelingt es der ÖVP zahlreiche freiwerdende FPÖ-Stimmen zu gewinnen, die aufgrund des partei-internen Spaltungskonfliktes von den Freiheitlichen abwandern.¹⁶ Bei Nationalratswahlen 2013 erreicht die ÖVP als zweitstärkste Fraktion 24 Prozent.¹⁷

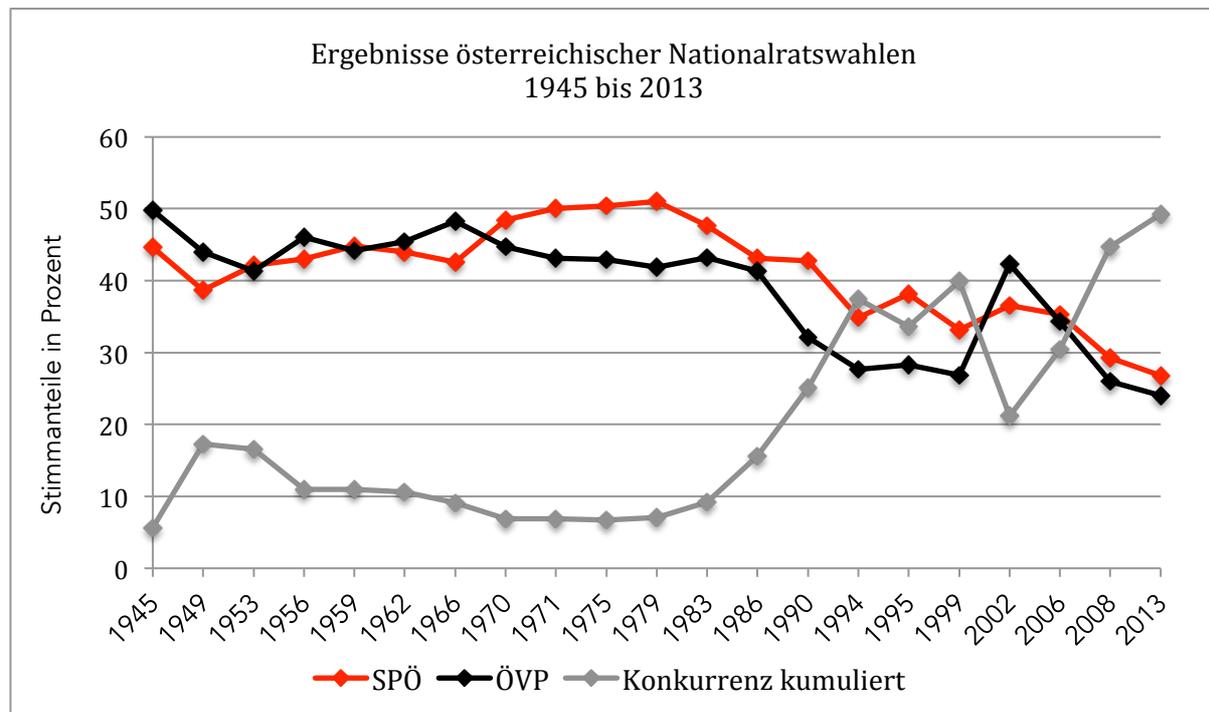


Abb. 1: Ergebnisse österreichischer Nationalratswahlen von 1945 bis 2013

¹³ ÖVP 1972

¹⁴ vgl. ÖVP 2015: S. 10-13

¹⁵ vgl. SORA 2013: S. 5f; vgl. SORA 2006: S. 3

¹⁶ vgl. SORA 2002: S. 3

¹⁷ vgl. Bundesministerium für Inneres

Abb. 1 veranschaulicht den Umstrukturierungsvorgang innerhalb der österreichischen Parteienlandschaft am Beispiel von Nationalratswahlergebnissen der Periode 1945 bis 2013. Im Diagramm werden die Stimmen von SPÖ und ÖVP den kumulierten Anteilen der politischen Konkurrenz gegenübergestellt. Aus den Resultaten ist deutlich abzulesen, dass SPÖ und ÖVP von 1945 bis in die späten 1970er Jahre ein goldenes Zeitalter durchleben. Beiden Fraktionen gelingt es in dieser Phase permanent jeweils über 39 Prozent der Stimmanteile auf sich zu vereinen. Die parteilichen KonkurrentInnen hingegen präsentieren sich in dieser Zeitspanne als politisch relativ unbedeutend.¹⁸

Die Dominanz von SPÖ und ÖVP ist seit den 1980er Jahren jedoch stark im Schwinden begriffen. Ab diesem Zeitpunkt durchleben beide Fraktionen einen fundamentalen Stimmenrückgang, der vom Erstarken politischer KonkurrentInnen begleitet wird. Bei den Nationalratswahlen 1994 erreichen die gegnerischen WettbewerberInnen in Summe erstmals mehr Stimmanteile als SPÖ und ÖVP separat. Im Jahr 2008 setzt sich die parteiliche Konkurrenz bereits überaus deutlich vor die traditionellen Mitgliederparteien. Auch 2013 liegt der kumulierte Stimmanteil der GegnerInnen (49,2 Prozent) weit über jenen von SPÖ (26,8 Prozent) und ÖVP (24,0 Prozent).¹⁹

Generell ist zu beobachten, dass die Anzahl an politischen WettbewerberInnen in Österreich auf Bundesebene seit 1945 sukzessive ansteigt. Vor allem nach der Jahrtausendwende ist die Zahl an Parteien überdurchschnittlich hoch, woraus sich folglich eine umfassendere Intensität im Wettbewerb ergibt. Hinsichtlich dieses zunehmenden parteilichen Konkurrenzdruckes in Österreich sind in erster Linie die FPÖ und die Grünen hervorzuheben, die in den letzten drei Jahrzehnten zu äußerst relevanten Akteurinnen werden. Beiden Fraktionen gelingt es ab den Nationalratswahlen von 1986 konstant hohe Stimmengewinne zu verzeichnen. Der zunehmende Wahlerfolg von FPÖ und Grünen macht sich im Anstieg der kumulierten Stimmanteile der politischen Konkurrenz (siehe Abb. 1) überaus deutlich bemerkbar.²⁰

Nicht unerwähnt dürfen an dieser Stelle Kleinparteien wie BZÖ, KPÖ, LIF, NEOS oder Team Stronach bleiben, deren Stimmanteile ebenso in der Kategorie „Konkurrenz kumuliert“ inkludiert sind. Von den kleineren politischen Fraktionen sind aktuell die NEOS und das Team Stronach im Nationalrat vertreten. Beide können bei ihren erstmaligen Wahlantritten im Jahr 2013 auf Anhub Mandate im österreichischen Parlament gewinnen. Letzten Endes gelingt es Kleinparteien dieser Art in der Regel jedoch nur selten, langfristig fortzubestehen und zu konstanten Kräften zu werden. So zeigen sich etwa beim Team Stronach, nur wenige Jahre nach dem ersten Wahlerfolg, bereits starke Auflösungsstendenzen. Basierend auf dieser relativ hohen Fluktuation von Kleinparteien in Österreich, beschränkt sich die Analyse der parteilichen GegnerInnen von

¹⁸ vgl. Bundesministerium für Inneres

¹⁹ vgl. ebenda

²⁰ vgl. ebenda

SPÖ und ÖVP an dieser Stelle auf die Charakterisierung der FPÖ und der Grünen. Denn im Gegensatz zu den Kleinparteien, erweisen sich jene beiden Fraktionen auf österreichischer Bundesebene seit 1980 als konstant bedeutsame Größen.²¹

Die FPÖ bildet in Bezugnahme auf die lang anhaltende Dominanz von SPÖ und ÖVP das sogenannte „Dritte Lager“. Im aktuellen Grundsatzprogramm „Österreich zuerst“ präsentiert sich die FPÖ als soziale Heimatpartei mit konservativen Werten. So tritt die Freiheitliche Partei etwa für den Schutz der kulturellen Identität Österreichs, ein traditionelles Familienbild und für ein christliches Europa, welches selbstbestimmte Väterländer verbindet, ein.²²

Die FPÖ geht 1956 aus dem deutschnationalen VdU (Verband der Unabhängigen) hervor, jedoch gelingt es der Partei lange Zeit nicht, nennenswerte Wahlerfolge zu verzeichnen. 1980 setzt sich der liberale Flügel parteiintern gegenüber dem nationalen Flügel durch und übernimmt die Fraktionsspitze. Trotz des schlechtesten FPÖ-Wahlergebnisses aller Zeiten (5 Prozent) bildet man zusammen mit der SPÖ von 1983 bis 1986 erstmals eine Regierung. Erst mit der Machtübernahme durch Jörg Haider schärft die Partei 1986 ihr rechtspopulistisches Profil erneut und gewinnt danach sukzessive an Stimmen. In dieser Phase wendet sich die FPÖ von der bürgerlichen Zielgruppe ab und konzentriert sich auf das ArbeiterInnenmilieu²³. Wie jüngere Wählerstromanalysen zeigen, gelingt es der FPÖ tatsächlich mit Erfolg, der SPÖ Stimmen aus dieser Schicht abzunehmen.²⁴

Zudem beginnt die Partei in den 1990er Jahren den Deutschnationalismus verstärkt durch einen Österreich-Patriotismus zu ersetzen²⁵. Unter Haiders radikaler Rhetorik wächst der Stimmanteil der Freiheitlichen in den darauffolgenden Jahren rasant. Das absolute Rekordhoch von 26,9 Prozent führt zur schwarz-blauen Koalitionsregierung (2000-2005). Innerparteiliche Unruhen, die 2002 zu Neuwahlen und zur Abspaltung des BZÖs führen, lassen die Freiheitliche Partei auf 10 Prozent fallen. Ab 2005 radikalieren sich die rechts-konservativen Politinhalte der Fraktion unter der Führung von Heinz-Christian Strache noch stärker.²⁶ Die Stimmanteile der Partei steigen in den darauffolgenden Jahren stetig an und gipfeln 2013 bei 20,5 Prozent.²⁷ Somit stellen die Freiheitlichen neben SPÖ und ÖVP heute die dritte große politische Kraft im österreichischen Parlament dar.

²¹ vgl. Bundesministerium für Inneres

²² vgl. FPÖ 2011: S. 3-5

²³ vgl. Plasser/Ullram 2000b: S. 225ff

²⁴ vgl. SORA 2013: S. 2

²⁵ vgl. Frölich-Steffen 2004: S. 285ff

²⁶ vgl. Mitnik 2010: S. 21

²⁷ vgl. Bundesministerium für Inneres

Die Grünen – Die Grüne Alternative formieren sich 1986 im Zuge der Protestkampagnen gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks in Zwentendorf. Die Partei hält in ihrem aktuellen Manifest folgende Grundwerte hoch: „ökologisch, solidarisch, selbstbestimmt, basisdemokratisch, gewaltfrei und feministisch“²⁸. Wie Wahlanalysen zeigen, sprechen diese Programminhalte tendenziell junge, urbane Menschen mit höherem Bildungsstatus an. Studien zeigen außerdem, dass die Partei seit ihrer Gründung gleichermaßen Stimmen aus dem SPÖ- und dem ÖVP-Lager gewinnen kann.²⁹

Seit dem erstmaligen Antreten der Grünen bei Nationalratswahlen im Jahr 1986 gewinnt die Partei sukzessive an AnhängerInnen in der Bevölkerung und erreicht bei den Nationalratswahlen 2013 letztlich 12,4 Prozent der Stimmen. Damit stellen die Grünen gegenwärtig die viertstärkste Fraktion im österreichischen Nationalrat dar.³⁰ Trotz dieser Wahlerfolge sind die Grünen bisher nicht an einer Bundesregierung beteiligt und fokussieren sich seit ihrem Bestehen auf die Rolle einer Oppositionspartei.

Dieses Erstarben von FPÖ und Grünen geht Hand in Hand mit dem Wahlniedergang der traditionellen Mitgliederparteien und ist somit Ausdruck des Wandels der österreichischen Politiklandschaft in den letzten Jahrzehnten. Wie bereits eingangs erwähnt, ist die Tendenz des Stimmenrückganges von Mitgliederparteien aber keineswegs ausschließlich auf die Alpenrepublik beschränkt. Vielmehr handelt es sich hierbei um ein Phänomen, welches in jüngerer Vergangenheit und Gegenwart zunehmend im zentral- und westeuropäischen Kontext auftritt.³¹

²⁸ Die Grünen 2001: S. 6

²⁹ vgl. SORA 2013: S. 2

³⁰ vgl. Mitnik 2010: S. 21

³¹ vgl. Keman/Pennings 2006: S. 95f

3. Ideologisches Positionierungsverhalten in der Parteiwandelforschung

In Anknüpfung daran setzt man sich in der internationalen Parteiwandelforschung intensiv mit der Thematik des Stimmenschwundes von Mitgliederparteien auseinander und versucht die Ursachen dieses Phänomens zu erforschen. Als Erklärungsansatz für den Wahlniedergang findet der Wandel im ideologischen Positionierungsverhalten bei ParteiwandelforscherInnen vielfach Zustimmung. Um diese Hypothese im Detail zu beleuchten, greift diese Studie auf die theoretischen Konzepte organisationaler Parteitypen zurück. Im Hinblick auf den Forschungsfokus dieser Arbeit treffen diese organisationalen Parteitypen Annahmen darüber, wie sich das ideologische Positionierungsverhalten der traditionellen österreichischen Mitgliederparteien im Zeitablauf entwickelt.

Hervorzuheben ist, dass die organisationalen Parteitypen, wie generell charakteristisch für Theorien der Parteiwandelforschung, stark interdisziplinäre Eigenschaften aufweisen. Demzufolge vereinen sich in diesen Modellen diverse wissenschaftliche Aspekte der Politologie, der Soziologie, der Ökonomie und der Geschichte.³² Stammer/Weingart (1972) unterstreichen dahingehend, dass sich die Parteiwandelforschung in besonders starkem Ausmaß an der politischen Soziologie orientiert³³. Auch Wiesendahl (2013) vermerkt, dass der Fachbereich von einer makrosoziologischen Denkweise geprägt ist. Darunter wird verstanden, dass Parteien als Organisationen gedacht werden, die in einen spezifischen externen Kontext eingebettet sind und mit diesem in permanenter Interaktion stehen. Jener externe Kontext setzt sich aus einer Vielzahl sozialer AkteurInnen, wie etwa WählerInnen, anderen Parteien sowie diversen Institutionen wie Staat, Medien, etc. zusammen.³⁴

Dieser makrosoziologische Interpretationsansatz ist auch bei den organisationalen Parteitypen anzutreffen. Hier werden politische Fraktionen als flexible AkteurInnen interpretiert, die sich fortlaufend an Transformationen im gesellschaftlichen Kontext anpassen müssen, um Wahlerfolg verzeichnen zu können.³⁵ Durch diesen Adaptierungsvorgang an die Umweltgegebenheiten kommt es dazu, dass die Partei in jedem Typus eine unterschiedliche Organisationsform annimmt.³⁶ Für das Argument dieser Forschungsarbeit entscheidend ist, dass mit den Transformationen der Organisationsform auch Änderungen im Positionierungsverhalten einhergehen. In Anlehnung daran charakterisiert sich jeder Parteitypus durch einen spezifischen Grad an

³² vgl. Vielhaber 2015: S. 7

³³ vgl. Stammer/Weingart 1972: S. 24ff

³⁴ vgl. Wiesendahl 2013: S. 14-18

³⁵ vgl. Helms 2001: S. 706

³⁶ vgl. Vielhaber 2014: S. 7

Ideologisierung.³⁷ Ausprägung findet dieser jeweilige Ideologierungsgrad stets durch das parteiliche Verhältnis zur Gesellschaft und zum Staat. Demnach gelten Mitgliederparteien als Verbindungsglieder, die zwischen zivilgesellschaftlicher Sphäre und der Institution des Staates vermitteln.³⁸

Die organisationalen Parteitypen unterscheiden sich dahingehend, ob die parteiliche Bindung zur Zivilgesellschaft oder zum Staatsapparat dominiert. Eine enge Verbindung zur Zivilgesellschaft und eine gewisse Distanz zum Staatsapparat bedeuten, dass die ideologischen Präferenzen der Bevölkerung erheblichen Einfluss auf die Partei und ihr Positionierungsverhalten haben. In einem solchen Fall streben Parteien vehement danach, die Interessen eines spezifischen gesellschaftlichen Milieus auf politischer Ebene durchzusetzen. Treffen diese Umstände zu, so herrscht ein äußerst hoher Grad an Ideologisierung der parteilichen Agenden vor. Natürlich kann die Verbindung zur Zivilgesellschaft aber auch abnehmen und die Nähe zur staatlichen Sphäre anwachsen. In diesem Szenario nimmt der Ideologierungsgrad tendenziell ab, da sich die Partei zunehmend von den Präferenzen spezifischer sozialer Milieus entfernt. Die Fraktionspitze kann in diesem Fall autonomer agieren und gibt die programmatische Linie vor. Dadurch wird es der Partei ermöglicht, sich letzten Endes freier und ungebundener im ideologischen Raum bewegen zu können.³⁹

3.1 Die Entwicklungsgeschichte des ideologischen Positionierungsverhaltens

Jede dieser organisationalen Ausprägungsformen ist einer bestimmten historischen Periode zuordenbar. Werden diese verschiedenen Entwicklungstypen demnach in Synthese betrachtet, so lässt sich daraus eine Entwicklungsgeschichte des ideologischen Positionierungsverhaltens von Parteien ableiten. Das erste dieser Stadien entsteht im 19. Jahrhundert und wird als Eliten- oder Honoratiorenpartei bezeichnet. Die Elitenpartei entwickelt sich in Parlamenten⁴⁰ und konstituiert sich aus Personen elitärer Kreise, die nicht selten der gleichen Familie entspringen. Gegenüber dieser Elite ist ein Großteil der Bevölkerung damals noch ohne politische Rechte. Somit handelt es sich bei der Honoratiorenpartei um eine Urform, die mit den Parteien der Gegenwart zwar verwandt, aber kaum vergleichbar ist.⁴¹ Im Hinblick auf die Forschungsfrage ist die Elitenpartei vernachlässigbar, da sich dieses Konzept auf eine Ära bezieht, die deutlich außerhalb des Beobachtungszeitraums von 1945 bis 2015 liegt.

³⁷ vgl. Jun 2013: S. 132

³⁸ vgl. Katz/Mair 1995: S. 10f; vgl. Hornig 2008: S. 46

³⁹ vgl. ebenda

⁴⁰ vgl. Beyme 2000: S. 24

⁴¹ vgl. Katz/Mair 2009: S. 9ff

Mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts wird die Elitenpartei zum Ende des 19. Jahrhunderts vom Typus der Massenintegrationspartei auf Klassenbasis ersetzt. Dieses Modell charakterisiert die parteiliche Organisationsstruktur für den Zeitraum der nächsten sechzig Jahre.⁴² Letzten Endes wird das Konzept der Massenintegrationspartei mit Fortdauer der 1960er Jahre aber sukzessive vom neu aufkommenden Typus der Catch-All Partei (Kirchheimer: 1965) abgelöst.⁴³ Die Annahmen der Catch-All Konzeptes hinsichtlich parteilicher Organisationsstrukturen prägen die wissenschaftliche Debatte der Parteiwandelforschung bis in die Gegenwart einschneidend.

Hervorzuheben ist, dass der Diskurs zur parteilich-organisationalen Transformation vor allem in der jüngeren Vergangenheit facettenreicher und damit auch unübersichtlicher wird. Denn zusätzlich zur nach wie vor bedeutsamen Catch-All Theorie etablieren sich in den letzten Dekaden zahlreiche neuere Modelle. Diese konzeptionelle Vielfalt führt dazu, dass man sich in der Parteiwandelforschung von der Vorstellung distanziert, es existiere ein einziger universeller Typ, welcher Parteiorganisation adäquat beschreibt⁴⁴.

Vergleichsweise großen Anklang findet innerhalb dieser Gruppe neuerer Theorien der Typus der Kartellpartei (Katz/Mair: 1995). Dieser wird ab den 1970er Jahren in der politischen Praxis verortet. Ferner etablierten sich mit der Electoral Professional Party (Panebianco: 1988), der Professionalisierten Wählerpartei (Beyme: 2000) sowie der Professionalisierten Medienkommunikationspartei (Jun: 2004) drei weitere theoretische Ansätze, welche die Formen der Parteiorganisation ab den 1980er und 1990er Jahren beschreiben. Jedoch tut sich keiner dieser Ausprägungstypen als dominierendes Konzept hervor.⁴⁵ Dies mag auch dem Umstand geschuldet sein, dass diese Typen ähnliche Annahmen treffen und nicht selten umfassend auf den Charakteristika der Catch-All Partei aufbauen. In mancherlei Hinsicht lässt die theoretische Debatte somit an innovativem Charakter missen.

Betont sei an dieser Stelle, dass es sich bei sämtlichen Ausprägungsstadien um Idealtypen handelt, die in der Realität naturgemäß nicht in Reinform anzutreffen sind. Vielmehr versuchen diese Modelle die Komplexität des parteilichen Wandels in reduzierter und vereinfachter Form darzustellen. Daher sind die Konzepte auf jene Weise zu verstehen, dass sich Parteien in der Praxis stets nur in Richtung eines Idealtypus entwickeln. Ebenso kann die chronologische Zuordnung von Typen in gewisse historische Phasen nur schätzungsweise vorgenommen werden. Das bedeutet, der Übergang von einer Ausprägungsform zur nächsten ist ein kontinuierlich fließender Prozess, der sich in der Praxis über einige Jahre hinweg erstreckt. Zusätzlich

⁴² vgl. Helms 2001: S. 699

⁴³ vgl. Beyme 2000: S. 191

⁴⁴ vgl. Kirchheimer 1965: S. 27f

⁴⁵ vgl. Jun 2013: S. 131ff, vgl. Koole 1996: S. 520

muss bedacht werden, dass diese parteilichen Entwicklungsphasen in zentral- und west-europäischen Staaten zeitlich nicht unbedingt synchron auftreten, sondern dass sich diesbezüglich nationenspezifische Differenzen ergeben.⁴⁶

Im folgenden Abschnitt werden die diversen organisationalen Parteitypen anhand ihrer Annahmen zum Ideologierungsgrad kategorisiert. Demnach wird jeder Typus dahingehend betrachtet, ob die parteiliche Verbindung zum Staat oder zur Zivilgesellschaft dominiert. Parallel dazu wird gezeigt, in welchem Verhältnis dieses Positionierungsverhalten der Parteien zum jeweils historisch vorherrschenden gesellschaftlichen Kontext steht. Durch jene Analysen werden die für diese Arbeit handlungsleitenden Hypothesen zu den Entwicklungstendenzen im ideologischen Positionierungsverhalten deutlich herausgearbeitet.

3.2 Massenintegrationspartei auf Klassenbasis

Die Massenintegrationspartei auf Klassenbasis gilt als der dominierende Typus während den ersten sechzig Jahren des 20. Jahrhunderts. Die gesellschaftlichen Kontextbedingungen drücken sich in dieser Phase durch eine gesplante politische Interessenslage aus, welche die österreichische Bevölkerung in Proletariat und Bourgeoisie teilt. Während die Mehrheit der Gesellschaft sich einem der beiden Milieus zuordnen lässt, sind die WählerInnen in der politischen Mitte in der Minderheit und für den Erfolg bei Wahlen von geringer Bedeutung.⁴⁷

Europaweit sind Massenintegrationsparteien in dieser Periode Instrumente des Klassenkonfliktes, denn die politischen Fraktionen streben danach, die Langzeitinteressen des proletarischen Milieus einerseits und des christlich-konservativen Milieus andererseits, auf politischer Ebene durchzusetzen.⁴⁸ Die Verbindung zwischen politischer Fraktion und Zivilgesellschaft ist im Stadium der Massenintegrationspartei folglich sehr intensiv ausgeprägt. Daraus resultiert eine außerordentlich starke Integrationskraft von Parteien, welche sich in Österreich vor allem durch das Phänomen der Parteibuchwirtschaft ausdrückt. In Anlehnung daran ist die Parteimitgliedschaft häufig die Grundbedingung für den Zugang zu Arbeitsplätzen und zu Wohnmöglichkeiten. Eine Nichtmitgliedschaft bei Massenintegrationsparteien mindert die beruflichen Chancen und die Möglichkeiten der sozialen Teilhabe.⁴⁹

⁴⁶ vgl. Hornig 2008: S. 47

⁴⁷ vgl. Kirchheimer 1965: S. 24ff

⁴⁸ vgl. ebenda

⁴⁹ vgl. Müller 1988: S. 470ff

Ebenso typisch für die Massenintegrationspartei ist ein überaus hoher Grad an innerer Demokratie.⁵⁰ Das bedeutet Parteimitglieder, die zur damaligen Zeit auch den Großteil der WählerInnen ausmachen, haben einen erheblichen Einfluss auf die ideologischen Inhalte der Grundsatzprogramme. Diesbezüglich ist auch hervorzuheben, dass Mitglieder durch ihre Beiträge die maßgeblichen FinanzgeberInnen von Parteien sind. Naturgemäß erhöht dieses Abhängigkeitsverhältnis die Macht der Basis gegenüber der Parteiführung.⁵¹

Umgekehrt zeigt sich, dass die Verbindung zwischen Massenintegrationspartei und Staatsapparat limitiert ist. Das ergibt sich aus der Tatsache heraus, dass PolitikerInnen der Parteispitze als verlängerter Arm der Mitgliederbasis zu agieren haben. Die Führungsriege ist den Mitgliedern in vergleichsweise hohem Ausmaß Rechenschaft schuldig und verspürt dadurch beträchtlichen Druck von unten, den Konsens der Basis auch in der politischen Arena zu vertreten.⁵²

Diese theoretischen Annahmen lassen in Bezug auf den Fall Österreich vermuten, dass SPÖ und ÖVP zu Beginn des Beobachtungszeitraums, von 1945 bis etwa 1960, einen relativ hohen Ideologierungsgrad aufweisen. Gemäß dieser Hypothese müsste die programmatische Differenz zwischen den beiden politischen Kontrahentinnen in dieser Periode vergleichsweise umfassend sein.

3.3 Catch-All Partei

Ab den 1960er Jahren beginnt sich der Charakter der parteilichen Organisationsform langsam in Richtung des Modells der Catch-All Partei (Kirchheimer: 1965) zu transformieren. In dieser Phase kommt es zu einem Wandel der gesellschaftlichen Umweltbedingungen. Durch den wirtschaftlichen Aufschwung und die Etablierung des Wohlfahrtsstaates nach dem Ende des 2. Weltkrieges wird die ArbeiterInnenfrage in zentral- und westeuropäischen Staaten – und somit auch in Österreich – verhältnismäßig stark entschärft.⁵³ Demgegenüber nimmt „*die Bedeutung von Bildung, Geschlecht [sowie] spezifischen Berufsqualifikationen*“⁵⁴ zu. Auch die Trends der Globalisierung und die Gründung supranationaler Vereinigungen, wie etwa der Europäischen Union, schaffen neue Verhältnisse. Die klassischen sozialmoralischen Milieus des Proletariats und des bürgerlichen Konservatismus verlieren in dieser Phase an Bedeutung. Vielmehr erfährt die Gesellschaft in Westeuropa einen Wertewandel hin zur Pluralisierung sowie Individualisierung

⁵⁰ vgl. Katz/Mair 1995: S. 10ff

⁵¹ vgl. Hornig 2008: S. 49ff

⁵² vgl. ebenda

⁵³ vgl. Kirchheimer 1965: S. 27ff

⁵⁴ vgl. Kitschelt 2001: S. 418

der Lebensstile.⁵⁵ Damit werden auch die politischen Präferenzen der Bevölkerung vielfältiger. Die Welt der Mitgliederparteien wird komplexer, denn nun sind BürgerInnen nicht mehr einfach entweder dem ArbeiterInnenmilieu oder dem christlich-konservativen Lager zuordenbar. Im Kontrast zum Typus der Massenintegrationspartei wird die Gruppe der WählerInnen, deren Interessen sich im ideologischen Zentrum befinden, im Stadium der Catch-All Partei erheblich größer.⁵⁶

Nicht zuletzt diese neuen sozialen Gegebenheiten bewirken, dass die Verbindung zwischen Partei und Zivilgesellschaft im Stadium der Catch-All Partei abnimmt. Wie statistische Erhebungen zeigen, schwindet die Bedeutung des klassenzugehörigen Parteimitgliedes beträchtlich. Das Ende der Parteibuchwirtschaft in dieser Phase beschleunigt diesen Prozess der sozialen Entwurzelung in Österreich zusätzlich⁵⁷. Da die ideologischen Interessen der BürgerInnen immer facettenreicher werden, distanzieren sich Fraktionen von den ehemaligen Zielgruppen der sozialmoralischen Milieus. Die Catch-All Partei entfernt sich von der Maxime, lediglich die Interessen einer bestimmten Bevölkerungsgruppe zu vertreten und versucht die Gesamtbevölkerung anzusprechen.⁵⁸

In diesem Sinne sind politische Fraktionen darauf bedacht, ideologisch eine möglichst gemäßigte Position einzunehmen. Auf diese Weise sollen vor allem Stimmen von WechselwählerInnen, die immer zahlreicher werden, gewonnen werden. Durch dieses sogenannte Kalkül des Catch-Allism, orientieren sich die Mitgliederparteien am ideologischen Zentrum und es entsteht in weiterer Folge ein Trend zur programmatischen Konvergenz.⁵⁹

Der zivilgesellschaftlichen Entwurzelung gegenüber rückt die Catch-All Partei der staatlichen Sphäre bedeuten näher.⁶⁰ Denn nun sind professionalisierte BerufspolitikerInnen nicht mehr das Werkzeug einer mächtigen Parteibasis, sondern entwickeln vielmehr eigenständige Interessen, die zwangsläufig nicht mit jenen ihrer WählerInnen konvergieren müssen. Die Annäherung der Catch-All Partei an die staatliche Sphäre und die Reduktion von innerparteilicher Demokratie, eröffnen den führenden PolitikerInnen von nun an die Möglichkeit ihre Eigeninteressen effizienter zu verfolgen.⁶¹

⁵⁵ vgl. Plasser 1999: S. 30

⁵⁶ vgl. Lösche 2009: S. 12ff

⁵⁷ vgl. Müller 1988: S. 470

⁵⁸ vgl. Plasser 1999: S. 30f

⁵⁹ vgl. Katz/Mair 1995: S. 13

⁶⁰ vgl. Kirchheimer 1965: S. 30-35

⁶¹ vgl. Katz/Mair 1995: S. 14

3.4 Kartellpartei

Der Typus der Kartellpartei (Katz/Mair: 1995) etabliert sich in teilweise starker Abgrenzung zu anderen Ansätzen im wissenschaftlichen Diskurs. Im Wesentlichen geht das Konzept davon aus, dass Parteien miteinander kooperieren und Kartelle bilden, um ihre Chancen auf Machterhaltung auszubauen.⁶²

Aufgrund der korrelierenden Parteiinteressen werden die politischen Ziele des Kartells als Gesamtes im Vorhinein fixiert. Somit können Parteien nur dann ein Kartell bilden, wenn sie sich programmatisch stark aneinander anpassen und sich ideologisch annähern. Im Endeffekt spielt es damit keine Rolle welche Kartellpartei an der Macht ist – der politische Output bleibt der gleiche. Um Mitglied eines Kartells zu sein, muss sich jede Partei ferner an gewisse Spielregeln halten. Grundvoraussetzungen sind Koalitions- und Kompromissbereitschaft sowie die Fähigkeit, als potentielle Regierungspartei mit dem vorhandenen Institutionengefüge arbeiten zu können.⁶³

Wie in der Wirtschaft, so ist Kartellbildung auch im politischen Bereich mit einem Risiko für die betroffenen AkteurInnen behaftet. Denn reduziert sich der Wahlerfolg des Kartells, so erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass dieses von innen heraus zerbricht. Unter diesem Gesichtspunkt wird die zentrale Bedrohung kenntlich, derer Kartellparteien gegenüberstehen. Für teilnehmende AkteurInnen besteht stets eine große Versuchung zu betrügen, da auf diese Weise der Gewinn des Gegenübers eingenommen werden kann. Dies geschieht, wenn Parteien Richtungsänderungen vollziehen, die im Widerspruch zur politischen Agenda des Kartells stehen. Ein solcher ideologischer Schwenk ist dann reizvoll, wenn sich Parteien daraus Wahlerfolg oder ein positiveres öffentliches Image versprechen. Je geringer der Kartellerfolg insgesamt also wird, desto eher beendet eine Fraktion die Zusammenarbeit durch Betrügen. Unter diesem Gesichtspunkt offenbart sich, dass Parteien das Kartell nur vorübergehend nutzen und, falls opportun, rasch wieder zu RivalInnen werden können.⁶⁴

Die Distanz zwischen Partei und Zivilgesellschaft ist im Ansatz der Kartellpartei ausgesprochen groß. Durch Kartellbildung kommt es zur Entwurzelung der parteilichen Führungsebene von der Basis. Dadurch agieren professionalisierte SpitzenpolitikerInnen nur bedingt als AgentInnen der WählerInnen. Vielmehr haben sie gelernt, parteiübergreifend mit KollegInnen anderen politischen Couleurs zu kooperieren, um ihre Eigeninteressen zu verfolgen.⁶⁵

⁶² vgl. Koole 1996: S. 508

⁶³ vgl. Katz/Mair 1995: S. 15f

⁶⁴ vgl. Blyth/Katz 2005: S. 38f

⁶⁵ vgl. ebenda: S. 37

Gleichzeitig sind Kartellparteien vollkommen mit der staatlichen Sphäre verschmolzen. Durch diese Verbindung können Parteien, respektive PolitikerInnen, die Ressourcen des öffentlichen Sektors im Sinne ihres eigenen Vorteils nützen. Hier erweist sich die Gesetzgebungskompetenz von Regierungsparteien als überaus vorteilhaft. Für Katz/Mair (2009) ist die Etablierung von staatlicher Parteienfinanzierung ein Beispiel wie Parteien ihre Gesetzgebungsmacht zu ihren Gunsten einsetzen. Einerseits löst diese Finanzierungsform die Mitgliederbeiträge als wichtigste Geldquelle von Parteien ab. So kann sich die Parteilite von der Mitgliederbasis loseisen, um ihre Eigeninteressen effizienter zu verfolgen. Zudem ist der Wahlerfolg, dank öffentlicher Finanzierung, nicht mehr ausschlaggebend für das Überleben der Partei. Durch diese Gesetzesänderung droht Kartellmitgliedern ohne Regierungsbeteiligung nicht länger das Aus auf Grund finanzieller Schwierigkeiten.⁶⁶

3.5 Electoral Professional Party und Professionalisierte Wählerpartei

Das Konzept der Professionalisierten Wählerpartei (Beyme: 2000) baut auf der Electoral Professional Party (Panebianco: 1988) auf wodurch beide Ansätze im Wesentlichen sehr ähnliche Eigenschaften aufweisen.⁶⁷ Beide dieser neueren Modelle rücken den Aspekt der Gewinnung von WählerInnenstimmen ins Zentrum der theoretischen Überlegungen. Dahingehend wird auf die empirische Beobachtung aufgebaut, dass Parteimitglieder in der politischen Praxis an Bedeutung verlieren und die WählerInnenfluktuation parallel dazu immer weiter steigt. Durch diese WählerInnenmobilität nimmt die Intensität der Wahlkampfführung signifikant zu.⁶⁸

Der Wahlerfolg der Massenintegrationspartei wird in der Vergangenheit durch ihre zahlreichen Mitglieder garantiert. Dies ändert sich für die Electoral Professional Party und die Professionalisierte Wählerpartei. Aufgrund des Umstandes der schwindenden Mitgliederdichte müssen Parteien, um wahlpolitischen Erfolg zu verzeichnen, nun die Stimmen von Unentschlossenen für sich gewinnen. Um dies zu erreichen, investieren Parteien ihre Ressourcen größtenteils in die Durchführung von Kampagnen. Diese Kampagnen fokussieren sich auf die Interessen jener unentschlossenen BürgerInnen, die sich im ideologischen Zentrum befinden. Damit kommt es sowohl beim Typus der Professionalisierten Wählerpartei als auch beim Typus der Electoral Professional Party zu einer wachsenden ideologischen Konvergenz zwischen den politischen Fraktionen.⁶⁹

⁶⁶ vgl. Katz/Mair 2009: S. 755ff

⁶⁷ vgl. Jun 2009: S. 136

⁶⁸ vgl. Pelinka/Rosenberger 2007: S. 157f

⁶⁹ vgl. Beyme 2000: S. 94ff; vgl. Panebianco 1988: S. 273f

Die beiden Modelle unterstreichen zudem einhellig, dass die ideologische Konvergenz von einer zunehmenden Professionalisierung der Parteien begleitet wird. Beyme (2000) erkennt diesbezüglich eine gesellschaftliche Entkoppelung der Parteilite und den Abbau innerparteilicher Demokratie.⁷⁰ Auch Panebianco (1988) diagnostiziert durchaus kritisch, dass Parteien ihren integrativen Charakter gegenüber der Bevölkerung verlieren. Diese Professionalisierung ist im allgemeinen Sinn als Annäherung an die staatliche Sphäre zu verstehen.⁷¹

3.6 Professionalisierte Medienkommunikationspartei

Der Typus der Professionalisierten Medienkommunikationspartei (Jun: 2004) basiert auf der These, dass sich Parteien immer stärker an der Logik der Medien orientieren. Dies hat zur Folge, dass KommunikationsexpertInnen zunehmend über Themen- und Personenselektion der Fraktionen bestimmen. In diesem Zusammenhang kommt dem Instrument der Marktforschung eine äußerst wichtige Rolle zu, um das parteiliche Themensetting effektiver an die Bedürfnisse der Zielgruppe anzupassen. Hier wird das Kalkül verfolgt, die zahlenmäßig stetig wachsende WechselwählerInnengruppe besser anzusprechen.⁷²

Im Zuge dieser Mediatisierung als Form des Themensettings ändern sich die politischen Inhalte fundamental. Die Bedeutung von ideologisch konsistenten Programmen nimmt stetig ab. Stattdessen fokussieren sich PolitikerInnen eher auf einzelne, oft stark emotional besetzte Issues, die für Medien attraktiv sind, weil sie die EndkonsumentInnen mitreißen.⁷³ Des Weiteren führt der Umstand, dass PolitikerInnen der Parteispitze besonders eng mit Medien interagieren, zu einer zunehmenden Machtkonzentration in dieser elitären Gruppe. In Hinblick darauf nähert sich die Professionalisierte Medienkommunikationspartei der staatlichen Sphäre zunehmend an.⁷⁴

In Summe zeigt dieses Konzept, dass Parteien durch die Orientierung an der Medienlogik immer weniger an ideologische Positionen gebunden sind. Die politischen AkteurInnen fokussieren sich stetig mehr auf Marketing und Marktforschung, um die ideologische Mitte anzusprechen. Da Fraktionen somit die idente Zielgruppe umwerben, besetzen sie die gleichen programmatischen Positionen. Insgesamt unterstellt daher auch das Konzept der Professionalisierten Medienkommunikationspartei eine zunehmende Konvergenz.⁷⁵

⁷⁰ vgl. Beyme 2000: S. 147ff

⁷¹ vgl. Panebianco 1988: S. 273f

⁷² vgl. Jun 2009: S. 283ff

⁷³ vgl. Seethaler/Melischek 2013: S. S. 119

⁷⁴ vgl. Jun 2004: S. 121f

⁷⁵ vgl. ebenda: S. 118ff

	Massenintegrationspartei auf Klassenbasis	Catch-All Partei	Kartellpartei	Electoral Professional Party / Professionalisierte Wählerpartei	Professionalisierte Medien- kommunikationspartei
Historischer Kontext	1880 – 1960	1960 – 2016	1970 – 2016	1980 – 2016	1980 – 2016
Gesellschaftlicher Kontext	Klassenkampf; gesellschaftliche Teilung in Proletariat und bürgerlich- konservatives Lager	Pluralisierung und Individualisierung der Lebensformen Wohlstandsanstieg & Wirtschaftswachstum Etablierung des Wohlfahrtsstaates Entschärfung des Klassenkonfliktes Globalisierung und Entstehung supranationaler Vereinigungen			
Partei und Zivilgesellschaft	starke Bindung der Partei an die Zivilgesellschaft; hohe Mitgliederdichte und starke innerparteiliche Demokratie	Catch-Allism führt zur sukzessiven sozialen Entwurzelung der Partei; weniger Mitglieder und weniger innerparteiliche Demokratie	starke gesellschaftliche Entwurzelung durch Kartellbildung; PolitikerInnen agieren nur noch bedingt als Organe der Interessensvertretung	starke gesellschaftliche Entwurzelung; Professionalisierung führt zu verminderter Integrations- kraft der Parteien	starke gesellschaftliche Entwurzelung; Medien diktieren das Themensetting der Parteien
Partei und Staat	starke parteiliche Abgrenzung von der staatlichen Sphäre; Partei als politisches Vertre- tungsorgan der sozialmoralis- chen Milieus	parteiliche Annäherung an die staatliche Sphäre; Parteien entwickeln und verfolgen vermehrt Eigeninteressen	Kartellbildung führt zur par- teilichen Elitenbildung und Annäherung an den Staat; Parteien nutzen staatliche Ressourcen für ihre Eigenin- teressen	Professionalisierung führt zur parteilichen Elitenbildung und zur Annäherung an den Staat	Medienlogik führt zur partei- lichen Elitenbildung und zur Annäherung an den Staat
Strategisches Parteiverhalten	starke Ideologisierung der Partei als Instrument im Klassenkampf	Entideologisierung durch Hinwendung zum Catch-Allism	sehr starke Entideologisierung durch parteiliche Kartellbildung	starke Entideologisierung durch parteiliche Professionalisierung	starke Entideologisierung durch Hinwendung zur Medienlogik
Ideologische Differenz zwischen SPÖ und ÖVP	große ideologische Differenz durch Fokus auf sozialmoralis- che Milieus	wachsende ideologische Konvergenz durch Kalkül des Catch-Allism	sehr große ideologische Konvergenz durch Kartellbildung	sehr große ideologische Konvergenz durch Professionalisierung	sehr große ideologische Konvergenz durch Orientie- rung an der Medienlogik

Tab. 1: Ideologisches Positionierungsverhalten gemäß organisationaler Parteytypen

Tab. 1 fasst die wesentlichen Eigenschaften sämtlicher organisationaler Parteitypen nochmals zusammen. Es werden die jeweiligen gesellschaftlichen Kontextbedingungen beschrieben, denen SPÖ und ÖVP von 1945 bis 2015 gegenüberstehen. Ebenso wird das Verhältnis von Parteien zur zivilgesellschaftlichen und zur staatlichen Sphäre im jeweiligen Typus dargestellt. Darauf aufbauend ergeben sich Hypothesen hinsichtlich des historisch variierenden Ideologierungsgrades der traditionellen österreichischen Mitgliederparteien. Diese Hypothesen werden im Rahmen der empirischen Erhebung dieser Studie überprüft.

Das Konzept der Massenintegrationspartei auf Klassenbasis, welches die Organisationsstruktur von Parteien bis in die 1960er beschreibt, geht von einer großen ideologischen Distanz zwischen SPÖ und ÖVP aus. Diese ergibt sich aus der starken gesellschaftlichen Verankerung der Parteien in dieser Phase. SPÖ und ÖVP sind dadurch umfassend an den ideologischen Interessen spezifischer sozialmoralischer Milieus orientiert. Im Hinblick auf die Forschungsfrage ist daher zu ermitteln, ob sich die Grundsatzprogramme der traditionellen österreichischen Mitgliederparteien in dieser Phase von 1945 bis 1960 tatsächlich in solch starkem Ausmaß differenzieren.

Etwa mit Beginn der 1960er Jahre wird der Typus der Massenintegrationspartei vom Modell der Catch-All Partei abgelöst. In dieser Phase versuchen SPÖ und ÖVP die Gesamtbevölkerung im Wahlkampf anzusprechen und verfolgen somit das sogenannte Kalkül des Catch-Allism. Dahingehend wird in jenem organisationalen Entwicklungsstadium erstmals von zunehmender ideologischer Konvergenz gesprochen.

Dieser Trend wird auch in sämtlichen neueren parteilichen Organisationstypen prolongiert. Jene Modelle setzen die Hinwendung zur ideologischen Konvergenz jedoch mit unterschiedlichen Entwicklungstendenzen in der organisationalen Parteistruktur in Zusammenhang. Katz/Mair (1995) rücken das Phänomen der Kartellbildung ins Zentrum ihrer Analysen zum Positionierungsverhalten, während Jun (2004) der parteilichen Orientierung an der Medienlogik große Bedeutung beimisst. Panebianco (1988) und Beyme (2000) attestieren dahingehend eine Korrelation zwischen parteilichen Professionalisierungstendenzen und der zunehmenden programmatischen Ähnlichkeit.

Auf Basis der theoretischen Annahmen des Catch-All Modells und der Hypothesen neuerer Organisationstypen ist zu erwarten, dass sich in den empirischen Ergebnissen dieser Studie eine schwindende ideologische Differenz zwischen SPÖ und ÖVP abzeichnen wird. Demgemäß müsste der Grad an programmatischen Übereinstimmungen zwischen beiden Parteien in der Gegenwart ein absolutes Maximum erreichen. Im empirischen Teil dieser Arbeit gilt es somit auf Basis der Grundsatzprogramme von SPÖ und ÖVP zu überprüfen, ob es im Zeitraum von 1960 bis 2015 tatsächlich zu einer wachsenden ideologischen Konvergenz kommt.

4. Ideologische Positionierung als strategisches Werkzeug

Diese Forschungsarbeit folgt der Annahme, dass diese beschriebenen Tendenzen im Positionierungsverhalten wesentliche Konsequenzen für das Abschneiden von Parteien bei Wahlen haben. Im folgenden Abschnitt wird daher theoretisiert, wie diese beiden Variablen konkret miteinander in Verbindung stehen. Ausgangspunkt dieses Argumentes ist einmal mehr der makrosoziologische Ansatz, wonach sich Parteien in ständiger Interaktion mit ihrer äußeren Umwelt befinden. Wie bereits in Kap. 3 angedeutet, variieren die externen gesellschaftlichen Gegebenheiten im historischen Zeitablauf umfassend. Dies impliziert, dass SPÖ und ÖVP als flexible Organisationen gedacht werden, die sich an den externen Kontextwandel sukzessive anpassen müssen, um Wahlerfolge zu erreichen und um ihr politisches Überleben sicherzustellen.

Bei der Transformation der Umweltbedingungen handelt es sich naturgemäß um ein äußerst facettenreiches Phänomen, dessen detaillierte Beschreibung den Rahmen dieser Arbeit deutlich sprengen würde. Aus Vereinfachungsgründen wird der Wandel des externen Kontextes an dieser Stelle daher anhand zweier entscheidender Dimensionen charakterisiert. Einerseits gilt es für SPÖ und ÖVP auf den Wandel der ideologischen Präferenzen der Bevölkerung und andererseits auf den sich intensivierenden politischen Wettbewerb in Österreich zu reagieren.

Die Veränderungen in den politischen Präferenzen der österreichischen BürgerInnen sind als Ausdruck sich maßgeblich wandelnder gesellschaftlicher Verhältnissen zu verstehen. Faktoren, wie das große Wirtschaftswachstum, die Etablierung des Wohlfahrtsstaates, der Beitritt zur Europäischen Union oder die Globalisierung, transformieren die Lebensbedingungen von ÖsterreicherInnen ab 1945 beträchtlich und bringen beispielsweise einen Anstieg des Wohlstandes und eine Entschärfung des Klassenkonfliktes. Die soziale und ökonomische Dichotomie von Proletariat und Bourgeoisie wird dadurch von einer zunehmenden Pluralisierung der Lebensformen und politischer Interessen abgelöst.⁷⁶ Neben dieser Fragmentierung der politischen Präferenzen nennt Lösche (2009) Individualisierungsschübe, den Anstieg des Bildungsniveaus und das Aufkommen neuer Kommunikationsmöglichkeiten als Faktoren, welche die Situation von der traditionellen österreichischen Mitgliederparteien während der Zweiten Republik stetig verkomplizieren.⁷⁷

Hier ist zu unterstreichen, dass der gesellschaftliche Wandel, neben den oben genannten Faktoren, paradoxerweise auch durch die Politik von SPÖ und ÖVP vorangetrieben wird. Die von Sartori (1968) beschriebene Interdependenz zwischen Partei und Zivilgesellschaft wird an dieser Stelle deutlich. Parteien stehen unter Einfluss der Gesellschaft, da sie als Instrumente der politischen Interessensvertretung agieren. Durch ihre Kompetenz zur Politikgestaltung beein-

⁷⁶ vgl. Kirchheimer 1965: S. 27ff

⁷⁷ vgl. Lösche 2009: S. 12ff

flussen Parteien andererseits die gesellschaftlichen Daseinsverhältnisse und determinieren, wie sich in der Praxis zeigt, die politischen Interessen der BürgerInnen.⁷⁸ Dieser Denklogik folgend, kreieren sich SPÖ und ÖVP ihre Problemlage durch die politischen Maßnahmen nach 1945 zu einem gewissen Teil indirekt selbst.

Außerdem bringt das Aufkommen neuer politischer KonkurrentInnen die traditionellen Mitgliederparteien enorm in Bedrängnis.⁷⁹ Das Erstarken ehemals kleiner parteilicher WettbewerberInnen wird in Österreich anhand der Nationalratswahlergebnisse seit 1986 überaus deutlich. Hier gewinnen in erster Linie FPÖ und Grüne signifikant an Stimmanteilen. Folglich stellt der intensiver werdende Konkurrenzdruck die zweite Dimension hinsichtlich des externen Kontextwandels dar.

Vorangetrieben wird der zunehmende parteiliche Wettbewerb zudem durch den Wandel ideologischer Präferenzen innerhalb der Bevölkerung. Die Pluralisierung der Interessen von WählerInnen fördert das Entstehen einer weitaus differenzierteren Parteienlandschaft. Zusätzlich profitieren kleinere Parteien von der gesetzlichen Verankerung staatlicher Parteienfinanzierung. Durch diese Maßnahme werden Mitgliederbeiträge als parteiliche Geldgrundlage weniger relevant. Dies erweist sich vor allem für FPÖ und Grüne, die über vergleichsweise weniger Mitglieder verfügen, als wesentlicher Vorteil.⁸⁰

Insgesamt sehen sich SPÖ und ÖVP im Beobachtungszeitraum von 1945 bis 2015 also permanent mit dem Wandel zweier externer Umweltfaktoren konfrontiert. Als solche sind die Umstrukturierung der politischen Präferenzen der Bevölkerung und die zunehmende Zahl an parteipolitischen KonkurrentInnen zu interpretieren. Um Wahlerfolge zu verzeichnen, müssen sich Parteien an diese Transformationen anpassen. Dieser Vorgang der Adaptierung rückt das Instrument der ideologischen Positionierung ins Zentrum der Analysen.⁸¹

Diese Studie erachtet ideologische Positionierung als Kommunikationsinstrument, mittels dessen Parteien mit ihrer Umwelt interagieren. Ideologische Positionierung gilt somit als ein strategisches Werkzeug, mit welchem Parteien auf den Wandel in den externen Kontextbedingungen reagieren können. In diesem Sinne wird das Positionierungsverhalten als mitentscheidende Erfolgskomponente für politische AkteurInnen verstanden. Damit eine Fraktion ihr Stimmpotenzial voll ausschöpfen kann, muss die Programmatik der Partei an die Präferenzen der BürgerInnen angepasst sein, aber es muss auch der politischen Wettbewerbssituation Rechnung getragen werden. Konkret bedeutet dies, die Partei muss bestrebt sein, sich ideologisch so zu positionieren, dass die Interessen möglichst vieler WählerInnen angesprochen

⁷⁸ vgl. Sartori 1968: S. 19ff

⁷⁹ vgl. Plasser/Ullrich 2000a: S. 175f; vgl. Ignazi 1995: S. 2

⁸⁰ vgl. Sickinger 2000: S. 311

⁸¹ vgl. Downs 1968: S. 112ff

werden. Parallel dazu muss die politische Ausrichtung der MitbewerberInnen berücksichtigt werden. Das heißt, Parteien müssen sich von der politischen Konkurrenz abheben und programmatische Alleinstellungsmerkmale entwickeln.⁸²

Der Kommunikationsprozess hinsichtlich dieser ideologischen Position kann über diverse Kanäle erfolgen. Beispielsweise treten Fraktionen mittels Schriften wie Grundsatzprogrammen, Wahlprogrammen, Aktionsprogrammen oder Positionspapieren mit der Bevölkerung in Kontakt und vermitteln so ihre Agenden. Ebenso wird die ideologische Position durch das konkrete Abstimmungsverhalten oder durch eingebrachte Gesetzesvorschläge von Fraktionsabgeordneten vermittelt. Aber auch öffentliche Ansprachen und Auftritte von PolitikerInnen sind Ausdruck bestimmter parteilicher Ideologien. All diese Kommunikationsformen liefern sowohl für die Bevölkerung als auch für politische Parteien wesentliche Orientierungshilfen. Für BürgerInnen dienen diese Informationen als wichtiges Kriterium hinsichtlich ihrer Wahlentscheidung. Parteien hingegen können sich, dank des Wissens um das Positionierungsverhalten der Konkurrenz, effizienter von ebendieser abgrenzen.

4.1 Ideologische Konvergenz als parteistrategisches Fehlverhalten

Im Rahmen dieser Studie werden die zuvor beleuchteten Änderungen im Positionierungsverhalten der traditionellen österreichischen Mitgliederparteien als problematisch erachtet. Im folgenden Abschnitt wird dahingehend gezeigt, dass sich das ideologische Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP in Bezugnahme auf den Wandel der externen Umweltfaktoren als ineffizient präsentiert.

In diesem Sinne wird unter der Verwendung theoretischer Konzepte herausgearbeitet, inwiefern es sich bei der zunehmenden ideologischen Konvergenz um parteistrategisches Fehlverhalten handelt. Parteistrategisches Fehlverhalten soll heißen, dass SPÖ und ÖVP anhand ihres individuellen Positionierungsverhaltens im Beobachtungszeitraum von 1945 bis 2015 suboptimal agieren und durch den Trend zur programmatischen Ähnlichkeit ihre Aussichten auf Wahlerfolg eigenhändig reduzieren.

Um dieses Argument des parteistrategischen Fehlverhaltens genauer zu beleuchten, wird ein konzeptioneller Maßstab präsentiert, welcher es ermöglicht, das Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP im Laufe der Zweiten Republik zu bewerten. Dadurch können Hypothesen gebildet werden, inwiefern sich bestimmte Veränderungen hinsichtlich der ideologischen Positionierung positiv oder negativ auf den Wahlerfolg der traditionellen österreichischen Mitgliederparteien auswirken.

⁸² vgl. Downs 1968: S. 112ff

4.2 Das Medianwählermodell

Das Konzept des Medianwählermodells (Downs: 1968) erweist sich als idealer Bewertungsmaßstab für das Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP. Diese Theorie beschäftigt sich mit der Fragestellung, wie sich rational agierende Parteien am politischen Markt ideologisch positionieren, wenn diese nach Stimmenmaximierung streben.

Ausgangspunkt des Modells ist die Annahme einer spezifischen Struktur der politischen Präferenzen der Bürger. Vereinfachend postuliert Downs (1968), dass sich diese Präferenzen zwischen den beiden Extremata „Links“ und „Rechts“ ansiedeln, welche entlang einer bipolaren X-Achse abgebildet sind. Die Parteien ihrerseits positionieren sich ebenso an einem spezifischen Punkt an dieser X-Achse. Hinsichtlich der optimalen Parteiposition müssen die Fraktionen einerseits die Präferenzstruktur der Bevölkerung beachten und andererseits die ideologischen Positionen der Konkurrenz in ihre Überlegungen miteinbeziehen (siehe Abb. 2). Somit steht das Positionierungsverhalten hier abermals in Abhängigkeit zu den externen Kontextbedingungen.⁸³

Das Medianwählermodell basiert auf der Theorie der räumlichen Konkurrenz auf Märkten und geht zudem vom Konzept des homo oeconomicus aus. Infolgedessen wird allen Akteuren rationales und somit nutzenmaximierendes Verhalten unterstellt. Das bedeutet, die Wähler werden stets für jene Partei stimmen, die sich am nächsten zu ihren persönlichen Präferenzen befindet. Rational agierende Parteien ihrerseits positionieren sich an jeweils jenem Punkt entlang der Links-Rechts Skala, wo ihres Erachtens die meisten Stimmen gewonnen werden können.⁸⁴

Das Medianwählermodell wird in der Parteienforschung vielfach rezipiert und kritisiert. In Anlehnung daran präsentiert sich der vereinfachende Charakter der Theorie einerseits als Angriffspunkt, andererseits als große Stärke. Angeprangert wird in erster Linie das Axiom vollkommen rational agierender Akteure. Dieses lehnt sich am Konzept des homo oeconomicus an. Suchanek/Kerscher (2007) unterstreichen, dass das Modell des homo oeconomicus häufig missverstanden wird. Rationalität meint hier keineswegs, dass Individuen zwangsläufig allwissend seien. So verzichtet auch das Medianwählermodell auf die Annahme vollkommener Information, wodurch die Akteure stets unter Unsicherheit agieren⁸⁵. In letzter Konsequenz bedeutet nutzenmaximierendes Handeln im Medianwählermodell daher, dass Individuen in gewissen Situationen logisch konsistent und allgemein nachvollziehbar handeln. Zudem heben Suchanek/Kerscher (2007) hervor, dass der homo oeconomicus nicht darauf abzielt, kognitiv-psychologische Vorgänge zu modellieren. Im Zentrum stehen dagegen die kollektiven Konsequenzen, welche durch das intentionale Agieren einzelner Individuen entstehen.⁸⁶

⁸³ vgl. Downs 1968: S. 112ff

⁸⁴ vgl. Downs 1968: S. 112ff

⁸⁵ vgl. Sell/Stratmann 2011: S. 2

⁸⁶ vgl. Suchanek/Kerscher 2007: S. 264f

Zudem ist der homo oeconomicus eine Theorie, die gesellschaftliche Phänomene in sehr vereinfachter Form beschreibt.⁸⁷ Dieser heuristische Charakter stellt somit in weiterer Folge auch eine wesentliche Stärke des Medianwählermodells dar. Für Schmidt (2008) zeichnet sich das Medianwählermodell gerade durch den Umstand aus, dass es nur wenige Begrifflichkeiten und Hypothesen verwendet, um zu wesentlichen Einsichten zu gelangen.⁸⁸ Nicht zuletzt deshalb ist das Medianwählermodell auch in Hinblick auf die Forschungsfrage dieser Studie von essentieller Bedeutung.

Downs (1968) hebt hervor, dass das Positionierungsverhalten von Parteien je nachdem ob sie im Zwei- oder Mehrparteiensystem agieren, differenziert zu betrachten ist.⁸⁹ Die Annahmen zum Zweiparteiensystem stellen die Urform des Medianwählermodells dar.⁹⁰ Im Zuge der Studie wird dieses Basiskonzept herangezogen, um die grundsätzlichen Wesensmerkmale jenes Theorieansatzes zu beschreiben. Da in der österreichischen Parteienlandschaft jedoch eine Vielzahl von Fraktionen angesiedelt ist, werden darüber hinaus die Annahmen erläutert, welche laut Medianwählermodell im Mehrparteiensystem gelten.

4.2.1 Medianwählermodell im Zweiparteiensystem

Für den Fall des Zweiparteiensystems trifft Downs (1968) die Annahme, dass die Präferenzen der Wähler normalverteilt sind. Anhand der grauschattierten Fläche (siehe Abb. 2) ist somit zu erkennen, dass die Mehrheit der politischen Interessen im Zentrum der Sphäre zu verorten ist. Individuen mit extremerer Orientierung, die naturgemäß weiter außen in der Skala angesiedelt sind, präsentieren sich demgegenüber eindeutig in der Minderheit.⁹¹

Die Parteien A und B sind ihrerseits nun bestrebt, ihre jeweils stimmenmaximierende ideologische Position entlang der X-Achse im politischen Links-Rechts Spektrum zu besetzen. Hinsichtlich der ideologischen Mobilität der politischen Akteure definiert das Medianwählermodell die Einschränkung, dass diese nicht völlig beliebig im Spektrum manövrieren können. Dahingehend können sich die Fraktionen ideologisch niemals aneinander vorbeibewegen, da dies zu einem enormen Glaubwürdigkeitsverlust innerhalb der Bevölkerung führen würde.⁹²

⁸⁷ vgl. Suchanek/Kerscher 2007: S. 272

⁸⁸ vgl. Schmidt 2008: S. 205ff

⁸⁹ vgl. Downs 1968: S. 119

⁹⁰ vgl. Schmidt 2008: S. 198

⁹¹ vgl. Downs 1968: S. 114

⁹² vgl. ebenda: S. 118f

Bezüglich des nutzenoptimierenden Positionierungsverhaltens im Zweiparteiensystem hält Downs (1968) fest, dass die konkurrierenden Parteien sich idealerweise der ideologischen Mitte zubewegen sollten. Erstens, weil die Mehrheit der Wähler im Zentrum der Links-Rechts Skala angesiedelt ist und zweitens, weil keine politischen Gegner im äußeren Bereich des ideologischen Spektrum existieren.⁹³

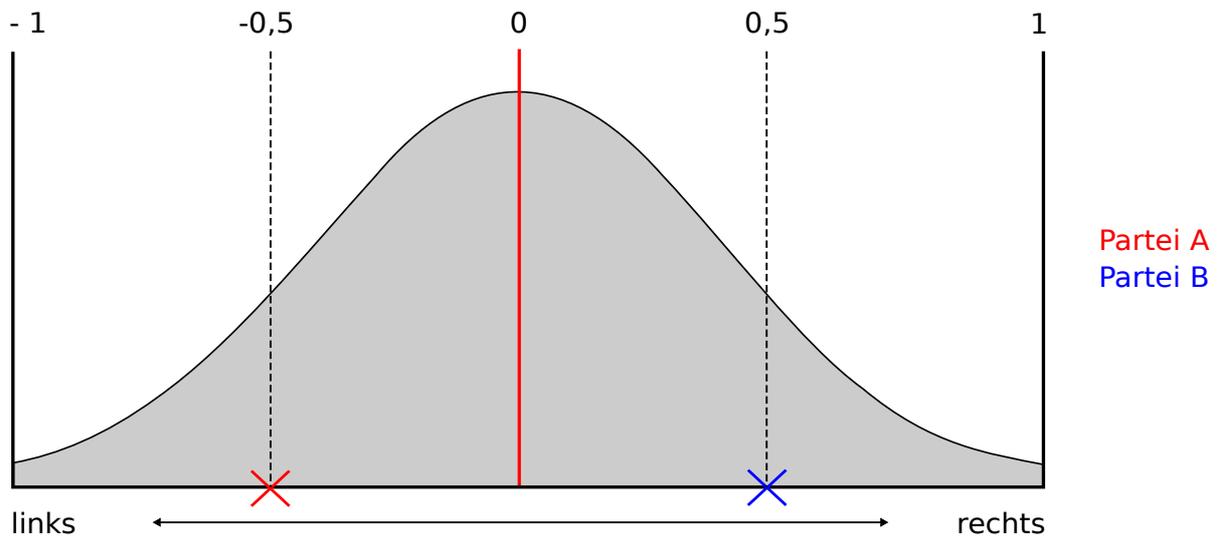


Abb. 2: Medianwählermodell im Zweiparteiensystem⁹⁴

Diese Überlegung ist anhand der Situation in Abb. 2 einfach nachzuvollziehen. Hier kann sich Partei A (Punkt -0,5) jener Stimmen im Bereich -1 bis -0,5 sicher sein. Denn Individuen mit solchen Interessen in der Zone -1 bis -0,5 werden von Partei A eindeutig besser angesprochen, als von Partei B. Gemäß dieser Denklöge wird Partei B (Punkt 0,5) umgekehrt, die Stimmen der Personen im Bereich 0,5 bis 1 garantiert auf sich vereinen können. Da beide Parteien danach streben, ihre Stimmanteile zu vergrößern, kommt es unvermeidlich zu einer ideologischen Annäherung im Zentrum der Sphäre. Dieser Trend hält letztlich solange an, bis beide Kontrahenten die politische Mitte erreichen. Die Wahl wird schließlich jene Partei für sich entscheiden, welche die Stimme des Medianwählers, also des Individuums im Zentrum der Skala (Punkt 0) für sich gewinnen kann.

⁹³ vgl. Downs 1968: S. 114-122

⁹⁴ vgl. ebenda

4.2.2 Medianwählermodell im Mehrparteiensystem

Im Mehrparteiensystem geht Downs (1968) von einer polymodalen Verteilung der Wählerinteressen aus. Das bedeutet, dass die Bevölkerung in mehrere ideologische Gruppierungen gespalten ist. Diese Bedingung erhöht die Chancen für die Entstehung einer breiteren Parteienlandschaft. Je differenzierter die ideologischen Präferenzen sind, desto größer ist die Nachfrage nach unterschiedlichen parteilichen Agenden. In diesem Fall wird die Zahl der politischen Parteien am Markt folglich ansteigen.⁹⁵

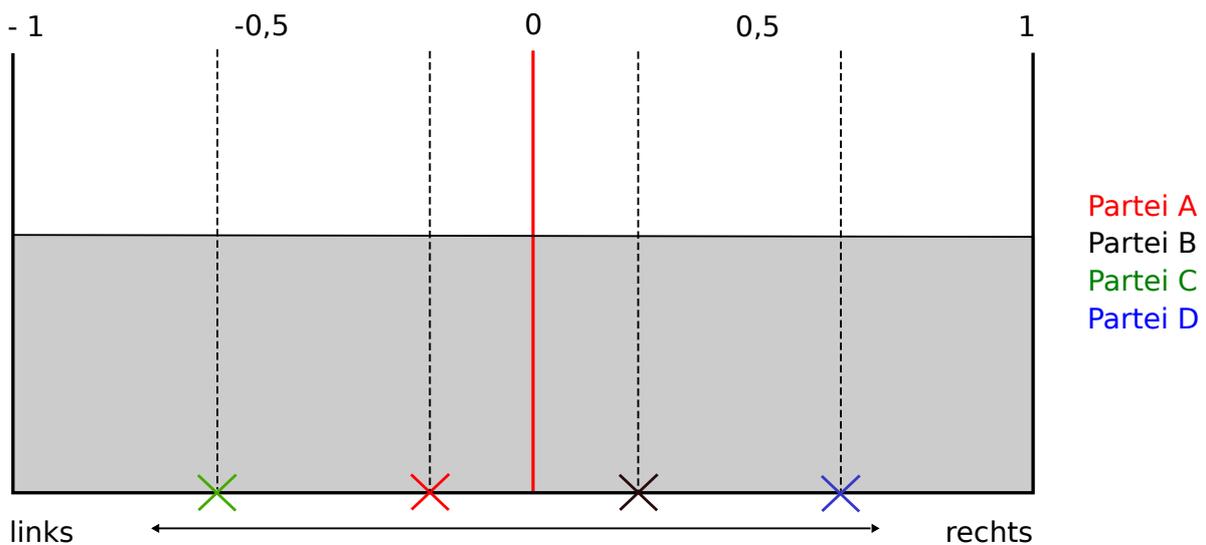


Abb. 3: Medianwählermodell im Mehrparteiensystem⁹⁶

In Abb. 3 wird die Annahme völlig gleich verteilter Wählerpräferenzen getroffen, womit jeder Punkt entlang der Kurve einen Modalwert darstellt. Ein System dieser Art erlaubt nur eine bestimmte Maximalanzahl an Parteien. Ist diese Menge erreicht, verschieben sich die Parteien im Spektrum so lange, bis die ideologische Distanz zwischen allen vorhandenen Konkurrenten im System exakt gleich groß ist. In einem Zustand dieser Art maximieren sämtliche Wettbewerber am politischen Markt ihre Stimmanteile. Demnach ist die Strategie der ideologischen Differenzierung im Mehrparteiensystem als ein entscheidender Erfolgsfaktor zu erachten.⁹⁷

⁹⁵ vgl. Downs 1968: S. 122

⁹⁶ vgl. ebenda: S. 118

⁹⁷ vgl. ebenda: S. 122f

4.3 Bewertung des historischen Positionierungsverhaltens von SPÖ und ÖVP

Das Medianwählermodell stellt für diese Forschungsarbeit eine bedeutende theoretische Ergänzung dar. Auf Basis der organisationalen Parteytypen (Kap. 3) wurden Hypothesen zum Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP gebildet. In Erweiterung dazu wird das Medianwählermodell herangezogen, weil es herausarbeitet, wie sich rational agierende Parteien verhalten, um ihre Stimmanteile zu maximieren. Somit eröffnet sich die Möglichkeit das Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP dahingehend zu bewerten, ob es für den Wahlerfolg zuträglich oder abkömmlich ist.

Diese Form der Bewertung lässt sich für jeden historischen Zeitpunkt im Beobachtungszeitraum von 1945 bis 2015 durchführen. Je nach zu analysierendem Zeitabschnitt gelten im Medianwählermodell dann unterschiedliche Annahmen bezüglich der externen Umweltfaktoren. Ändern sich die Präferenzen der Bürger, so nimmt die dargestellte Kurve im Modell eine andere Form an.⁹⁸ Ebenso stellt das Medianwählermodell den politischen Wettbewerb und seine Intensität dar. Dieser wird durch die Anzahl an politischen Parteien und deren jeweilige Position im Links-Rechts Spektrum ausgedrückt⁹⁹.

Aus Gründen der Einfachheit und Übersichtlichkeit werden die Bewertungsanalysen des Positionierungsverhaltens von SPÖ und ÖVP an zwei historischen Zeitpunkten durchgeführt. Einerseits wird, stellvertretend für die Strategie der ideologischen Differenzierung, die Situation am politischen Markt 1945 analysiert. Somit werden hier Überlegungen angestellt, auf welche Weise ein hoher Grad an ideologischer Differenz den damaligen Wahlerfolg von SPÖ und ÖVP determiniert. Andererseits wird, stellvertretend für das Kalkül der ideologischen Konvergenz, das strategische Positionierungsverhalten im Jahr 2015 bewertet. Hier wird analysiert, wie ein hohes Maß an programmatischen Übereinstimmungen auf den Wahlerfolg der traditionellen Mitgliederparteien wirkt.

Für beide Beobachtungszeitpunkte, 1945 und 2015, wird zuerst beschrieben, wie sich SPÖ und ÖVP in Relation zu diesen speziellen Gegebenheiten idealerweise positionieren sollten, um ihre Stimmanteile zu maximieren. In einem weiteren Schritt wird dann verglichen, in welchem Ausmaß die aufgestellten Hypothesen zum Positionierungsverhalten mit diesen Vorschlägen des Medianwählermodells übereinstimmen. Ergibt diese Gegenüberstellung eine große Diskrepanz, so agieren die traditionellen österreichischen Mitgliederparteien nicht nutzenmaximierend. Da sich das Positionierungsverhalten in diesem Fall negativ auf den Wahlerfolg auswirkt, kann den Parteien strategisches Fehlverhalten attestiert werden.

⁹⁸ vgl. Downs 1968: S. 114f

⁹⁹ vgl. ebenda: S. 130f

4.3.1 Analyse der Strategie der ideologischen Differenzierung 1945

Der Typus der Massenintegrationspartei auf Klassenbasis verortet 1945 einen hohen Ideologisierungsgrad von SPÖ und ÖVP. Daher werden nun Hypothesen gebildet, inwiefern die Strategie der ideologischen Differenzierung zu dieser Zeit eine adäquate Methode zur Stimmenmaximierung am politischen Markt in Österreich darstellt.

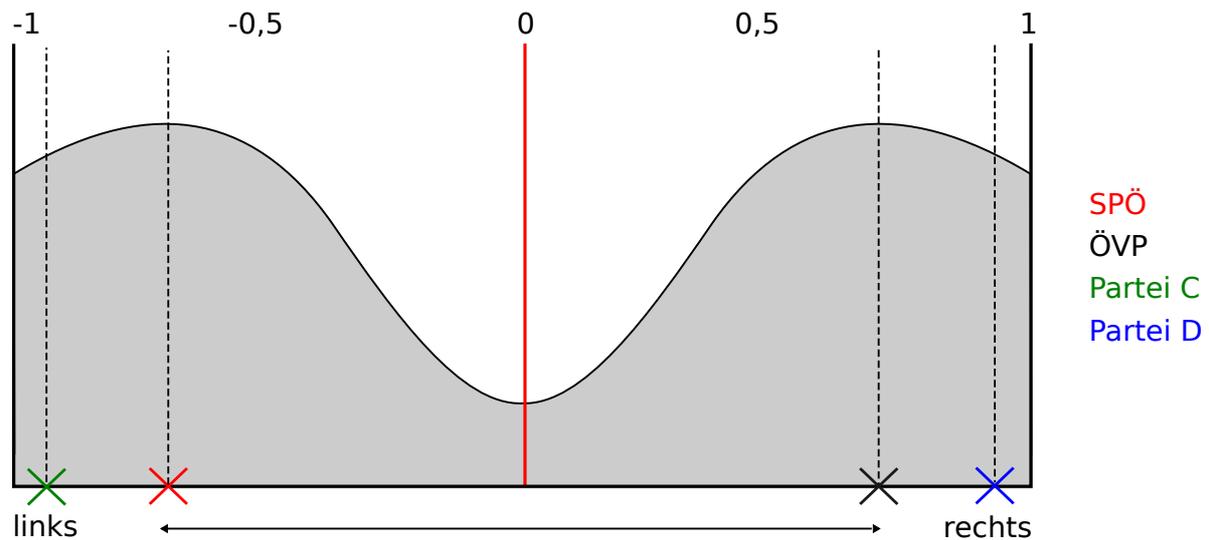


Abb. 4: Nutzenoptimierendes Positionierungsverhalten 1945¹⁰⁰

Abb. 4 präsentiert demnach das Positionierungsverhalten der Parteien in Relation zu den externen Umweltbedingungen in dieser historischen Phase. Die Kontextbedingungen definieren sich 1945 einerseits durch die Konzentration der politischen Präferenzen der Bevölkerung um zwei Modalwerte, nahe den äußeren Rändern. Dies spiegelt die gespaltene politische Interessenslage im Land wider. Das Milieu des Proletariats ist in der linken Sphäre des Spektrums angesiedelt und steht der Bourgeoisie auf der rechten Seite gegenüber. Im Zentrum des Links-Rechts Spektrums sind für SPÖ und ÖVP vergleichsweise nur sehr wenige Stimmen zu gewinnen.¹⁰¹

Hinsichtlich dieser Präferenzstruktur innerhalb der Bevölkerung ist ideologische Differenzierung, die gemäß den Annahmen dieser Studie zwischen SPÖ und ÖVP im Jahr 1945 vorherrscht, eine geeignete Strategie zur Stimmenmaximierung. Die Positionierung an den äußeren Rändern des Links-Rechts Kontinuums ermöglicht es den Parteien, nahezu alle Stimmen des jeweiligen sozialmoralischen Milieus für sich zu gewinnen. SPÖ und ÖVP sind auf Grund ihrer fundamentalen gesellschaftlichen Verwurzelung somit stark an den politischen Interessen

¹⁰⁰ vgl. Downs 1968: S. 115

¹⁰¹ vgl. ebenda: S. 115ff

der sozial-moralischen Milieus orientiert. Dadurch können beide Fraktionen diese spezifischen Präferenzen unvermittelt wahrnehmen und ihre politischen Agenden gemäß diesen Voraussetzungen entwickeln. Neben diesem Fokus auf die eigene Mitgliederbasis vernachlässigen SPÖ und ÖVP das politisch-ideologische Zentrum. Die Tatsache, dass Wähler im ideologischen Zentrum von den beiden Parteien unzureichend angesprochen werden, ist aufgrund der geringen Größe jener Gruppe jedoch nicht als wahlentscheidend anzusehen.

Auch in Hinblick auf die Intensität des parteilichen Wettbewerbs erweist sich die Strategie der ideologischen Differenzierung in der Phase um 1945 als äußerst erfolgsversprechend. Einerseits wird dadurch die Konkurrenz zwischen den beiden traditionellen Großparteien eingeschränkt, da sich SPÖ und ÖVP im Wahlkampf auf die Mobilisierung ihrer Mitglieder und nicht auf das Gewinnen von Stimmen aus dem gegnerischen sozialmoralischen Milieu fokussieren.¹⁰²

Andererseits erschweren es SPÖ und ÖVP den kleineren Parteien durch die Strategie der Differenzierung erheblich, sich im politischen Spektrum gewinnbringend zu positionieren. Da sich SPÖ und ÖVP an ideologischen Standorten, abseits der Mitte lokalisieren, ist es für andere Parteien wenig erfolgsversprechend, sich an noch extremeren Punkten anzusiedeln. Ebenso ist es für andere Fraktionen nicht rentabel, sich auf das ideologische Zentrum zu spezialisieren, da dort nur wenige Stimmen zu lukrieren sind. Wie die Ergebnisse österreichischer Nationalratswahlen bis zu diesem Zeitpunkt zeigen, haben kleinere WettbewerberInnen, abseits der traditionellen Mitgliederparteien, tatsächlich äußerst geringe politische Relevanz. Daher müssen SPÖ und ÖVP die Konkurrenz bis in die 1980er Jahre bloß sehr eingeschränkt berücksichtigen.¹⁰³

Zusammenfassend zeigt sich, dass die ideologische Differenzierung zwischen SPÖ und ÖVP eine erfolgreiche Strategie ist, um im Jahr 1945 Stimmanteile zu maximieren. Dank diesem Verhalten sind die Mitgliederparteien adäquat an die externen Umweltbedingungen angepasst. Die Ideologisierung erweist sich für SPÖ und ÖVP als vorteilhaft, da man den Wettbewerb zueinander stark reduziert und der restlichen parteilichen Konkurrenz kaum Raum lässt, sich am politischen Markt zu etablieren. Außerdem ist der Fokus auf die klassenzugehörige Mitgliederbasis ein effizientes Kalkül, welches die Stimmenmaximierung am Wahltag in dieser Phase sicherstellt.

¹⁰² vgl. Katz/Mair 1995: S. 10ff

¹⁰³ vgl. Laakso/Taagepera 1979: S. 10

4.3.2 Analyse der Strategie der ideologischen Konvergenz 2015

Jene Parteitypen, welche das Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP in der jüngeren Vergangenheit interpretieren, verorten eine zunehmende ideologische Konvergenz zwischen den traditionellen Großparteien. Daher werden nun Überlegungen angestellt, wie dieser Trend zur Ähnlichkeit das Abschneiden von SPÖ und ÖVP bei Nationalratswahlen beeinflusst.

Abb. 5 modelliert das nutzenmaximierende parteiliche Positionierungsverhalten im Verhältnis zu den externen Kontextbedingungen im Jahr 2015. Die politischen Präferenzen der Bevölkerung haben sich in Relation zu 1945 umfassend transformiert. Die Polarisierung in proletarisches und bürgerlich-traditionelles Lager ist in der Gegenwart nicht mehr gegeben. Die Wählergruppe im Zentrum der politischen Sphäre wird parallel dazu bedeutungsvoller.¹⁰⁴ Es kommt zu einer Pluralisierung der politischen Präferenzen innerhalb der Bevölkerung, wodurch die Kurve im Medianwählermodell signifikant abflacht.¹⁰⁵

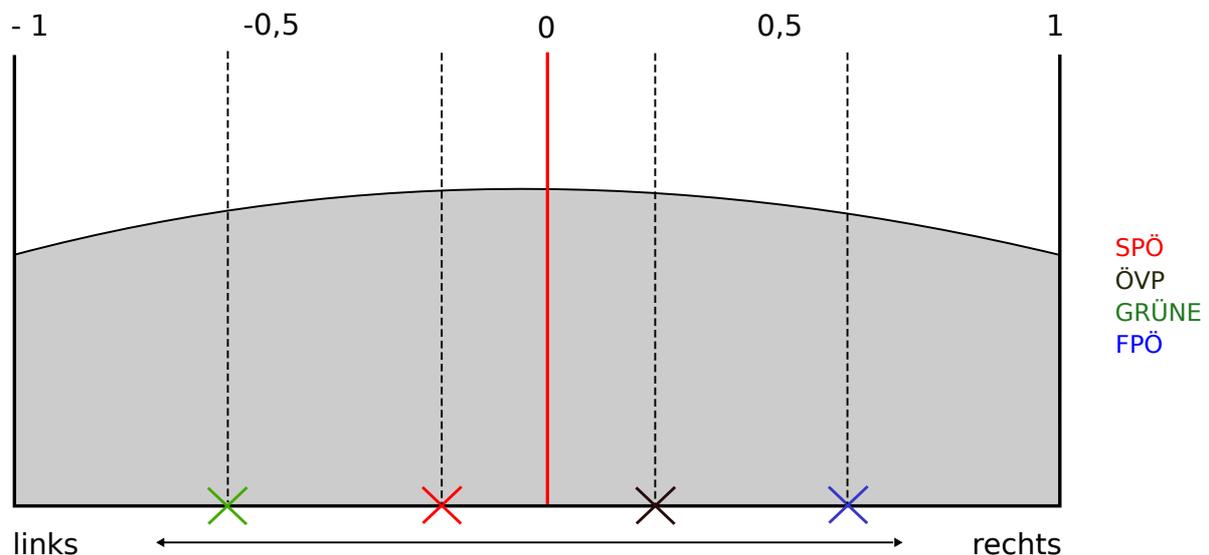


Abb. 5: Nutzenmaximierendes Positionierungsverhalten 2015

Auch der politische Wettbewerb zeigt 2015 ein komplett anderes Bild als im Jahr 1945. Das Medianwählermodell geht davon aus, dass die Parteienvielfalt am politischen Markt durch die Pluralisierung der Präferenzen der Bevölkerung gefördert wird. Werden die Interessen der Bürger diverser, so benötigt es eine größere Anzahl an politischen Akteuren, um diese effizient zu vertreten.¹⁰⁶ Jedoch etablieren sich im ideologischen Links-Rechts Spektrum so nur viele

¹⁰⁴ vgl. Lösche 2009: S. 12ff

¹⁰⁵ vgl. Plasser 1999: S. 31

¹⁰⁶ vgl. Downs 1968: S. 118f

Fraktionen, bis der parteiliche Markt keine weiteren Akteure mehr zulässt. Ist diese Zahl erreicht, manövrieren die existierenden Wettbewerber im Spektrum bis zu jenem Idealzustand, in welchem jede Partei ihre Stimmen maximiert sieht. In dieser nutzenoptimierenden Situation ist die ideologische Distanz zwischen sämtlichen Fraktionen gleich groß (siehe Abb. 5).

Somit ist ideologische Differenzierung im Jahr 2015 laut Medianwählermodell, die geeignete Strategie zur Stimmenmaximierung. Es wird postuliert, dass sich Parteien, um Wähler effizient anzusprechen, in gleichmäßigen Abständen zu ihren Konkurrenten positionieren sollen. Auf diese Weise können SPÖ und ÖVP auch im kompetitiver werdenden Wettbewerb der Gegenwart Alleinstellungsmerkmale entwickeln.¹⁰⁷ Gemäß den Hypothesen dieser Studie hat die ideologische Distanz zwischen SPÖ und ÖVP im Jahr 2015 jedoch ein absolutes Minimum erreicht, da die Parteien im Zuge der Zweiten Republik immer vehementer ins politische Zentrum vordringen. Dies berücksichtigend wird eine beträchtliche Diskrepanz zwischen den Annahmen zum Positionierungsverhalten der Parteien und den Prämissen des Medianwählermodells offenkundig.

Einerseits sind SPÖ und ÖVP durch die ideologische Konvergenz zunehmend weniger an die politischen Präferenzen der Bevölkerung angepasst. Durch diese soziale Entkoppelung wird es für die Parteien erheblich schwieriger, die gesellschaftlichen Interessen entsprechend wahrzunehmen und adäquate politische Lösungsansätze zu entwickeln. Weil die Differenz zwischen den programmatischen Standpunkten der traditionellen österreichischen Mitgliederparteien dadurch immer weiter verschimmt, verlieren beide Fraktionen entscheidend an Integrationskraft.¹⁰⁸

Andererseits erweist sich Entideologisierung als keine geeignete Strategie gegenüber der politischen Konkurrenz. Weil SPÖ und ÖVP immer stärker ins Zentrum der Links-Rechts Skala rücken, sind die ideologischen Abstände zwischen den Parteien nun ungleichmäßig verteilt. Die ideologische Distanz zwischen den traditionellen Mitgliederparteien wird dadurch erheblich kleiner, als in Abb. 5 dargestellt. Da sich SPÖ und ÖVP in letzter Konsequenz somit auf die idente Zielgruppe im Zentrum fokussieren, erhöht sich der direkte Wettstreit zueinander enorm.

Vor allem aber wird FPÖ und Grünen an den äußeren Rändern mehr Raum im Links-Rechts Spektrum gegeben. Diese Parteien gewinnen typischerweise die Stimmen jener Individuen, deren Interessen sich nahe an den extremen Enden der Sphäre befinden. Durch die Annäherung der traditionellen Mitgliederparteien vergrößern sich die Möglichkeiten von FPÖ und Grünen entscheidend. Während SPÖ und ÖVP um die politische Mitte ringen, sprechen diese beiden politischen Gegnerinnen stetig größer werdende ideologische Zielgruppen in der österreichischen Bevölkerung an und können dadurch beachtliche Erfolge verzeichnen.

¹⁰⁷ vgl. Downs 1968: S. 122f

¹⁰⁸ vgl. Lösche 2009: S. 1-6

Gemäß dem Medianwählermodell ist die Tendenz zur ideologischen Konvergenz im Mehrparteiensystem demnach kein nutzenmaximierendes parteistrategisches Verhalten. Beide Parteien sind mit ihren gegenwärtigen Positionen nicht adäquat auf die externen Umweltgegebenheiten eingestellt. In letzter Konsequenz wird es durch die stetig wachsende programmatische Übereinstimmung für SPÖ und ÖVP unmöglich, die politische Dominanz vergangener Tage auch in der Gegenwart aufrecht zu erhalten.

In Anlehnung an diese Schlussfolgerung tut sich die Frage hervor, ob die traditionellen österreichischen Mitgliederparteien ihre Dominanz durch ein alternatives Positionierungsverhalten eher hätten fortsetzen können. Daher werden im nächsten Abschnitt theoretische Annahmen getroffen, wie sich ein stärkerer Ideologisierungsgrad und damit ein anhaltend hohes Maß an programmatischer Differenz auf die gegenwärtigen Wettbewerbschancen von SPÖ und ÖVP hätte auswirken können.

4.3.3 Analyse der Strategie der Ideologischen Differenzierung 2015

Prinzipiell ist nicht zu bestreiten, dass die externen Gegebenheiten, denen SPÖ und ÖVP im Zeitablauf von 1945 bis 2015 gegenüberstehen, deutlich komplexer werden. Nicht ignoriert werden darf hier, dass die Pluralisierung der ideologischen Präferenzen der BürgerInnen und die ansteigende Wettbewerbsintensität durch das Zusammenspiel zahlreicher Faktoren hervorgerufen werden. Aufgrund dieser facettenreichen kausalen Umstände ist davon auszugehen, dass die Wandlungsvorgänge durch SPÖ und ÖVP keinesfalls hätten verhindert werden können. Somit greift die Annahme, der parteiliche Wahlniedergang hätte allein durch ein effizienteres Positionierungsverhalten vollkommen gestoppt werden können, entschieden zu kurz.

Sehr wohl aber ist es hypothetisch vorstellbar, dass sich die Mitgliederparteien besser auf diese Transformationen der externen Gegebenheiten hätten einstellen können. Daraus leitet sich ab, dass ein effizienteres ideologisches Positionierungsverhalten den Stimmenrückgang zumindest hätte einschränken können. In diesem Sinne werden im folgenden Abschnitt Überlegungen angestellt, inwiefern ein anhaltend hoher Ideologisierungsgrad SPÖ und ÖVP in eine günstigere Wettbewerbsposition hätte bringen können.

In Hinblick auf den kompetitiver werdenden Wettbewerb, entpuppt sich ideologische Differenzierung als durchaus erfolgsversprechende Strategie. Durch das Beibehalten starker programmatischer Unterschiede hätten SPÖ und ÖVP stets unterschiedliche Zielgruppen angesprochen. Durch diesen Umstand hätte sich die direkte parteiliche Konkurrenz zueinander permanent sehr gering gehalten. Ferner hätte eine fortwährende Differenzierungsstrategie entscheidende Vorteile gegenüber ideologisch weiter außenstehenden Fraktionen mit sich

gebracht. Da sich Parteien im Spektrum nicht aneinander vorbeibewegen können¹⁰⁹, wäre der Raum zur Expansion für FPÖ und Grüne äußerst beschränkt geblieben. Insgesamt wäre es für diese beiden Konkurrentinnen daher sehr schwer gewesen, auf Bundesebene umfassende Stimmengewinne zu verzeichnen.

Klar ist auch, dass eine stetige Ideologisierung von SPÖ und ÖVP früher oder später zur Etablierung neuer Zentrumsparteien geführt hätte. Im Endeffekt würden diese hypothetischen Parteien jedoch den gleichen Problemen der Entideologisierung gegenüberstehen, wie es SPÖ und ÖVP gegenwärtig tun. In Summe kann angenommen werden, dass die permanente ideologische Differenzierung heute zu einem vergleichsweise geringeren Wettbewerbsdruck für die traditionellen österreichischen Mitgliederparteien geführt hätte.

In Bezugnahme auf den Wandel der politischen WählerInnenpräferenzen erscheint das Kalkül der ideologischen Differenzierung auf einen ersten Blick als problematisch. Angenommen SPÖ und ÖVP hätten ihre althergebrachten Standpunkte konsequent beibehalten, so hätte sich ihre WählerInnenbasis mit hoher Wahrscheinlichkeit sukzessive verringert, da die Konfliktlinie Proletariat versus Bourgeoisie in der Gesellschaft seit 1945 stetig an Bedeutung verliert. Dieser Umstand allein muss jedoch nicht zwangsläufig bedeuten, dass ideologische Differenzierung SPÖ und ÖVP langfristig ins Abseits gedrängt hätte. Denn auch hinsichtlich der politischen Präferenzstruktur der Bevölkerung bringt das Kalkül der Ideologisierung essentielle Vorteile mit sich.

Wie die organisationalen Parteytypen beschreiben, geht ideologische Differenzierung stets Hand in Hand mit einer tiefen gesellschaftlichen Verwurzelung von Parteien. Diese soziale Einbettung stellt eine zentrale Voraussetzung dar, um auf die politischen Interessen von BürgerInnen passend reagieren zu können. Somit hätten anhaltend ideologisierte österreichische Mitgliederparteien, durch die Wahrung des direkten Bevölkerungskontaktes, ihre Fähigkeit beibehalten, neu aufkommende gesellschaftliche Probleme besser zu verstehen. SPÖ und ÖVP wäre es dadurch möglich, programmatisch weitaus kohärente Antworten auf neu entstehende soziale Entwicklungstendenzen zu finden.

Haben diese sozialen Veränderungen signifikante Konsequenzen für viele Lebensbereiche der Bevölkerung, so ist es denkbar, dass daraus Konfliktlinien entstehen, welche die Gesellschaft auf gravierende Art und Weise teilen. In diesem Sinne interpretieren Grande/Kriesi (2013) den Globalisierungsprozess als ein Phänomen, das die Daseinsverhältnisse maßgeblich beeinflusst und die heutige Gesellschaft in eine GewinnerInnen- und eine VerliererInnenseite separiert. Diese beiden Personengruppen definieren sich anhand ihrer Einstellung gegenüber der Globalisierungsfrage.¹¹⁰

¹⁰⁹ vgl. Downs 1968: S. 119

¹¹⁰ vgl. Grande/Kriesi 2013: S. 86ff

Im Zuge der Globalisierung kommt es zur Deregulierung von Märkten, wodurch die internationalen Wirtschaftsverflechtungen stetig zunehmen. Während GewinnerInnen von diesem Umstand wohlstandsmäßig profitieren, geraten VerliererInnen dadurch zunehmend in eine prekäre finanzielle Situation. Ebenso kommt es durch Globalisierung zu einem Anstieg der internationalen Migrationsbewegungen. GewinnerInnen beurteilen Zuwandernde als Bereicherung für ihre Heimat, während VerliererInnen MigrantInnen als Bedrohung der eigenen kulturellen Identität sehen. Zudem gelten MigrantInnen für diese GlobalisierungsverliererInnen als Konkurrenz am Arbeitsmarkt und hinsichtlich sozialstaatlicher Leistungen. In weiterer Folge leitet sich aus diesen Einstellungsmerkmalen ab, dass GewinnerInnen supranationale Vereinigungen befürworten, wohingegen VerliererInnen die Autonomie einzelner Nationalstaaten begrüßen.¹¹¹

Für den Wahlerfolg ist es unabdinglich, dass Parteien der Gegenwart auf diese neue gesellschaftliche Situation reagieren. Eines wird diesbezüglich sofort deutlich: Parteien mit hohem Ideologisierungsgrad können sich in Bezugnahme auf die Globalisierungsfrage weitaus eindeutiger positionieren, als solche, die versuchen, den Medianwähler anzusprechen. Denn eine ideologisierte Partei wird ihr Grundsatzprogramm so formulieren, dass es entweder an GewinnerInnen oder VerliererInnen der Globalisierung gerichtet ist. Parteien des Zentrums hingegen haben das Problem, dass sie über keine klar abgegrenzte Kernzielgruppe verfügen. Letztlich sind diese Fraktionen nicht im Stande, eine explizite programmatische Position hinsichtlich politischer Fragestellungen zu beziehen. Dadurch schwindet das ideologische Profil und die Parteien laufen Gefahr, gegenüber der Bevölkerung an Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Zusammenfassend wurde im Rahmen dieses Kapitels das ideologische Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP zu den Zeitpunkten 1945 und 2015, basierend auf den Annahmen des Medianwählermodells, einer Bewertung unterzogen. Im Zentrum steht hierbei die These, dass die traditionellen österreichischen Mitgliederparteien ihren Wahlerfolg durch ihr Positionierungsverhalten determinieren.

Darauf aufbauend wurde die theoretische Annahme getroffen, dass die Strategie der ideologischen Differenzierung im Jahr 1945 eine wesentliche Komponente für den Wahlerfolg von SPÖ und ÖVP verkörpert. Das Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP steht zu diesem Zeitpunkt im optimalen Einklang mit den externen Kontextbedingungen, wodurch es gelingt, das Stimmenpotenzial voll auszuschöpfen. Dem entgegenstehend wird hinsichtlich des Positionierungsverhaltens im Jahr 2015 die Hypothese aufgestellt, dass ideologische Konvergenz keine erfolgsversprechende Strategie zur Stimmenmaximierung darstellt. Einerseits entfernen sich die Mitgliederparteien dadurch von der Zivilgesellschaft und ihren politischen Präferenzen, darüber hinaus begibt man sich damit unnötigerweise in intensiveren parteilichen Wettbewerb.

¹¹¹ vgl. Grande/Kriesi 2013: S. 86ff

In Bezugnahme auf den empirischen Forschungsteil dieser Arbeit gilt es zu überprüfen, ob die Grundsatzprogramme von SPÖ und ÖVP am Beginn des Beobachtungszeitraums tatsächlich eine sehr große ideologische Distanz aufweisen. Unterscheiden sich die Grundsatzprogramme hierbei erheblich, so ist anzunehmen, dass dieser hohe Ideologierungsgrad wesentlich zu den Wahlerfolgen von SPÖ und ÖVP in dieser Periode beigetragen hat. Zusätzlich wird die These der zunehmenden ideologischen Konvergenz anhand jüngerer Grundsatzprogramme überprüft. Nimmt der Grad an Ideologisierung der Mitgliederparteien tatsächlich stark ab, so ist diese Tatsache als mitentscheidende Ursache des Stimmenschwundes zu interpretieren.

Empirische Befunde dieser Art würden primär darauf hinweisen, dass eine Korrelation zwischen dem Positionierungsverhalten und dem parteilichen Abschneiden bei Wahlen existiert. Die Hypothese, ideologische Positionierung als ein entscheidendes wahlstrategisches Werkzeug zu interpretieren, würde somit Bestätigung erfahren. In weiterer Folge könnte aufbauend auf diese Forschungsergebnisse der Schluss gezogen werden, dass es sich beim Trend zur Konvergenz um ein parteistrategisches Fehlverhalten von SPÖ und ÖVP handelt. Hier wäre die Hypothese bestätigt, dass es Parteien verabsäumen, sich an den externen Kontextwandel anzupassen, wodurch die Parteien ihre Aussichten auf Wahlerfolg selbst minimieren.

Abschließende Überlegungen dieses Kapitels weisen zudem darauf hin, dass ideologische Differenzierung mitunter auch heute noch ein vielversprechendes strategisches Konzept darstellen könnte. Klar ist, dass die externen Gegebenheiten 2015 weitaus komplexer sind, als jene im Jahr 1945. Die Vervielfältigung der politischen Interessen muss zwangsläufig einen Anstieg der Parteienzahl zur Folge haben. Dahingehend kann ideologische Differenzierung im Mehrparteiensystem den Konkurrenzkampf unter den AkteurInnen entscheidend reduzieren. Zusätzlich sind ideologisierte Parteien durch ihren direkten Kontakt zur Bevölkerung sensibler für jegliche Form sozialer Wandungsvorgänge. Wie am Beispiel der gesellschaftlichen Spaltung entlang der Globalisierungsdebatte gezeigt wurde, sind ideologisierte Parteien außerdem eher dazu in der Lage sich hinsichtlich neu entstehender gesellschaftlicher Interessensgruppierungen eindeutiger zu positionieren.

In Bezug auf die Forschungsfrage wird überprüft, ob SPÖ und ÖVP in ihren aktuelleren Manifesten wieder verstärkt auf ideologisierte Standpunkte setzen. Dies wäre auch ein Indiz, dass SPÖ und ÖVP auf die immer stärker werdende politische Linke und Rechte reagieren.¹¹² In Anbetracht der Dominanz der Konvergenzthese innerhalb der Parteiwandelforschung wäre die Rückkehr zur Ideologisierung jedoch eine unerwartete Entwicklung. In diesem Sinne erachtet es auch Panebianco (1988) als äußerst unwahrscheinlich, dass eine derartige Revolution im politischen System von Parteien des Establishments ausgehen könnte.¹¹³

¹¹² vgl. Keman/Pennings 2006: S. 115ff

¹¹³ vgl. Panebianco 1988: S. 274

5. Methodische Vorgehensweise

Im folgenden Kapitel wird eingangs beleuchtet, inwiefern es sich bei Grundsatzprogrammen um Quellen handelt, welche als Basis für die Ermittlung ideologischer Parteipositionen dienen können. Dahingehend wird betrachtet, welche Bedeutung Parteiprogramme für die politische Praxis besitzen. Hier wird einerseits auf Studien Bezug genommen, welche sich mit den Auswirkungen von Manifesten auf den politischen Output von Regierungsparteien befassen. Andererseits werden Forschungsarbeiten präsentiert, die analysieren, welche Relevanz BürgerInnen den Parteiprogrammen als Informationsquelle für die Wahlentscheidung beimessen.

Im Hauptteil dieses Kapitels wird gezeigt, wie im Rahmen dieser Studie vorgegangen wird, um das ideologische Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP zu ermitteln. Diesbezüglich wird in einem ersten Schritt das ideologische Spektrum definiert, in welchem die programmatischen Schwankungen der Parteien verortet werden. Anschließend daran wird erörtert, wie auf Basis von Grundsatzprogrammen auf das ideologische Positionierungsverhalten geschlossen wird. Dahingehend wird die spezifische Methode der quantitativen Inhaltsanalyse, auf welche diese Studie aufbaut, im Detail präsentiert.

5.1 Grundsatzprogramme als Instrumente zur ideologischen Verortung

Grundsatzprogramme gelten in den Politikwissenschaften gemeinhin als Werkzeuge, welche essentielle Funktionen für Parteien zu erfüllen haben. Beispielsweise sollen programmatische Schriften dieser Art parteiliche Ziele wie Politikverwirklichung, Regierungsbeteiligung und Stimmenmaximierung realisieren. Politikverwirklichung meint, dass Parteien die tatsächliche Politik nach ihren ideologischen Grundwerten gestalten möchten. Um dies zu bewerkstelligen, sollte die Partei idealerweise eine Regierungsbeteiligung erreichen, was folglich die Maximierung der Stimmanteile voraussetzt.¹¹⁴ Damit möglichst viele Stimmen gewonnen werden können, ist es für die Partei unabdinglich, mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten und ihr ein politisches Angebot zu unterbreiten.¹¹⁵ Daher stellen Parteiprogramme gewissermaßen Kommunikationsinstrumente dar, die BürgerInnen über programmatische Ziele, Grundwerte und Weltbild der Parteien informieren. Keman/Pennings (2006) definieren Manifeste dahingehend als Positionierungsinstrumente mittels derer Parteien Stellung bezüglich Themen des öffentlichen Diskurses beziehen¹¹⁶. In diesem Sinne stellen Grundsatzprogramme auf Basis ihrer spezifischen Eigenschaften eine geeignete Quelle dar, um auf das Positionierungsverhalten von Parteien zu schließen.

¹¹⁴ vgl. Strom 1990: S. 566ff

¹¹⁵ vgl. Flechtheim 1968: S. 179

¹¹⁶ vgl. Keman/Pennings 2006: S. 105

Darüber hinaus besitzen Manifeste handlungsleitende Relevanz für die politische Praxis. Der Forschungsansatz des Program-Policy-Linkages befasst sich mit der Frage, wie sich Wahlversprechen in Parteiprogrammen auf den politischen Output von Regierungen auswirken.¹¹⁷ Internationale Studien zeigen, dass Parteien stark versuchen, Punkte aus politischen Programmen in die Realität umzusetzen.¹¹⁸ Praprotnik (2015) analysiert den Zusammenhang zwischen Wahlversprechen in Programmen und dem politischen Output am Fallbeispiel der österreichischen Bundesregierung von 2008 bis 2013. Auch hier wird das Resümee gezogen, dass SPÖ und ÖVP ihren Programmpunkten treu bleiben. In der Studie wird aber auch klar, dass die erfolgreiche Umsetzung von Programminhalten von der Form der Regierungszusammensetzung abhängt. Im Fall der Koalitionsregierung von 2008 bis 2013 müssen SPÖ und ÖVP Kompromisse eingehen, wodurch die Parteien jeweils nur die Hälfte ihrer Programmpunkte vollständig in die Tat umsetzen können.¹¹⁹ Bei Alleinregierungen liegt die Realisierungsquote von Wahlversprechen laut einer internationalen Studie von Thompson et al. (2012) bei circa 80 Prozent.¹²⁰ Da Parteien also insgesamt der Verwirklichung ihrer ideologischen Standpunkte große Priorität einräumen und ihnen dies in der Praxis, abhängig von der Form der Regierung auch relativ erfolgreich gelingt, prägen Parteiprogramme das politische Geschehen durchaus.¹²¹ Diese Korrelation zwischen Parteilinie und politischem Output lässt es umso bedeutender erscheinen, die ideologischen Positionen von SPÖ und ÖVP im Zeitablauf zu analysieren.

Unter dem Gesichtspunkt, dass Parteien ihrer ideologischen Linie auch in der Realpolitik treu bleiben, sind BürgerInnen gut darin beraten, sich vor der Wahl mit Inhalten von Programmen auseinanderzusetzen. Diese Orientierung an Parteiprogrammen wird als „prospektives Wählen“ definiert. Hier geben Individuen auf Grund ihrer Erwartungshaltung gegenüber dem künftigen politischen Handeln von Parteien ihre Stimme ab.¹²²

Hinsichtlich des Wissensstandes von BürgerInnen über parteiliche Programminhalte existieren wenig empirisch gesicherte Daten. Eine Studie von Rölle (2002) gelangt zum Schluss, dass politische Manifeste bei BürgerInnen zwar relativ hohe Beachtung finden, die Bevölkerung aber paradoxerweise geringe Kenntnisse zu konkreten programmatischen Inhalten hat.¹²³ Auch Westle (2005) attestiert den WählerInnen im Durchschnitt eine sehr oberflächliche Wissensbasis hinsichtlich der Parteipositionen. Ein Großteil der Teilnehmenden dieser Studie kann die Parteien entlang einer links-rechts Skala ihrer entsprechenden ideologischen Position zuordnen. Jedoch zeigt sich, dass WählerInnen oftmals kaum über Detailwissen verfügen und Parteistandpunkte

¹¹⁷ vgl. Thompson et al. 2012: S. 1

¹¹⁸ vgl. Mansergh/Thomson 2007: S. 324

¹¹⁹ vgl. Praprotnik 2015: S. 11

¹²⁰ vgl. Thompson et al. 2012: S. 30

¹²¹ vgl. Däubler 2013: S. 337

¹²² vgl. Merz/Regel 2013: S. 227

¹²³ vgl. Rölle 2002: S. 278

anhand konkreter politischer Sachfragen schwer einschätzen können. Ebenso sind Kenntnisse über die Positionen von traditionellen Großparteien tendenziell weit umfassender als über die Agenden kleinerer Fraktionen.¹²⁴ Diese Wissenslücken entstehen mitunter deshalb, weil es für WählerInnen auf Grund der Parteivielfalt sehr zeitintensiv ist, sich mit sämtlichen Manifesten auseinanderzusetzen.¹²⁵ Hier ist jedoch hervorzuheben, dass Informationen zu Parteipositionen heute relativ rasch und einfach zu beziehen wären, da Programminhalte auf Partei-Websites sowie mittels Flyer und Broschüren in komprimierter Form kommuniziert werden.¹²⁶

In Anbetracht der empirisch bestätigten Tatsache, dass Parteien ihre ideologischen Überzeugungen durchaus stark in die Realpolitik einfließen lassen, sollten sich BürgerInnen künftig intensiver mit den Parteischriften auseinandersetzen. Erst wenn Individuen eine solide Grundkenntnis zu allen Parteien und ihren Agenden besitzen, können sie am Wahltag für jene Fraktion stimmen, die ihre Interessen am effizientesten in der politischen Arena vertritt.

5.2 Die Grundsatzprogramme von SPÖ und ÖVP

Um die ideologische Distanz zwischen SPÖ und ÖVP im Zeitablauf zu eruieren, werden die Grundsatzprogramme beider Parteien von 1945 bis 2015 anhand der jeweiligen inhaltlichen Schwerpunktsetzung gegenübergestellt und einer quantitativen Inhaltsanalyse unterzogen. Tab. 2 bietet einen Überblick über die Grundsatzprogramme von SPÖ und ÖVP, die im Zeitraum von 1945 bis 2015 publiziert wurden.

Grundsatzprogramme der SPÖ	Grundsatzprogramme der ÖVP
Aktionsprogramm der sozialistischen Partei Österreichs (1947)	Die programmatischen Leitsätze der ÖVP (1945)
Das Parteiprogramm (1958)	Was wir wollen (1958)
Das Programm der SPÖ (1978)	Salzburger Programm (1972)
SPÖ Grundsatzprogramm (1998)	ÖVP Grundsatzprogramm (1995)
111 Projekte für Österreich – SPÖ Wahlprogramm 2013*	Grundsatzprogramm 2015 der österreichischen Volkspartei

Tab. 2: Grundsatzprogramme von SPÖ und ÖVP

¹²⁴ vgl. Westle 2005: z. n. Merz/Regel 2013: S. 226

¹²⁵ vgl. Merz/Regel 2013: S. 224

¹²⁶ vgl. Däubler 2013: S. 336

Das jüngste Grundsatzprogramm der österreichischen SozialdemokratInnen wurde im Jahr 1998 publiziert und kann somit nur mit Einschränkungen die gegenwärtige ideologische Position widerspiegeln. Um dennoch einen Eindruck zu vermitteln, wo sich die SPÖ aktuell im politischen Spektrum verorten lässt, wird das SPÖ-Wahlprogramm, welches anlässlich der Nationalratswahlen 2013 publiziert wurde, in die Untersuchung mitaufgenommen.

Natürlich unterscheiden sich Grundsatzprogramme und Wahlprogramme hinsichtlich ihrer Wesensart in einigen Bereichen. Beispielsweise definieren Grundsatzprogramme die parteiliche Position über den langfristigen Zeitraum von etwa 20 Jahren, während sich Wahlprogramme lediglich auf eine kurzfristige Legislaturperiode von 5 Jahren beziehen. Aus dieser Eigenschaft heraus sind Wahlprogramme folglich näher an der Praxis orientiert, da sie BürgerInnen durch konkrete politische Maßnahmen zur Stimmabgabe bewegen wollen. Im Kontrast dazu präsentieren Grundsatzprogramme die jeweilige Parteilinie in einem allgemeineren Kontext. Dementsprechend wird in diesen politischen Schriften größerer Fokus auf die Vermittlung des Weltbildes, der Grundwerte und des Demokratieverständnisses der Partei gelegt.

Nichtsdestoweniger besitzen Grundsatzprogramme und Wahlprogramme eine durchaus ähnliche Grundstruktur. Beide Typen von Parteischriften kommunizieren die wesentlichen Parteistandpunkte beziehend auf unterschiedliche politische Fragestellungen an die WählerInnen. Ob diese Kommunikation der Parteilinie in allgemeiner Art und Weise (Grundsatzprogramm), oder in Form von spezifischen politischen Maßnahmen (Wahlprogramm) erfolgt, ist hinsichtlich der Ermittlung ideologischer Positionen von nachrangiger Bedeutung. Da beide Textarten relativ gleichförmig aufgebaut sind, kann die ideologische Vermessung beider Programmtypen im Rahmen dieser Arbeit mit der identen Methode durchgeführt werden.

In Summe sind Grundsatz- und Wahlprogramme aufgrund ihrer Verfügbarkeit sowie ihrer Vergleichbarkeit eine solide Grundlage zur Untersuchung des ideologischen Positionsverhaltens. Da Manifeste an die Öffentlichkeit publiziert werden, sind sie für alle BürgerInnen ohne große Einschränkungen zugänglich. Darüber hinaus bieten sich die Grundsatzprogramme für komparative Studien über längere Perioden geradezu an. Zum einen stammen die ersten veröffentlichten Manifeste bereits aus der Phase um 1945 und reichen somit relativ weit in die Vergangenheit zurück. Weiters werden die Manifeste von SPÖ und ÖVP bis in die Gegenwart in regelmäßigen Zeitabständen aktualisiert. Dadurch kann die Analyse des Positionierungsverhaltens über eine insgesamt sechzig Jahre andauernde Periode durchgeführt werden. Zudem ist hervorzuheben, dass die Grundsatzprogramme von SPÖ und ÖVP paarweise jeweils den gleichen historischen Kontextbedingungen entspringen. Dies ermöglicht es dieser Studie, die traditionellen österreichischen Mitgliederparteien im Beobachtungszeitraum stets direkt miteinander zu vergleichen.

5.3 Methodik zur Vermessung des Positionierungsverhaltens von SPÖ und ÖVP

Die spezifische Methode der quantitativen Inhaltsanalyse, die im Rahmen dieser Studie zum Einsatz kommt, lehnt sich an jene bei Treibel (2009) an. Diese Vorgehensweise ermöglicht es, das ideologische Positionierungsverhalten der Mitgliederparteien im Zeitablauf zu operationalisieren. Durch diesen Schritt der Messbarmachung können die Grundsatzprogramme zueinander in Relation gesetzt und verglichen werden.

Die Analyse der ideologischen Positionen von SPÖ und ÖVP erfolgt im Zuge dieser Forschungsstudie anhand zweier unterschiedlicher Ebenen. Die Vermessung der allgemeinen ideologischen Positionen stellt die erste Ebene dar. Hier wird erhoben, in welchem Ausmaß und mit welcher Intensität sich die ideologischen Positionen von Manifest zu Manifest insgesamt verändern. Im zweiten Analyseschritt wird aufgezeigt, wie sich die programmatischen Standpunkte von SPÖ und ÖVP beziehungsweise auf spezifische Politikbereiche wie Wirtschaft, Bildung, Soziales, etc. im Beobachtungszeitraum wandeln.

Um SPÖ und ÖVP im politischen Raum ideologisch zu verorten, kommt die folgende zweidimensionale Matrix zum Einsatz.

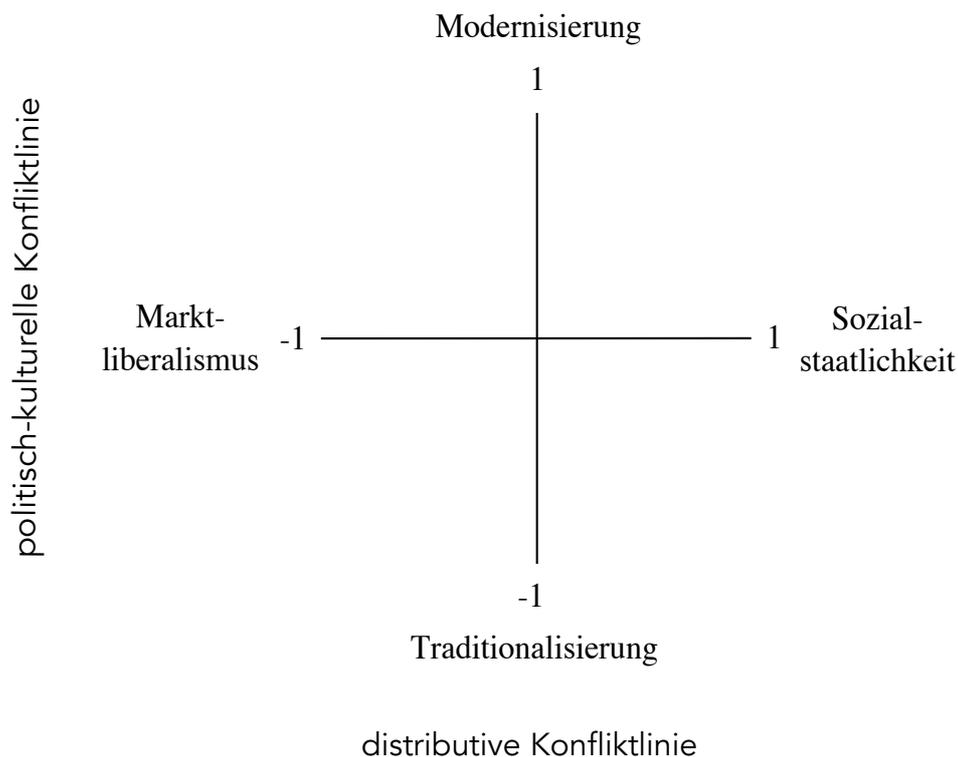


Abb. 6: Matrix zur Verortung der ideologischen Positionen der Grundsatzprogramme

Jenes ideologische Kategorisierungsmuster ist bereits bei Kitschelt (2001) zu finden, der seine Überlegungen auf der vielfach rezipierten Cleavage Theorie von Lipset/Rokkan (1967) aufbaut. Die Cleavage Theorie besagt, dass zum Zeitpunkt der Institutionalisierung der Massendemokratie bestimmte gesellschaftliche Konfliktlinien existieren, auf deren Basis politische Parteien hervorgehen.¹²⁷ Lipset/Rokkan (1967) verorten vier zentrale Spaltungslinien: Zentrum versus Peripherie, Staat versus Kirche, rurale Agrarinteressen versus städtische Industrieinteressen sowie Arbeit versus Kapital.¹²⁸ Jene Parteien, die nun entstehen, orientierten sich an diesen Konfliktlinien und treten folglich für die Interessen bestimmter Gesellschaftsgruppierungen ein. Durch diese starke Bindung an konkrete sozialmoralische Milieus manifestieren sich diese traditionellen Konfliktlinien so stark im Parteiensystem, dass sie langfristig nachwirken. Im Sinne dessen sprechen Lipset/Rokkan (1967) vom Einfrieren des Parteiensystems.¹²⁹

Kitschelt (2001) greift die Cleavage Theorie auf und definiert aktuellere soziale Konfliktlinien anhand derer sich heutige politische Parteien nach wie vor stark orientieren. Hier werden zum einen die distributive Konfliktlinie und zum anderen die politisch-kulturelle Konfliktlinie als Bereiche gesehen, entlang derer sich die gegenwärtige Gesellschaft spaltet. Diese beiden Konfliktlinien konzipieren die Matrix, mittels derer das ideologische Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP im Rahmen dieser Forschungsarbeit analysiert wird (siehe Abb. 6).

Die distributive Konfliktlinie rückt den Widerspruch zwischen Markt und Staat ins Zentrum. Gegenüber stehen sich hier demnach BefürworterInnen eines starken Sozialstaates und AnhängerInnen des Marktliberalismus. In Anlehnung daran geht es auch um die ideologische Auseinandersetzung, ob freies Unternehmertum und individuelle Eigenverantwortung gefordert werden oder ob die öffentliche Hand verstärkt als Unternehmerin auftreten soll und mittels Interventionspolitik für ökonomische Umverteilung sorgen soll.¹³⁰ In diesem Sinne ist der althergebrachte Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital entlang dieser Achse nach wie vor als maßgeblich zu erachten. Gemäß den bereits erläuterten Annahmen zu den Entwicklungstendenzen in der politischen Präferenzstruktur der BürgerInnen ist anzunehmen, dass die Interessen der ÖsterreicherInnen in der Zweiten Republik vielfältiger werden. Das bedeutet die WählerInnen sind entlang der distributiven Konfliktlinie im Jahr 2015 annähernd gleich verteilt.

Die politisch-kulturelle Konfliktlinie hingegen bezieht sich auf den Gegensatz zwischen Modernisierung und Traditionalisierung. Modernisierung steht für eine politisch liberale Position, die individuelle Selbstbestimmung, kulturelle Vielfalt sowie Emanzipation und politische Partizipation aller BürgerInnen anstrebt. Traditionalisierung auf der anderen Seite forciert konservative Werte, tritt für die individuelle Fremdbestimmung durch Normen und Gesetze sowie für autori-

¹²⁷ vgl. Ladner 2004: S. 33f

¹²⁸ vgl. Lipset/Rokkan 1967: S. 14

¹²⁹ vgl. ebenda: S. 50

¹³⁰ vgl. Kitschelt 2001: S. 427

täre Entscheidungsprozesse und kulturelle Homogenität ein.¹³¹ Auch hier gilt in dieser Studie die Annahme, dass die sozialmoralische Lagerbildung von 1945 bis 2015 abnimmt und die Präferenzen heute gleichmäßiger verteilt sind. Begleitend dazu ist davon auszugehen, dass sich die Interessen der österreichischen Bevölkerung im Laufe der Zweiten Republik durchschnittlich modernisieren. Exemplarisch hierfür kann etwa der Wandel des Familien- und Frauenbildes genannt werden. Dieser Modernisierungstrend bedeutet, dass der Medianwähler, also das Individuum im Zentrum der politisch-kulturellen Konfliktlinie, im Jahr 2015 tendenziell progressiver eingestellt ist, als noch 1945.

Darauf aufbauend erhebt diese Studie den Anspruch das parteiliche Positionierungsverhalten anhand der distributiven und der politisch-kulturellen Konfliktlinie zu betrachten. Im Medianwählermodell (Kap. 4.2) werden die ideologischen Positionen lediglich im Hinblick auf das Links-Rechts Spektrum abgebildet. Demgegenüber erweist sich für diese Studie die Darstellungsform einer zweidimensionalen Matrix (siehe Abb. 6) als vorteilhaft. Durch diese Art der Veranschaulichung können die beiden zu analysierenden Konfliktlinien gemeinsam abgebildet werden. Hier ist jedoch deutlich hervorzuheben, dass zwischen dem Positionierungsverhalten entlang der distributiven und entlang der politisch-kulturellen Konfliktlinie keinerlei Abhängigkeit besteht.

Ebenso ist zu verdeutlichen, dass die Matrix in Abb. 6 in direkter Anlehnung zum Medianwählermodell zu interpretieren ist. Downs (1968) analysiert die parteilichen Positionen im Medianwählermodell ausschließlich auf Basis einer einzigen gesellschaftlichen Konfliktlinie, nämlich dem Links-Rechts Gegensatz. Nun aber wird das Positionierungsverhalten von Parteien hinsichtlich der distributiven und der politisch-kulturellen Konfliktlinie betrachtet. Daher distanziert sich diese Studie von der Links-Rechts Dichotomie an dieser Stelle und ersetzt diese Kategorien durch konkretere Termini. Der Links-Rechts Gegensatz wird somit entlang der distributiven Spaltungslinie zum Widerspruch „Sozialstaatlichkeit“ versus „Marktliberalismus“. Die politisch-kulturelle Konfliktlinie konstituiert sich durch die Extremata „Modernisierung“ und „Traditionalisierung“.

Nichtsdestoweniger gelten hinsichtlich des Positionierungsverhaltens von Parteien in Abb. 6 die identen Annahmen wie im Medianwählermodell. Sowohl entlang der distributiven als auch der politisch-kulturellen Achse werden die politischen Interessen der österreichischen Bevölkerung pluraler, wodurch die Präferenzkurve jeweils signifikant abflacht. SPÖ und ÖVP müssen sich auf den Wandel dieser politischen Interessen einstellen, um ihre Stimmen zu maximieren. Hierbei ist es parallel dazu unerlässlich, die programmatischen Positionen der direkten parteilichen KonkurrentInnen zu berücksichtigen.

¹³¹ vgl. Kitschelt 2001: S. 427

Gemäß den Hypothesen zum ideologischen Positionierungsverhalten ist davon auszugehen, dass die SPÖ sich 1945 tendenziell näher an den Extrempunkten von Sozialstaatlichkeit und Modernisierung befindet, sich jedoch im Laufe der Zeit zum politischen Zentrum hinwendet. Die ÖVP wiederum sollte traditionellerweise dem Marktliberalismus und dem Konservatismus zugeneigt sein, sich aber ebenso ab 1945 verstärkt am ideologischen Zentrum orientieren. Wie die empirischen Daten zur Prüfung dieser Hypothesen ermittelt werden, wird in den folgenden beiden Abschnitten beschrieben.

5.3.1 Methodik zur Vermessung der allgemeinen Positionierung

Die erste Analyseebene dieser Forschungsarbeit umfasst die Ermittlung der grundsätzlichen ideologischen Positionen von SPÖ und ÖVP anhand ihrer Manifeste. Diesbezüglich wird jedes Programm in einem ersten Arbeitsschritt in folgende elf Politikbereiche aufgeteilt:¹³²

- Außen- & Europapolitik
- Bildungs- & Kulturpolitik
- Demokratieverständnis
- Familienpolitik
- Gesundheitspolitik
- Innenpolitik
- Sozialpolitik
- Umwelt- & Energiepolitik
- Verkehrspolitik
- Verteidigungs- & Sicherheitspolitik
- Wirtschafts- & Finanzpolitik

Dem Spektrum herkömmlicher Politikbereiche wird im Zuge der Analyse die Kategorie des Demokratieverständnisses hinzugefügt. Dieser Bereich, auf den die Parteien in Grundsatzprogrammen traditionell großen Wert legen, beinhaltet Aussagen über Selbstbild, Weltbild und Demokratiebild einer Partei.

Um die ideologischen Positionen von SPÖ und ÖVP in der Matrix zu verorten, ist es nötig sämtliche Grundsatzprogramme einzeln zu untersuchen und entsprechend zu codieren. Die Vorgehensweise sieht zu allererst die Erstellung eines Codierplans vor.¹³³ Im Zuge dieses Arbeitsschrittes werden die bereits zuvor gebildeten elf Politikfelder jeweils entweder der distributiven oder der politisch-kulturellen Konfliktlinien zugeordnet. Wie diese Einteilung im Detail erfolgt, ist den Tabellen 4 und 5 zu entnehmen.

¹³² vgl. Treibel 2009: S. 92f

¹³³ vgl. ebenda: S. 94f

Distributive Konfliktlinie: Marktliberalismus versus Sozialstaatlichkeit		
Politikfeld	Issues Marktliberalismus (-1)	Issues Sozialstaatlichkeit (+1)
Sozialpolitik	<ul style="list-style-type: none"> für Eigenverantwortung und private Vor-sorge gegen Versorgungsstaat gegen Trittbrettfaherei für mehr freiwilliges Engagement im Sozialbereich für Anerkennung des Leistungsprinzips für private Bildungseinrichtungen gegen Überregulierung für Studiengebühren 	<ul style="list-style-type: none"> für soziale Gerechtigkeit und Solidarität für staatliche Fürsorge für öffentliche Förderungen und Beihilfen für ArbeiterInnenrechte für Humanisierung des Arbeitsplatzes für Sozialpartnerschaft für staatliche Pensionsvorsorge für Chancengleichheit von Menschen mit Behinderung und von älteren Menschen gegen Studiengebühren
Verkehrspolitik	<ul style="list-style-type: none"> für private Finanzierung des Verkehrsbe-reichs für marktwirtschaftlichen Wettbewerb der Verkehrsträger 	<ul style="list-style-type: none"> für staatliche Finanzierung des Verkehrsbe-reichs für öffentliche Verkehrsmittel
Wirtschafts- & Finanzpolitik	<ul style="list-style-type: none"> für Entlastung/Rückzug des Staates für Markt und freien Wettbewerb für Deregulierung der Märkte für freie Marktwirtschaft für Privatisierung für Leistungsprinzip für Sicherung des Eigentums für Steuersenkungen für staatliche Einsparungen für unbegrenzte Managergehälter für leistungsfreundliches Steuersystem 	<ul style="list-style-type: none"> für starken Staat gegen Kapitalismus für Regulierung der Märkte für Verstaatlichung gegen Monopol- und Kartellbildung für gerechtere Wirtschaftsordnung für Steuererhöhungen für begrenzte Managergehälter für staatliche Konjunktursteuerung und Sicherung der Währungsstabilität gegen Spekulationen an Finanzmärkten

Tab. 3: Codierplan zur ideologischen Verortung entlang der distributiven Konfliktlinie¹³⁴

¹³⁴ vgl. Treibel 2009: S. 94f

Politisch-kulturelle Konfliktlinie: Traditionalisierung versus Modernisierung

Politikfeld	Issues Traditionalisierung (-1)	Issues Modernisierung (+1)
Außen- & Europapolitik	<ul style="list-style-type: none"> für Verfolgung nationaler Interessen für Stärkung des Heimatbewusstseins für Stärkung der eigenen kulturellen Identität gegen vereintes Europa und EU für Unterstützung des Südtiroler Volkes für Begrenzung von Zuwanderung 	<ul style="list-style-type: none"> für internationale Zusammenarbeit gegen internationale Ausbeutung für Entwicklungshilfe/Armutsbekämpfung gegen imperialistische Politik für internationale Gleichheit/Solidarität für globale Friedenssicherung für aktive Migrationspolitik für Vereinte Nationen für ein vereintes Europa und EU für Globalisierung
Bildungs- & Kulturpolitik	<ul style="list-style-type: none"> für Religionsunterricht für Schulen kirchlichen Charakters für Vermittlung von österreichischem Gedankengut an Schulen für Schaffung eines österreichischen Kulturbewusstseins für kulturelle Pflege traditioneller Werte 	<ul style="list-style-type: none"> für Bildungsinvestitionen und -förderung für mehr Bildungschancen und -angebote für Emanzipation durch Bildung für verpflichtenden Ethikunterricht als Religionsunterrichtersatz für mehr Kindergärten, Horte und Internate für Freiheit von Wissenschaft und Forschung für Förderung der Wissenschaft für Hochschulheime für Förderung Sport- und Freizeitangebot für Kunstförderung und künstlerischen Pluralismus für Zugang zu Kultur für alle Menschen
Demokratieverständnis	<ul style="list-style-type: none"> für Vaterlandstreue und Heimatliebe für Kirche, Religion und Christentum für repräsentative Demokratie für österreichische Werte 	<ul style="list-style-type: none"> für Demokratie für Republik und Verfassung für Menschenrechte und -würde für individuelle Freiheit für Gleichheit und Gleichberechtigung für Glaubens- und Religionsfreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit sowie Meinungs- und Pressefreiheit gegen Diskriminierung und Vorurteile für Toleranz und Vielfalt gegen Diktatur und Totalitarismus für mehr direkte Demokratie für mehr Partizipation und Bürgernähe
Familienpolitik	<ul style="list-style-type: none"> für ein traditionelles Familienbild für Stärkung der Ehe gegen Ehe von Homosexuellen gegen den Verfall der Familie für häusliche/private Kinderbetreuung 	<ul style="list-style-type: none"> für Gleichstellung der Geschlechter für Anerkennung diverser Familienformen für Ehe von Homosexuellen für Gleichheit ehelicher & unehelicher Kinder für Förderung von Familien für Kinderrechte und Kindeswohl für Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für aktive Jugendpolitik

Innenpolitik	<ul style="list-style-type: none"> für Begrenzung der Zuwanderung für die Stärkung von Datenschutz für Stärkung der Exekutive für härtere Strafverfolgung für Schutz vor Kriminalität 	<ul style="list-style-type: none"> für demokratischen Rechtsstaat für staatliches Gewaltmonopol für Gewaltentrennung für unabhängige Justiz und Richter für gleichen Zugang zum Recht für moderne Rechtsprechung für Offenheit gegenüber Zuwanderung für aktive Integrationspolitik für Stärkung von Datenschutz für Schutz der Privatsphäre für Vorbeugung gegen Kriminalität für Gleichwertigkeit von Stadt und Land
Gesundheitspolitik	<ul style="list-style-type: none"> gegen Abreibung gegen Sterbehilfe gegen Legalisierung von Drogen 	<ul style="list-style-type: none"> für Investitionen in Gesundheit und Pflege für gesundheitsfördernde Maßnahmen und Krankheitsbekämpfung für Krankenkassen für Beratung bei Schwangerschaftsabbruch für Abtreibung für Sterbehilfe für Aufklärung und Prävention bei Drogen
Umwelt- & Energiepolitik	<ul style="list-style-type: none"> für Kernenergie 	<ul style="list-style-type: none"> für Umweltschutz für erneuerbare Energien für Nachhaltigkeit für sparsamen Ressourceneinsatz für Atomausstieg für Tierschutz
Verteidigungs- & Sicherheitspolitik	<ul style="list-style-type: none"> gegen Neutralität für Wehrpflicht für Beitritt zu Militärbündnis für militärische Sicherheit für Aufrüstung für Auslandseinsätze für Landesschutz 	<ul style="list-style-type: none"> für Neutralität für Friedenssicherung für Abschaffung der Wehrpflicht gegen Beitritt zu Militärbündnis gegen Auslandseinsätze für Abrüstung gegen Atomwaffen für Kontrolle des Waffenhandels

Tab. 4: Codierplan zur ideologischen Verortung entlang der politisch-kulturellen Konfliktlinie¹³⁵

¹³⁵ vgl. Treibel 2009: S. 94f

Basierend auf diesem Codierplan wird jedes einzelne Grundsatzprogramm ideologisch vermessen. Hierbei werden in den Politikfeldern der distributiven Konfliktlinie die marktliberalen beziehungsweise die sozialstaatlichen Issues separat voneinander gezählt. Das heißt, es wird für jede marktliberale, beziehungsweise sozialstaatliche Textstelle der Wert „1“ vergeben. Basierend auf der Anzahl dieser Nennungen werden Issue-Summen gebildet mit denen im Anschluss weitergearbeitet wird. Ebenso wird mit den Politikfeldern der politisch-kulturellen Konfliktlinie verfahren. Auch hier werden die Issue-Summen aus der Anzahl an modernisierenden und konservativen Textstellen ermittelt.

In einem nächsten Schritt gilt es, die einzelnen Grundsatzprogramme miteinander vergleichbar zu machen. Um dies zu erreichen, wird jede der zuvor gebildeten vier Issue-Summen durch die Gesamtwörterzahl des jeweiligen Grundsatzprogrammes dividiert. Diese ermittelten Werte (siehe Tab. 5) stellen die Basis für den direkten Vergleich der Manifeste dar und müssen in einem weiteren Schritt zueinander in Relation gesetzt werden.

Absolute Werte der ideologische Positionen der Grundsatzprogramme				
	distributive Konfliktlinie		politisch-kulturelle Konfliktlinie	
	Marktliberalismus	Sozialstaatlichkeit	Traditionalisierung	Modernisierung
SPÖ 1947	0,000745	*0,023845	0,000745	0,018256
SPÖ 1958	0,001134	0,009637	0,000425	0,014314
SPÖ 1978	0,000920	0,010642	0,000920	0,017081
SPÖ 1998	0,001647	0,007017	0,000430	0,018831
SPÖ 2013	0,000902	0,008045	0,000451	0,018571
ÖVP 1945	0,009892	0,004496	0,018885	0,018885
ÖVP 1958	0,011153	0,004907	0,004015	0,008030
ÖVP 1972	0,007069	0,003742	0,001940	0,015385
ÖVP 1995	0,007125	0,004574	0,004046	0,017240
ÖVP 2015	0,009917	0,005650	0,002652	*0,021448

Tab. 5: Issue-Summen in Relation zur Gesamtwörteranzahl der Manifeste

Hierfür werden in Tab. 5 die distributive Konfliktlinie (Spalten 2 und 3) und die politisch-kulturelle Konfliktlinie (Spalten 4 und 5) separat voneinander betrachtet. Innerhalb jeder dieser beiden Konfliktlinien wird dem höchsten Betrag der Wert „1“ zugeordnet. In der obenstehenden Tabelle trifft dies auf die beiden mit Stern gekennzeichneten Werte zu. Die restlichen Summenwerte der jeweiligen Konfliktlinie werden in Relation zu diesem Höchstwert gebracht. Die Ergebnisse dieser Berechnung sind Tab. 6 zu entnehmen. In dieser Tabelle sind sämtliche Grundsatzprogramme zueinander in Relation gesetzt.

Relative Werte der ideologischen Positionen der Grundsatzprogramme				
	distributive Konfliktlinie		politisch-kulturelle Konfliktlinie	
	Marktliberalismus	Sozialstaatlichkeit	Traditionalisierung	Modernisierung
SPÖ 1947	0,03125	1,00000	0,03474	0,85118
SPÖ 1958	0,04755	0,40416	0,01982	0,66737
SPÖ 1978	0,03857	0,44632	0,04288	0,79636
SPÖ 1998	0,06907	0,29428	0,02003	0,87799
SPÖ 2013	0,03784	0,33739	0,02103	0,86587
ÖVP 1945	0,41485	0,18857	0,88048	0,88048
ÖVP 1958	0,46774	0,20581	0,18720	0,37440
ÖVP 1972	0,29644	0,15694	0,09047	0,71729
ÖVP 1995	0,29879	0,19182	0,18864	0,80379
ÖVP 2015	0,41589	0,23696	0,12366	1,00000

Tab. 6: Wertetabelle zum allgemeinen ideologischen Positionierungsverhalten

Aus den Resultaten von Tab. 6 wird deutlich, in welchem Ausmaß sich die Parteien im Zeitablauf anhand der vier untersuchten Pole Marktliberalismus, Sozialstaatlichkeit, Traditionalisierung und Modernisierung orientieren. Diese Daten werden im Ergebnisteil in Form von Balkendiagrammen grafisch dargestellt, wodurch die Entwicklung des Positionierungsverhaltens von SPÖ und ÖVP aufschlussreich veranschaulicht wird.

In einem letzten methodischen Schritt gilt es die Daten aus Tab. 6 in die zweidimensionale Matrix (siehe Abb. 6) einzutragen. Durch diese grafische Darstellungsform wird der Wandel der ideologischen Distanz zwischen SPÖ und ÖVP noch deutlicher veranschaulicht. Um die Position eines Programmes an der distributiven Konfliktlinie (X-Achse) zu eruieren, wird die Differenz zwischen sozialstaatlichen und marktliberalen Werten errechnet. Somit gilt hier etwa:

$$\text{Wert Sozialstaatlichkeit SPÖ 1947} - \text{Wert Marktliberalismus SPÖ 1947}.$$

Zur Ermittlung der Position eines Programmes an der politisch-kulturellen Konfliktlinie (Y-Achse) gilt:

$$\text{Wert Modernisierung SPÖ 1947} - \text{Wert Traditionalisierung SPÖ 1947}.$$

Auf diese Weise erhält man für jedes Grundsatzprogramm einen X-Wert sowie einen Y-Wert, der es ermöglicht die Position jedes Manifestes im politischen Spektrum festzumachen. Durch die Vielzahl an vermessenen Grundsatzprogrammen lässt sich für den Beobachtungszeitraum eine Tendenz im Positionierungsverhalten ablesen.

Die erhobenen Daten ermöglichen es einerseits, die allgemeine ideologische Position gesamter Grundsatzprogramme zu ermitteln. Dadurch, dass die Manifeste aber außerdem in elf Politikbereiche unterteilt wurden, ist es zusätzlich möglich zu analysieren, wie sich SPÖ und ÖVP in bestimmten politischen Themenfeldern positionieren. Somit kann diese Arbeit ein noch detaillierteres Bild bezüglich des Positionierungsverhaltens von SPÖ und ÖVP vermitteln.

5.3.2 Methodik zur Vermessung der Positionierung in einzelnen Politikbereichen

Im ersten Schritt wird hier eruiert, welche Politikbereiche für SPÖ und ÖVP anhand von Grundsatzprogrammen generell von großer Bedeutung sind. Als relevant gelten jene Politikfelder, denen die traditionellen österreichischen Großparteien in Manifesten seit jeher viel Raum zugestehen. Methodisch wird hierzu die Wortanzahl einzelner Politikbereiche in spezifischen Programmen über sämtliche Jahre kumuliert. Dieser Wert wird anschließend in Relation zur Summe aller Wörter in sämtlichen Programmen einer Partei gesetzt. Zur besseren Verständlichkeit hier ein Beispiel, wie bei der Berechnung der Bedeutung des Bereichs „Sozialpolitik“ in allen ÖVP Grundsatzprogrammen von 1945 bis 2015 vorgegangen wird:

$$\text{Relative Häufigkeit „Sozialpolitik“ in allen ÖVP-Programmen von 1945 bis 2015} = \frac{\text{Summe Wortanzahl „Sozialpolitik“ in allen ÖVP-Programmen von 1945 bis 2015}}{\text{Summe Wortanzahl aller ÖVP-Programme von 1945 bis 2015}}$$

Auf dieser methodischen Vorgehensweise aufbauend sind die folgenden sieben Politikfelder als wesentliche Programmbestandteile von traditionellen österreichischen Mitgliederparteien zu interpretieren.

distributive Konfliktlinie	politisch-kulturelle Konfliktlinie
Wirtschafts- und Finanzpolitik	Demokratieverständnis
Sozialpolitik	Außen- und Europapolitik
	Familienpolitik
	Bildungs- und Kulturpolitik
	Verteidigungspolitik

Tab. 7: Zentrale Politikbereiche in Grundsatzprogrammen von SPÖ und ÖVP

Für jedes dieser Politikfelder wird nun untersucht, wie sich SPÖ und ÖVP im Beobachtungszeitraum positionieren. Die Vorgehensweise ist hierbei nahezu ident zur bereits im vorherigen Abschnitt beschriebenen Methode zur allgemeinen Verortung der Parteien. Dem entgegen-

stehend werden nun aber nur politikbereichsspezifische Teilabschnitte von Grundsatzprogrammen untersucht. Da sich jedes Politikfeld ausschließlich entlang einer der beiden Konfliktlinien definiert, ist die Analysemethode hinsichtlich des Positionierungsverhaltens in spezifischen Politikteilfeldern weniger umfangreich und etwas simpler.

Als Beispiel zur Veranschaulichung wird hier die Methodik zur Vermessung des Positionierungsverhaltens im „Demokratieverständnis“ präsentiert. Da jener Politikbereich laut Codierplan entlang der politisch-kulturellen Konfliktachse verortet wird, werden ausschließlich die Issue-Summen bezüglich Traditionalisierung und Modernisierung gebildet. Diese Summen werden anschließend durch die gesamte Wortanzahl des jeweiligen Grundsatzprogrammes dividiert. Die Ergebnisse dieses Vorganges sind in Tab. 8 in den Spalten 2 und 3 ersichtlich.

Ideologisches Positionierungsverhalten im Bereich Demokratieverständnis				
	absolut		relativ	
	Traditionalisierung	Modernisierung	Traditionalisierung	Modernisierung
SPÖ 1947	0,000000	0,008197	0,000000	0,701135
SPÖ 1958	0,000283	0,004110	0,024246	0,351561
SPÖ 1978	0,000131	0,005256	0,011239	0,449552
SPÖ 1998	0,000072	0,004439	0,006125	0,379735
SPÖ 2013	0,000000	0,003158	0,000000	0,270121
ÖVP 1945	0,005396	*0,011691	0,461538	1,000000
ÖVP 1958	0,001115	0,002900	0,095403	0,248048
ÖVP 1972	0,000693	0,005544	0,059278	0,474226
ÖVP 1995	0,000792	0,004750	0,067715	0,406287
ÖVP 2015	0,000577	0,004843	0,049319	0,414278

Tab. 8: Wertetabelle zum Positionierungsverhalten im Bereich Demokratieverständnis

Anschließend wird dem höchsten Betrag in den Spalten 2 und 3 der Wert „1“ zugeordnet. In Tab. 8 trifft dies auf den mit Stern versehenen Wert zu. Die restlichen Werte der Spalten 2 und 3 werden in Relation zu diesem Höchstwert gesetzt. Die Ergebnisse dieser Berechnung sind den Spalten 4 und 5 zu entnehmen. Anhand dieser Daten können die Parteien letztlich miteinander verglichen werden. Die Beträge aus den Spalten 4 und 5 werden im Ergebnisteil in Form von Balkendiagrammen dargestellt, um das Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP in den ausgewählten sieben Politikfeldern zu veranschaulichen. Angemerkt sei an dieser Stelle noch, dass sämtliche Auswertungstabellen zu den empirischen Analysen dieser Studie im Anhang einzusehen sind.

6. Das ideologische Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP in der Zweiten Republik

Im folgenden Kapitel werden die empirisch ermittelten Entwicklungstendenzen im ideologischen Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP präsentiert und in Bezugnahme auf die zuvor gebildeten Hypothesen geprüft. In Abschnitt 6.1 werden die ideologischen Transformationen der Parteien, welche sich allgemein auf Basis der jeweiligen Grundsatzprogramme herauskristallisieren, analysiert. Daran anschließend wird in Abschnitt 6.2 gezeigt, wie sich die Parteipositionen von SPÖ und ÖVP hinsichtlich spezifischer Politikfelder verändern. Basierend auf diesen Ergebnissen wird ermittelt, ob sich die Hypothese bestätigen lässt, wonach im Jahr 1945 tatsächlich ein hoher Grad an ideologischer Differenz zwischen SPÖ und ÖVP vorherrscht und ob im Zuge der Zweiten Republik eine Tendenz zur programmatischen Ähnlichkeit auftritt.

Darüber hinaus gilt es die in Kap. 4 gebildeten Hypothesen hinsichtlich der Bewertung des Positionierungsverhaltens zu überprüfen. Diesbezüglich wird eruiert, ob sich eine Korrelation zwischen ideologischem Positionierungsverhalten und dem Wahlabstimmverhalten von SPÖ und ÖVP abzeichnet. In diesem Sinne wird ermittelt, inwiefern sich die Positionierungsstrategie im Jahr 1945 positiv auf die beachtlichen Wahlerfolge von SPÖ und ÖVP auswirkt. Ebenso wird die Hypothese überprüft, wonach das aktuellere parteiliche Positionierungsverhalten die Chancen auf Wahlerfolg reduziert. Letztlich wird auf diese Weise herausgearbeitet, ob SPÖ und ÖVP, basierend auf den empirischen Ergebnissen, parteistrategisches Fehlverhalten zu attestieren ist.

6.1 Zum allgemeinen ideologischen Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP

Das Ergebnis zum allgemeinen ideologischen Positionierungsverhalten anhand von Grundsatzprogrammen zeigt, dass sich die These der zunehmenden ideologischen Konvergenz für den Fall Österreich auf den ersten Blick bewahrheitet. In Abb. 7 wird eingehend veranschaulicht, dass sich SPÖ und ÖVP im Laufe der Zweiten Republik programmatisch kontinuierlich aneinander annähern.

Um zu vermitteln, wie dieser Trend zur ideologischen Konvergenz konkret zu Stande kommt, gilt es zu erläutern, wie sich die programmatischen Positionen beider Wettbewerberinnen von 1945 bis 2015 im Detail verschieben. Deshalb wird nun beschrieben, wie sich die traditionellen österreichischen Mitgliederparteien im Zeitablauf jeweils entlang der distributiven und entlang der politisch-kulturellen Konfliktlinie positionieren.

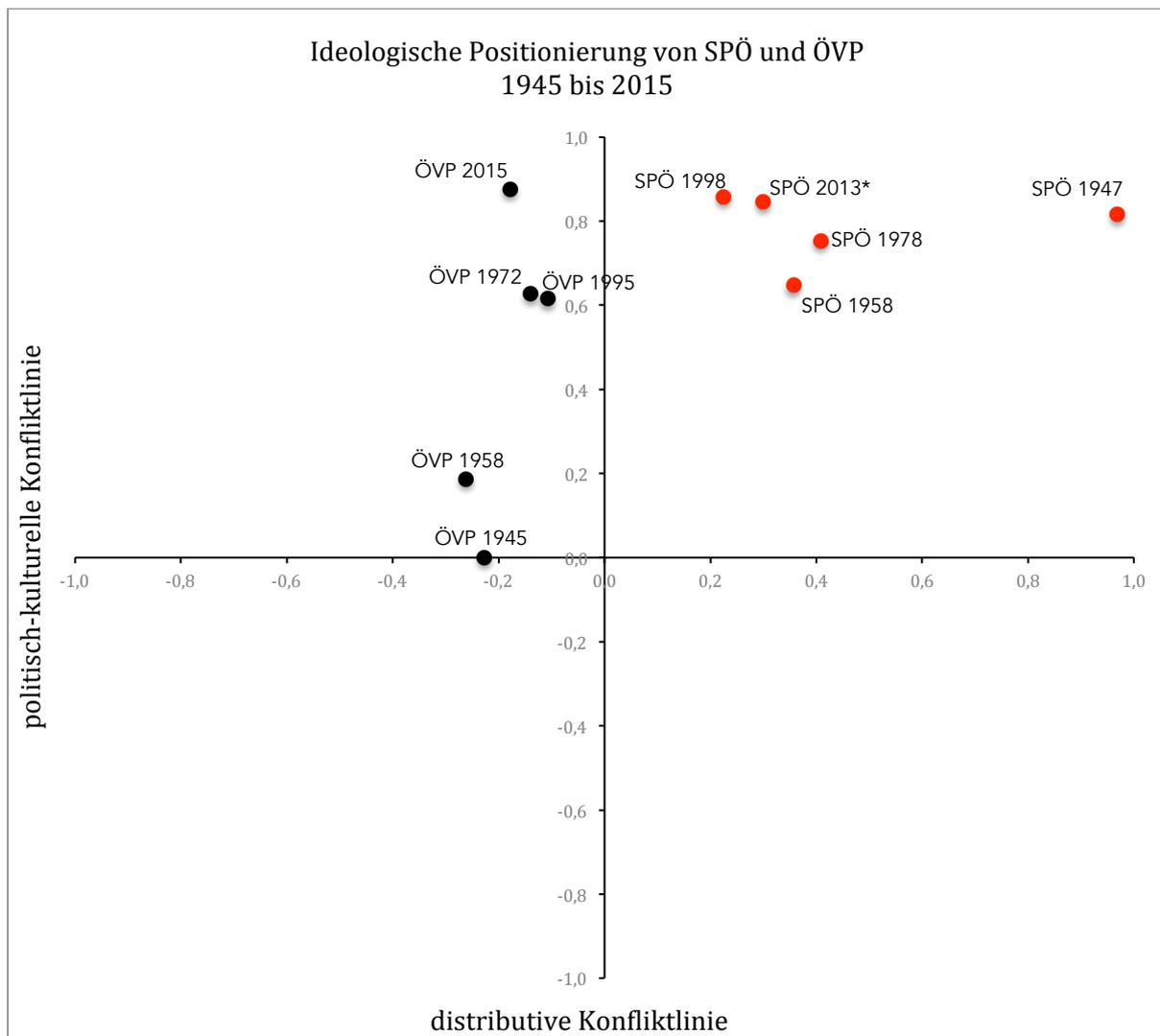


Abb. 7: Allgemeines Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP

6.1.1 Ideologisches Positionierungsverhalten der SPÖ

Die Analyseergebnisse bezugnehmend auf die Positionierung entlang der politisch-kulturellen Achse verdeutlichen, dass die SPÖ in der Beobachtungsperiode über lange Zeit hinweg als eindeutig progressivere Akteurin agiert. Ausschließlich im Manifest von 1958 tendiert die SPÖ zu konservativeren Werten und nähert sich somit der ÖVP kurzfristig an. Demgegenüber bewegen sich die SozialdemokratInnen in jüngeren Programmen, wie zuletzt 2013, wieder auf den Pol der Modernisierung zu. Insgesamt fallen die Schwankungen der SPÖ entlang der politisch-kulturellen Konfliktlinie vergleichsweise gering aus. Damit hält die Partei in diesem Bereich einigermaßen kontinuierlich an ihrer progressiven Agenda fest.

Entlang der distributiven Konfliktlinie hingegen erfahren die SozialdemokratInnen über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg einen enormen Positionsschwenk vom Pol der Sozialstaatlichkeit in Richtung des Marktliberalismus. Basierend auf diesem ideologischen Wandel der SPÖ, kommt es während der Zweiten Republik zu einer wachsenden Ähnlichkeit zur ÖVP. Die starke Umpositionierung in der ersten Phase des Beobachtungszeitraumes wird sicherlich dadurch hervorgerufen, dass der Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus als weltweites ökonomisches und gesellschaftliches System, das Nachsehen hat. Während die SPÖ 1947, im Sinne sozialistischer Politik, noch für einen besonders starken Staat eintritt, weicht die Partei in den Manifesten von 1958 und 1972 zunehmend von diesem Standpunkt ab¹³⁶.

Ähnlich wie andere sozialdemokratische Fraktionen in Zentral- und Westeuropa, scheint die SPÖ in der jüngeren dreißigjährigen Vergangenheit der Logik des sogenannten Dritten Weges zu folgen. Im Zuge dieses Änderungsprozesses orientieren sich SozialdemokratInnen in vielen Staaten stärker am Neoliberalismus und versuchen eine Form des Kompromisses zwischen Sozialismus und Kapitalismus zu finden.¹³⁷ Dementsprechend zeigen auch die Forschungsergebnisse dieser Arbeit, dass sich die SPÖ im Manifest von 1998 erstaunlich stark vom Pol der Sozialstaatlichkeit entfernt hat. Im Wahlprogramm 2013 weist die SPÖ wieder ein etwas wohlfahrtsstaatsfreundlicheres Profil auf. Ob es sich hierbei um eine umfassende Trendumkehr handelt, oder um eine herkömmliche Schwankung, welche sich von Manifest zu Manifest ergibt, kann aus Abb. 7 nicht eindeutig abgeleitet werden.

6.1.2 Ideologisches Positionierungsverhalten der ÖVP

Die ÖVP vertritt im Verhältnis zu den österreichischen SozialdemokratInnen, vor allem in Manifesten von 1945 und 1958, konservative Werte. Auffällig ist allerdings, dass sich die Christlich-Sozialen bereits zu Beginn des Beobachtungszeitraumes nahe am politischen Zentrum ansiedeln und dadurch politisch-kulturell einen hohen Grad an Entideologisierung aufweisen. Mit Fortdauer der Zweiten Republik erfährt die Partei jedoch einen starken und kontinuierlichen Modernisierungsschub, wodurch sich die Distanz zur Rivalin signifikant verringert. Das gegenwärtige ÖVP-Grundsatzprogramm (2015) liegt entlang der politisch-kulturellen Achse auf Augenhöhe mit dem SPÖ-Wahlprogramm (2013) und ist somit kaum mehr von diesem zu unterscheiden.

Hinsichtlich der distributiven Konfliktlinie ist die ÖVP marktliberalen Standpunkten im gesamten Analysezeitraum unerwartet schwach zugewandt. Zwar charakterisiert sich die Volkspartei, im Vergleich zur SPÖ, erwartungsgemäß stets als wirtschaftsliberaler, dennoch orientiert sich

¹³⁶ vgl. SPÖ 1945: S. 75f; vgl. SPÖ 1958: S. 14

¹³⁷ vgl. Giddens 1999: S. 7-15

die Partei insgesamt überraschend stark am Zentrum der Konfliktachse. Tendenzen in Richtung Marktliberalismus oder Sozialstaatlichkeit sind bei der ÖVP lediglich in äußerst Nuancen erkennbar, woraus sich eine geringe ideologische Dynamik entlang der distributiven Achse ergibt.

In Summe zeigt die Analyse der Positionsverschiebungen von SPÖ und ÖVP wie sich der Trend zur Kohärenz grundlegend zusammensetzt. Wie zu erwarten, ist die Distanz zwischen SPÖ (1947/1958) und ÖVP (1945/1958) zu Beginn des Beobachtungszeitraumes am deutlich stärksten ausgeprägt. Hier weisen die beiden Fraktionen in ihrem Positionierungsverhalten die Charakteristika der Massenintegrationspartei auf Klassenbasis auf. Die SPÖ fokussiert sich gerade im Jahr 1947 intensiv auf die Pole Modernisierung sowie Sozialstaatlichkeit und erscheint im Zuge dessen als hochgradig ideologisiert. Mittels dieser Ausrichtung präsentiert sich die Partei als Instrument im Klassenkampf auf Seiten „des arbeitenden Volkes“¹³⁸. Die ÖVP hingegen fokussiert sich 1945 und auch 1958 entlang beider Konfliktlinien im politischen Zentrum. In direkter Relation zur Sozialdemokratie sind die Christlich-Sozialen zu dieser Phase allerdings als weitaus marktliberaler und konservativer einzustufen. Somit hebt sich die ÖVP von 1945 bis 1958, trotz des Fokus auf den Medianwähler, programmatisch merklich von der SPÖ ab. Durch diese strategische Differenzierung gelingt es der ÖVP erfolgreich, als Repräsentationsorgan des bürgerlich-konservativen Milieus im Klassenkonflikt aufzutreten.

In den darauffolgenden Jahren nähern sich die Mitgliederparteien ideologisch einander immer weiter an. Vor allem in den Jahren von 1958 bis 1978 geschieht dies in besonders starkem Ausmaß. Gemäß dem Catch-All Kalkül scheinen beide Parteien in dieser Phase die Strategie zu verfolgen, Stimmen in der politisch-ideologischen Mitte gewinnen zu wollen. Dieser Trend zur Konvergenz schreitet bis in die 1990er Jahre fort, was letztlich im Einklang mit den Annahmen der jüngeren Mitgliederparteiarten wie Kartellpartei, Professionalisierte Wählerpartei und Medienkommunikationspartei steht. Besonderen Ausdruck erfährt die programmatische Ähnlichkeit beim Vergleich der SPÖ-Position 1998 und der ÖVP-Position 1995.

In den aktuellsten Parteischriften entfernen sich SPÖ (2013) und ÖVP (2015) wieder geringfügig voneinander. Letztlich wird der große ideologische Übereinstimmungsgrad damit jedoch nur leicht abgeschwächt, wodurch die Konvergenz im Wesentlichen weiterbesteht. Daran anknüpfend ist nicht absehbar, ob es sich bei dieser beobachteten Transformation, die vor allem bei der SPÖ auftritt, um eine natürliche Schwankung handelt, die sich über die Jahre ergibt, oder aber ob dies der bewusste Versuch ist, sich wieder stärker zu differenzieren. In Anbetracht dessen kann die Annahme von Keman/Pennings (2006), wonach SPÖ und ÖVP im Positionierungsverhalten auf eine zunehmend stärker werdende Linke und Rechte reagieren, nicht eindeutig bestätigt werden.¹³⁹

¹³⁸ SPÖ 1945: S. 70

¹³⁹ vgl. Keman/Pennings 2006: S. 115ff

Insgesamt präsentieren die Forschungsergebnisse, dass sich der Trend zur ideologischen Konvergenz von 1945 bis 2015 anhand zweier wesentlicher Transformationen im Positionierungsverhalten konstituiert. Einerseits kommt es zur Annäherung, weil sich die SPÖ an der distributiven Konfliktlinie immer stärker in Richtung Marktliberalismus bewegt und andererseits, weil sich die ÖVP an der politisch-kulturellen Konfliktlinie intensiviert progressiven Werten zuwendet. Demgegenüber behält die SPÖ im Beobachtungszeitraum politisch-kulturell eine relativ moderne Parteilinie bei, während die ÖVP entlang der distributiven Konfliktlinie stetig eine am Zentrum orientierte Position einnimmt.

Somit bestätigt sich die Hypothese der zunehmenden ideologischen Konvergenz für die distributive Konfliktlinie. Vor allem die Entideologisierung der SPÖ spricht für das Argument dieser Studie. Überraschend ist jedoch, dass die ÖVP, entgegen den a priori getätigten Annahmen, dauerhaft in der politischen Mitte angesiedelt ist. Da die christlich-soziale Partei aber vor allem in der ersten Phase der Zweiten Republik beachtliche Wahlerfolge verzeichnet, lässt dies den Rückschluss zu, dass eine entideologisierte Position zu dieser Zeit kein wesentliches Hemmnis für die Stimmenmaximierung darstellt. Im Verhältnis dazu erscheint der relativ hohe Grad an programmatischer Differenz zur sozialdemokratischen Konkurrentin im Jahr 1945 als umso bedeutsamerer Wettbewerbsfaktor.

Entlang der politisch-kulturellen Achse spielt sich der Trend zur Konvergenz auf den ersten Blick nicht im ideologischen Zentrum ab. SPÖ und ÖVP präsentieren sich 2015 beide als ausgesprochen modern. Jedoch ist hervorzuheben, dass das Bild von umfassend progressiv auftretenden Parteien relativiert werden muss. Der Wandel der externen Kontextbedingungen im Laufe der Zweiten Republik bringt es mit sich, dass die politischen Präferenzen der Gesellschaft im Durchschnitt moderner werden. In Bezugnahme auf die Matrix bedeutet dies, dass der Medianwähler im Jahr 2015 tendenziell progressiver eingestellt ist als im Jahr 1945. Diesem Gedankengang folgend, modernisieren sich ÖVP und Medianwähler im Laufe des Beobachtungszeitraumes und bewegen sich dadurch auf die konstante Position der SPÖ zu. In letzter Konsequenz bedeutet dies, dass SPÖ und ÖVP politisch-kulturell heute näher am politischen Zentrum zu verorten sind als dies in Abb. 7 dargestellt wird. Davon abgesehen zeigen die Resultate auch in Bezug auf diese gesellschaftliche Spaltungslinie, dass sich SPÖ und ÖVP heute programmatisch kaum mehr voneinander differenzieren.

Hier nun wurde ein erster grundlegender Eindruck zum ideologischen Positionierungsverhalten der traditionellen österreichischen Mitgliederparteien gegeben. Jedoch muss Abb. 7 unter dem Vorbehalt betrachtet werden, dass im Zuge der methodischen Vorgehensweise marktliberale und sozialstaatliche Issues entlang der distributiven Konfliktlinie gegengerechnet wurden. Der identen Logik folgend, wurden an der politisch-kulturellen Achse moderne und traditionelle Issues rechnerisch gegenübergestellt. Mit dieser Darstellungsform geht insofern ein Informationsverlust einher, da letztlich nicht zu erkennen ist, wie stark sich der Grad an

Ideologisierung von SPÖ und ÖVP anhand der vier einzelnen Pole im politischen Spektrum tatsächlich präsentiert. Daher wird in den beiden nächsten Abschnitten gezeigt, wie sich die Grundsatzprogramme von SPÖ und ÖVP bezüglich Marktliberalismus, Sozialstaatlichkeit, Modernisierung und Traditionalisierung charakterisieren.

6.1.3 Positionierung entlang der distributiven Konfliktlinie

Abb. 8 befasst sich mit der distributiven Konfliktlinie, die sich durch die Extrempunkte Marktliberalismus und Sozialstaatlichkeit definiert. Gezeigt wird, welche Werte die untersuchten Grundsatzprogramme bezugnehmend auf diese beiden gegensätzlichen Pole annehmen.

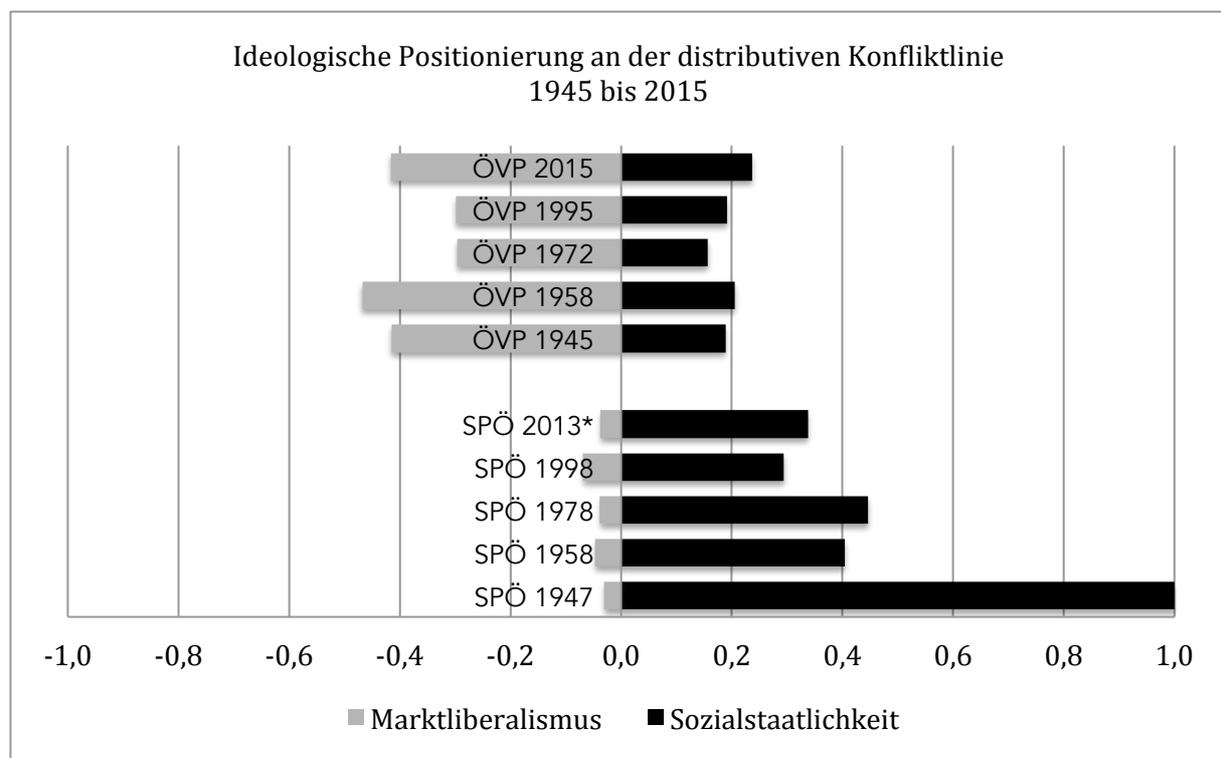


Abb. 8: Positionierungsverhalten entlang der distributiven Konfliktlinie

Die SPÖ ist in Manifesten erwartungsgemäß grundsätzlich der Sozialstaatlichkeit zugewandt, während marktliberale Standpunkte nur sehr vereinzelt anzutreffen sind. Nichtsdestotrotz kommt es bei der Partei, wie bereits erläutert, von 1945 bis 2013 zu einer Entideologisierung entlang der distributiven Konfliktlinie. Abb. 8 zeigt die hintergründigen Abläufe dieser Umorientierung. Es kristallisiert sich heraus, dass marktliberale Issues über alle SPÖ-Programme hinweg, mit der nahezu identisch geringen Intensität auftreten. Im Kontrast dazu ist

zu beobachten, dass die sozialstaatlichen Werte in den Manifesten umfassend an Häufigkeit verlieren. Das bedeutet, die SPÖ wendet sich im Beobachtungszeitraum stark von der Idee eines wirkungsmächtigen Staates in wirtschafts- und auch sozialpolitischen Fragestellungen ab.

Die SPÖ-Parteischrift aus dem Jahr 1947 ist eindeutig am stärksten am Pol der Sozialstaatlichkeit verortet. Im Vergleich hierzu kommt es von 1958 bis 2013 zu einer beachtlichen Abkehr von diesem Standpunkt. Im Endeffekt führt diese Entideologisierung der SozialdemokratInnen zu einer großen Ähnlichkeit zur ÖVP. Betrachtet man die Häufigkeit von Sozialstaatlichkeits-Issues in den aktuellen Manifesten von SPÖ (2013) und ÖVP (2015), wird der signifikante Grad an programmatischer Übereinstimmung überaus deutlich.

Die ÖVP fokussiert sich entlang der distributiven Konfliktlinie in sämtlichen Manifesten vorzugsweise auf marktliberale Issues. Die älteren Programme von 1945 und 1958 bauen stark auf dem ökonomischen Liberalismus auf und plädieren in diesem Sinne etwa für freien Wettbewerb oder das Leistungsprinzip. In den Schriften von 1972 und 1995 orientiert sich die österreichische Volkspartei etwas weniger an diesem Pol, wodurch sich in dieser Periode eine leichte Annäherung an die SPÖ ergibt. Im Grundsatzprogramm von 2015 kommt es wieder zu einer vermehrten Häufung marktliberaler Issues und damit zu einer etwas deutlicheren ideologischen Abgrenzung.

Beachtenswert ist die Tatsache, dass ÖVP in allen Programmen des Beobachtungszeitraumes auch dem Bereich der Sozialstaatlichkeit relativ große Bedeutung beimisst. Die Häufigkeit wohlfahrtsstaatlicher Textpassagen ist in allen Manifesten in etwa gleich hoch. Diese widersprüchliche programmatische Dichotomie zwischen Marktliberalismus einerseits und Sozialstaatlichkeit andererseits, lässt das Profil der ÖVP insgesamt entideologisiert wirken.

6.1.4 Positionierung entlang der politisch-kulturellen Konfliktlinie

Abb. 9 präsentiert das detaillierte Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP entlang der politisch-kulturellen Achse. Diese charakterisiert sich ihres Zeichens durch die konträren Pole von Modernisierung und Traditionalisierung.

Hierbei ist auffällig, dass gerade die ältesten Grundsatzprogramme von SPÖ (1947) und ÖVP (1945) über einen vergleichsweise hohen Modernisierungsgrad verfügen. Dies ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass diese Manifeste wenige Zeit nach dem Niedergang des NS-Regimes publiziert werden. Als Reaktion auf diese Ereignisse legen beide Parteien großen Wert auf die Vermittlung ihres Demokratieverständnisses. Die beachtliche Häufigkeit an progressiven Issues bei SPÖ und ÖVP entsteht deshalb, weil sich die Akteurinnen in sehr großem Umfang zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bekennen und sich von totalitärem Gedankengut abgrenzen.

Insgesamt zeigt Abb. 9, dass die SPÖ im Beobachtungszeitraum als progressivere der beiden Parteien angesehen werden kann. Sämtliche Grundsatzprogramme der Partei weisen eine konstant hohe Häufigkeit an modernen Textpassagen auf. Im Gegensatz dazu sind konservative Elemente kaum vorzufinden. In Summe bleibt die SPÖ während der gesamten Analyseperiode damit ihrer progressiven Parteilinie entlang der politisch-kulturellen Konfliktachse treu.

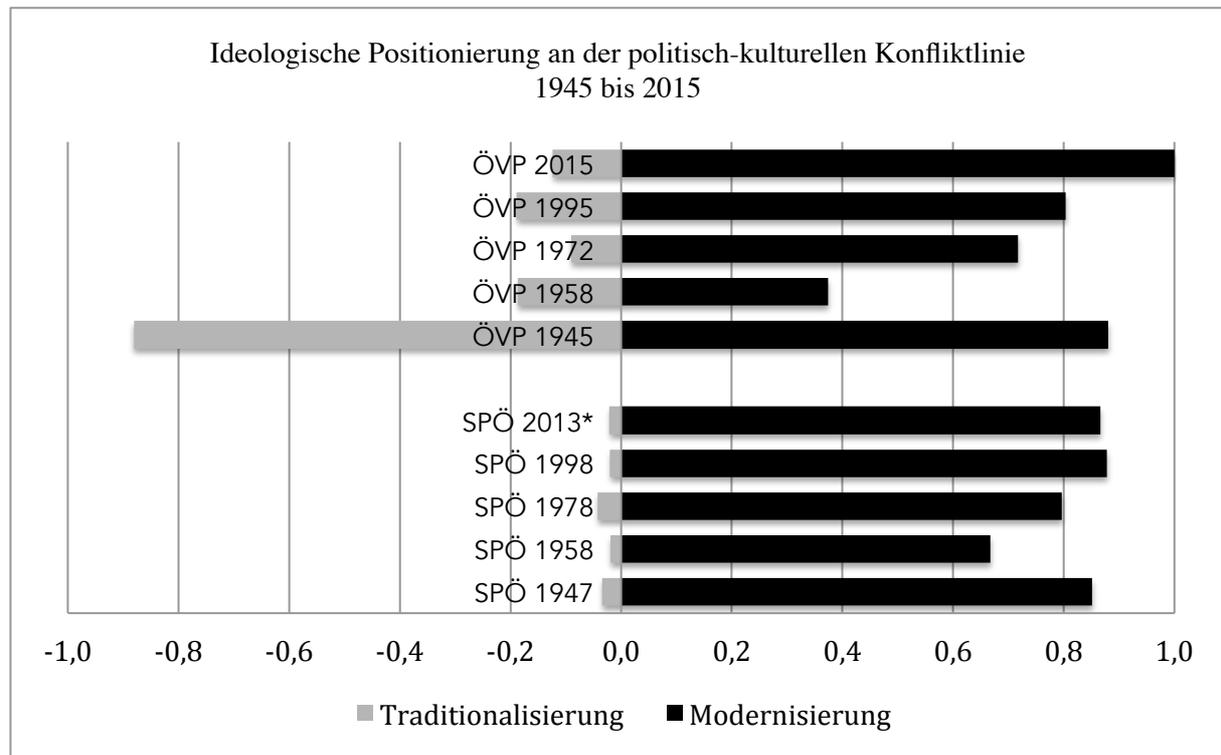


Abb. 9: Positionierungsverhalten entlang der politisch-kulturellen Konfliktlinie

Die ÖVP charakterisiert sich durch eine erhebliche ideologische Dynamik entlang der politisch-kulturellen Konfliktlinie. Das Manifest von 1945 weist, wie zuvor erwähnt, einen für diese Zeit typischerweise hohen Modernisierungsgrad auf. Auffällig ist außerdem, dass traditionelle Issues damals in ähnlich großer Häufigkeit auftreten, wodurch die ÖVP bei Gegenüberstellung der gegensätzlichen Issues ein unklares, entideologisiertes Profil aufweist. Ab 1958 sind konservative Werte in Manifesten der christlich-sozialen Partei stark rückläufig und in der Gegenwart nur noch in geringem Ausmaß zu verorten. Parallel dazu entwickelt die ÖVP ab 1972 eine zunehmend progressive politische Agenda. Vor allem das aktuelle Grundsatzprogramm (2015) sei auf Grund seiner Nähe zum Extremum der Modernisierung hervorgehoben.

In Summe betrachtet bringt die Analyse der Pole Marktliberalismus versus Sozialstaatlichkeit sowie Traditionalisierung versus Modernisierung genaueren Aufschluss über die ideologische Konvergenz zwischen SPÖ und ÖVP. Die österreichischen SozialdemokratInnen wenden sich im

Laufe der Zweiten Republik stark vom Pol der Sozialstaatlichkeit ab, wodurch eine beachtliche Annäherung an die direkte Konkurrentin zu Stande kommt. Hinsichtlich der anderen drei Pole zeigt die SPÖ keine dynamischen Tendenzen. Während konstant eine große Distanz zum marktliberalen und zum traditionellen Pol gewahrt wird, ist die SPÖ dem Extremum der Modernisierung durchgängig stark zugewandt.

Im Kontrast dazu entfernt sich die ÖVP deutlich vom Pol der Traditionalisierung und modernisiert gleichzeitig ihre politische Linie. Entlang der distributiven Achse behält die ÖVP im Analysezeitraum eine widersprüchliche programmatische Position bei. Zwar ist die Partei wirtschaftsliberalen Standpunkten tendenziell stets etwas stärker zugewandt als sozialstaatlichen Aspekten, jedoch offenbaren die Ergebnisse überraschend, dass auch dem wohlfahrtsstaatlichen Bereich in ÖVP-Manifesten durchwegs große Bedeutung beigemessen wird.

6.2 Zur ideologischen Positionierung in ausgewählten Politikbereichen

Neben der allgemeinen ideologischen Verortung der Programme von SPÖ und ÖVP ist es ebenso aufschlussreich, das Positionierungsverhalten der Parteien in diversen politischen Feldern zu untersuchen. Jede Partei nimmt in ihren Grundsatzprogrammen zu zahlreichen unterschiedlichen Politikbereichen Stellung. Im Rahmen dieses Abschnittes werden die ideologischen Positionen von SPÖ und ÖVP in Bezugnahme auf die folgenden politischen Felder präsentiert:

- Wirtschafts- und Finanzpolitik
- Sozialpolitik
- Außen- und Europapolitik
- Bildungs- und Kulturpolitik
- Demokratieverständnis
- Familienpolitik
- Verteidigungs- und Sicherheitspolitik

Die Bereiche Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie Sozialpolitik wurden entlang der distributiven Konfliktlinie vermessen. Dahingehend wird für diese beiden politischen Felder analysiert, wie sich SPÖ und ÖVP bezüglich der Extrema Marktliberalismus und Sozialstaatlichkeit positionieren. Ferner wurden die Analysekatoren Außen- und Europapolitik, Bildungs- und Kulturpolitik, Demokratieverständnis, Familienpolitik sowie Verteidigungs- und Sicherheitspolitik entlang der politisch-kulturellen Achse codiert. Dementsprechend wird hier erörtert, wo sich SPÖ und ÖVP bezugnehmend auf die Extrema Traditionalisierung und Modernisierung ideologisch festsetzen.

Zu beachten ist, dass diese Politikbereiche über konkrete Eigenschaften verfügen, die das Positionierungsverhalten der Parteien beeinflussen. Beispielsweise liegt es in der Natur der Sache, dass sozialstaatliche Issues im Bereich der Sozialpolitik mit höherer Wahrscheinlichkeit anzutreffen sind als etwa in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragestellungen. Auch im Bereich der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ist es evident, dass beide Parteien tendenziell eher konservative Standpunkte vertreten, um ihre Ideen zur Landesverteidigung zu präsentieren. Werden diese spezifischen Charakteristika miteinbezogen, so vermag die Analyse dieser Politikbereiche ebenso wesentlichen Aufschluss zu den Entwicklungstendenzen im Positionierungsverhalten zu leisten.

6.2.1 Positionierung in Wirtschafts- und Finanzpolitik

Das Feld der Wirtschafts- und Finanzpolitik stellt bei SPÖ und ÖVP stets ein wesentliches Element in Grundsatzprogrammen dar. In Abb. 10 wird gezeigt, wie stark die österreichischen Mitgliederparteien in diesem Politikbereich an die Pole Marktliberalismus und Sozialstaatlichkeit angenähert sind.

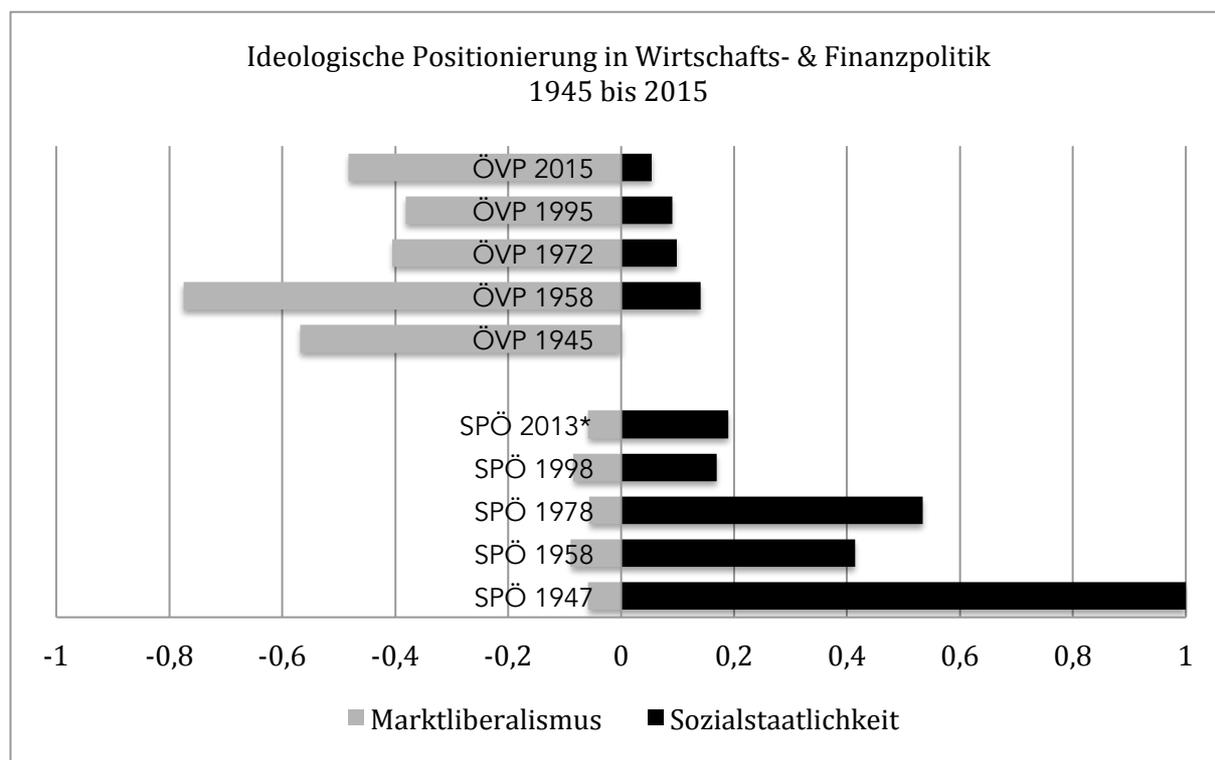


Abb. 10: Ideologische Positionierung in Wirtschafts- und Finanzpolitik

Am Beispiel der SPÖ ist eindeutig erkennbar, dass die Partei dem Staat als wirtschafts- und finanzpolitischen Akteur im Beobachtungszeitraum eine zunehmend geringer werdende Rolle zugesteht. Während im Manifest von 1947 diesbezüglich noch die Etablierung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung sowie einer zentralisierten Planwirtschaft unter staatlicher Lenkung propagiert werden¹⁴⁰ und auch in der Parteischrift 1958 vom Kampf gegen den Kapitalismus gesprochen wird¹⁴¹, distanziert sich die SPÖ von dieser Programmatik im Analysezeitraum zusehends. In den Programmen von 1998 und 2013 sind verhältnismäßig nur noch wenige sozialstaatliche Issues im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik auffindbar. Demgegenüber sind marktliberale Standpunkte in allen SPÖ-Grundsatzprogrammen nur in geringem Ausmaß zu verorten.

Die ÖVP setzt im Feld der Wirtschafts- und Finanzpolitik traditionell auf marktliberale Issues. Dies gilt besonders für die Manifeste von 1945 und 1958, wo eingehend gefordert wird, die staatliche Macht zurückzudrängen.¹⁴² Während die Programme von 1972 und 1995 weniger durch wirtschaftsliberale Charakteristika geprägt sind, ist die aktuelle Grundsatzschrift wieder stärker auf diesen Pol ausgerichtet. Auch 2015 tritt man weiterhin für einen mageren Staat und für unternehmerisches Denken und Handeln als gesellschaftliches Leitbild ein.¹⁴³ Hinsichtlich sozialstaatlicher Issues ist hingegen zu erkennen, dass die ÖVP dem Staat als Wirtschaftsakteur generell sehr wenig Einfluss zugesteht.

Werden wirtschaftsliberale und sozialstaatliche Issues aus Abb. 10 gegengerechnet, so präsentiert sich die ÖVP im Feld der Wirtschafts- und Finanzpolitik verhältnismäßig als durchgängig stark ideologisiert. Vor allem im Programm von 1958 tritt die Partei überdurchschnittlich marktliberal auf. Die SPÖ andererseits manövriert im Wirtschafts- und Finanzbereich sehr stark in Richtung politisches Zentrum, wodurch es zur Annäherung an die direkte politische Konkurrentin kommt. Die Gegenüberstellung marktliberaler und sozialstaatlicher Textpassagen zeigt, dass die SPÖ auf den Punkt völliger Entideologisierung zuläuft. Betrachtet man das SPÖ-Programm 2013, so ist dieses weder in Richtung Marktliberalismus noch in Richtung Sozialstaatlichkeit sonderlich ausgeprägt. Dies ist ein aussagekräftiges Indiz, dass die wirtschaftspolitische SPÖ-Agenda in der jüngeren Vergangenheit stark an Profil verliert.

¹⁴⁰ vgl. SPÖ 1947: S. 5f

¹⁴¹ vgl. SPÖ 1958: S. 6

¹⁴² vgl. ÖVP 1958

¹⁴³ vgl. ÖVP 2015: S. 11

6.2.2 Positionierung in Sozialpolitik

Neben der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist die Sozialpolitik der zweite wesentliche Bereich, der im Rahmen der Forschungsarbeit entlang der distributiven Konfliktlinie vermessen wurde. Gemäß den spezifischen Charakteristika dieses Politikfeldes zeigen die Forschungsergebnisse, dass SPÖ und ÖVP dem Pol der Sozialstaatlichkeit von Grund auf angenähert sind.

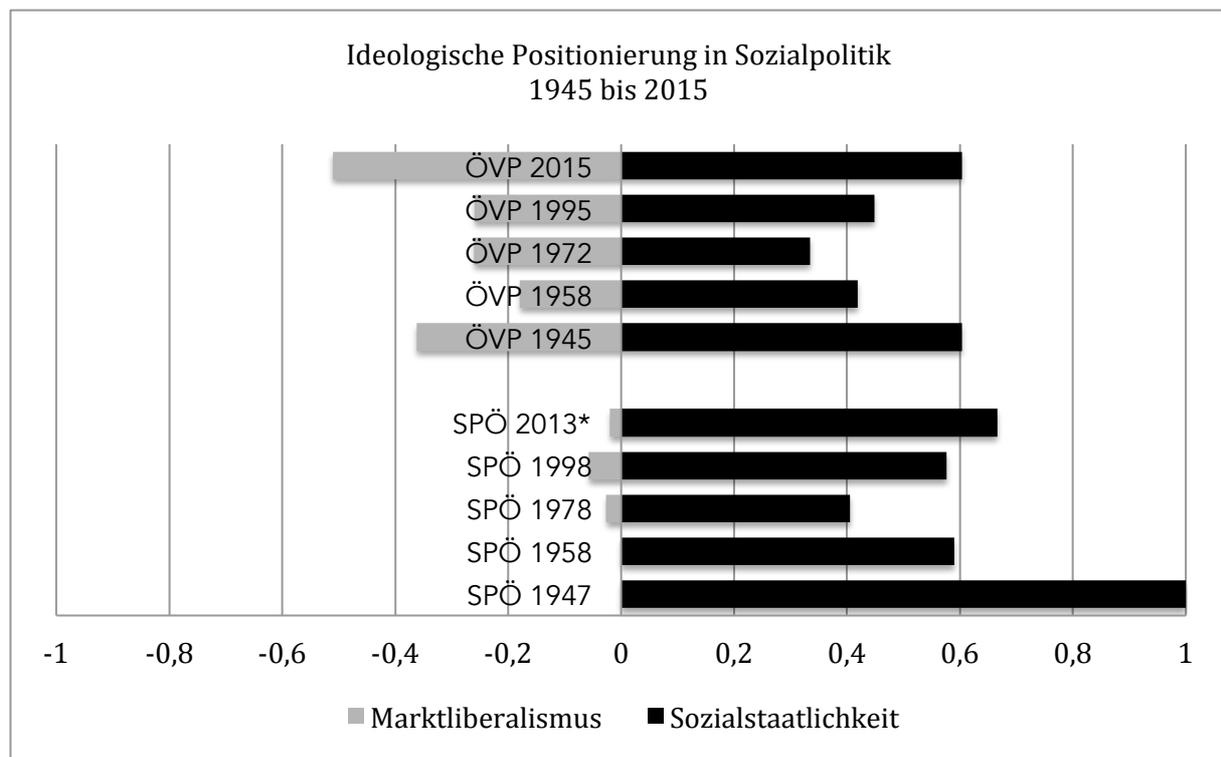


Abb. 11: Ideologische Positionierung in Sozialpolitik

In Abb. 11 ist zu erkennen, dass die SPÖ sozialpolitisch stets relativ stark ideologisiert ist. Der Staat wird hier als hauptverantwortliches Organ zur Herstellung der sozialen Sicherheit in der österreichischen Gesellschaft interpretiert. Jedoch nimmt die Bedeutung des öffentlichen Sektors als „Anwalt der Enterbten und Unterdrückten“¹⁴⁴ in SPÖ-Grundsatzprogrammen 1958 bis 1978 deutlich ab. Beachtlich erscheint, dass sich die Partei in den Jahren 1998 und 2013 wieder stärker in Richtung Sozialstaatlichkeit bewegt und ein ideologisiertes Profil entwickelt. Dem entgegenstehend sind marktliberale Issues bei den österreichischen SozialdemokratInnen im gesamten Analysezeitraum kaum zu verorten.

¹⁴⁴ vgl. SPÖ 1947: S. 1

Insgesamt zeigt die ÖVP im Bereich der Sozialpolitik ein sehr widersprüchliches Bild, da sowohl marktliberale als auch sozialstaatliche Issues in relativ großer Häufigkeit auftreten. Einerseits wird private Vorsorge als Säule der Sozialpolitik ins Zentrum gerückt, andererseits sieht die Partei auch in der staatlichen Versorgung einen Hauptpfeiler. Durch die Tatsache, dass weder wirtschaftsliberale noch sozialstaatliche Standpunkte eine eindeutige Überhand nehmen, präsentiert sich das Profil der ÖVP als vergleichsweise unscharf.

Auffällig ist zudem, dass marktliberale Issues bei der ÖVP im Grundsatzprogramm 2015 am häufigsten auftreten. Beispielsweise propagiert die Partei in diesem Manifest, dass Solidarität keine rein staatliche Aufgabe sei und die Individuen mehr Eigenverantwortung tragen sollten.¹⁴⁵ Durch marktliberale Statements dieser Art differenziert sich die ÖVP gegenwärtig wieder deutlicher von ihrer sozialdemokratischen Mitbewerberin.

Werden die marktliberalen und wohlfahrtsstaatlichen Werte in Abb. 11 gegengerechnet, so wird einerseits deutlich, dass die ÖVP, über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg, relativ konstant am Zentrum der politischen Sphäre angesiedelt ist. Tendenziell sind die sozialstaatlichen Standpunkte gegenüber den liberalen stets leicht in der Überzahl. Bei der SPÖ hingegen kommt es von 1947 bis 1978 zu einer starken Entideologisierung. Anzumerken ist jedoch, dass sozialstaatliche Issues in den letzten beiden SPÖ-Programmen wieder deutlich häufiger anzutreffen sind. Demnach grenzt sich die SPÖ gegenwärtig wieder expliziter von ihrer christlich-sozialen Rivalin ab.

6.2.3 Positionierung in Demokratieverständnis

Dem Bereich des Demokratieverständnisses wird in den analysierten Grundsatzprogrammen stets die größte Priorität eingeräumt. SPÖ und ÖVP beschreiben in diesen Textpassagen ihr Welt- und Demokratiebild und konzipieren ihr politisches Selbstverständnis. In Anlehnung an jene spezifischen Charakteristika wird der Bereich des Demokratieverständnisses entlang der politisch-kulturellen Konfliktlinie vermessen. Somit wird eruiert, ob SPÖ und ÖVP sich in diesem Gebiet eher dem Extremum der Traditionalisierung oder dem Pol der Modernisierung annähern.

Hier sei angemerkt, dass das SPÖ-Wahlprogramm 2013 im Hinblick auf die Kategorie des Demokratieverständnisses eine Ausnahme darstellt und deshalb unter Vorbehalt betrachtet werden muss. Wahlprogramme legen typischerweise stärkeren Fokus auf realpolitische Maßnahmen. Der Vermittlung des Weltbildes und der Grundwerte wird hier weniger Relevanz beigemessen, als in Grundsatzprogrammen. Dadurch ergibt sich für das SPÖ-Programm 2013 ein tendenziell unterbewerteter Modernisierungsgrad im Demokratieverständnis.

¹⁴⁵ vgl. ÖVP 2015: S. 12

Die Forschungsergebnisse offenbaren, dass beide politischen Konkurrentinnen in den ersten publizierten Grundsatzprogrammen nach dem Zweiten Weltkrieg besonders modernisierend auftreten. Zu diesem Phänomen trägt vor allem der damalige historische Kontext bei. Angesichts der österreichischen Rolle in Zusammenhang mit dem Aufstieg und den Verbrechen des NS-Regimes bekennen sich die traditionellen Mitgliederparteien in dieser Phase besonders intensiv zur Demokratie. Aber auch die Besetzung Österreichs durch alliierte Truppen in der Nachkriegszeit führt zu einer Erhöhung der Anzahl von Modernisierungs-Issues, da beide Fraktionen zu dieser Periode vehement für Freiheit und Unabhängigkeit der österreichischen Republik eintreten.¹⁴⁶

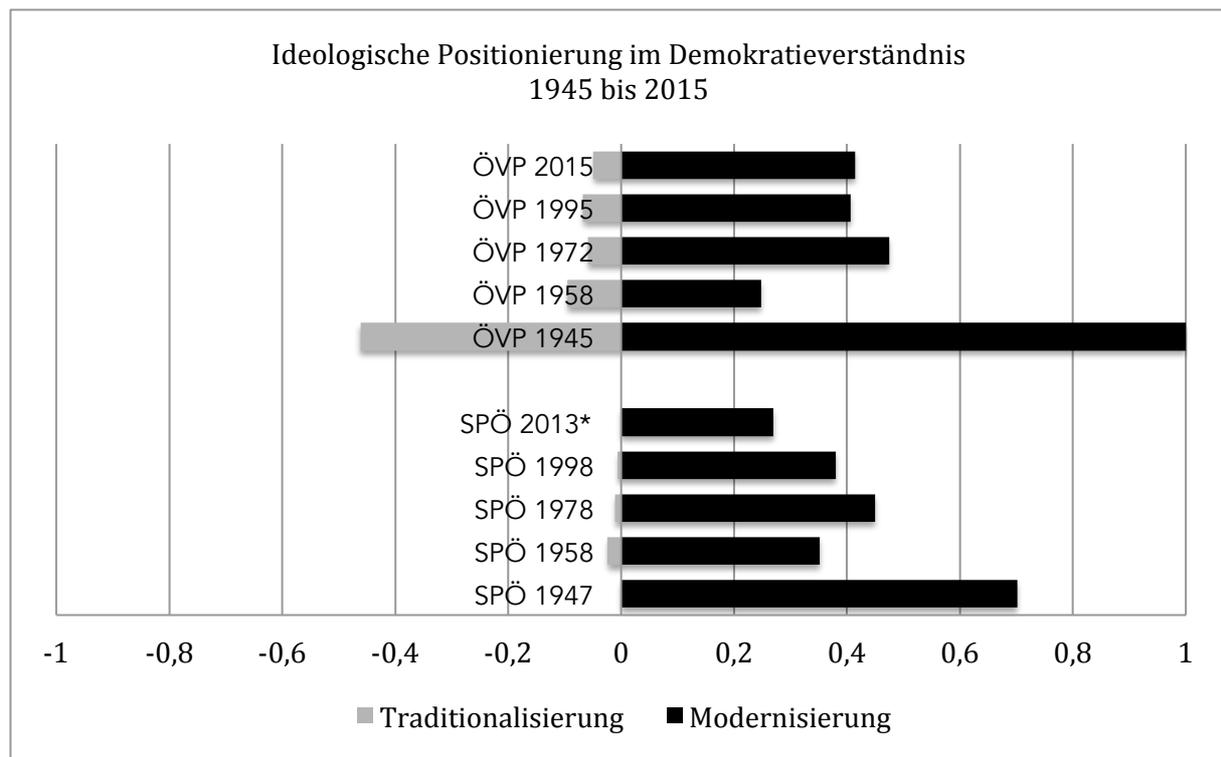


Abb. 12: Ideologische Positionierung im Demokratieverständnis

In Anlehnung daran veranschaulicht Abb. 12, dass das SPÖ-Manifest von 1947 die größte Anzahl an modernen Issues im Bereich des Demokratieverständnisses aufweist. Danach nehmen die SozialdemokratInnen eine weniger progressive Haltung ein und stabilisiert sich im gesamten Beobachtungszeitraum in diesem abgeschwächt modernen Bereich. Wie bereits erläutert ist der Modernisierungswert des SPÖ-Wahlprogrammes 2013 unter dem Vorbehalt zu interpretieren, dass dieser in Abb. 12 eher unterbewertet aufscheint. In Anbetracht des durchgehend modernen SPÖ-Demokratieverständnis im historischen Abriss ist jedoch anzunehmen, dass sich die Partei-

¹⁴⁶ vgl. ÖVP 1945; vgl. SPÖ 1947: S. 70f

position gegenwärtig auf ähnlichem Niveau wie im Manifest 1998 befindet. Dem entgegengesetzt sind traditionelle Werte im Demokratieverständnis der SozialdemokratInnen während der Zweiten Republik kaum vorhanden.

Die ÖVP orientiert sich 1945 im Demokratieverständnis noch fundamentaler am Pol der Modernisierung als ihre sozialdemokratische Mitbewerberin. Diese extreme Ausrichtung nimmt in späteren Programmen jedoch ab, wodurch sich die ÖVP durchaus ähnlich zur SPÖ positioniert. Von der anfänglichen Nähe zu konservativen Werten hingegen distanziert man sich mit Fortdauer des Beobachtungszeitraumes. Beispielsweise ist das Nahverhältnis der Partei zur römisch-katholischen Kirche, im Gegensatz zum Manifest 1945, in aktuelleren Grundsatzprogrammen nicht mehr zu vernehmen. Ebenso werden ein starkes Nationalbewusstsein und Vaterlandstreue in den älteren Grundsatzprogrammen hochgehalten, wovon die Partei in heutigen programmatischen Schriften ablässt.¹⁴⁷

Werden die Konservatismus- und Modernisierungs-Issues aus Abb. 12 gegengerechnet, so kann in Summe gesagt werden, dass SPÖ und ÖVP sich im Demokratieverständnis während der Zweiten Republik nahezu ident positionieren. Beide Parteien können basierend auf den Analysen als durchwegs progressiv eingestuft werden. Wobei beachtet werden muss, dass der oftmals vergleichsweise höhere Modernisierungsgrad in ÖVP Manifesten, vor allem in der ersten Phase des Beobachtungszeitraumes, von zahlreichen traditionellen Standpunkten minimiert wird. Bei der SPÖ stehen den anteilmäßig geringeren progressiven Werten kaum konservative Werte gegenüber. Insgesamt führt dies im Analysezeitraum zu einer konstant großen Ähnlichkeit zwischen beiden politischen Konkurrentinnen.

6.2.4 Positionierung in Bildungs- und Kulturpolitik

Die Bedeutung der Bildungs- und Kulturpolitik steigt im Beobachtungszeitraum signifikant. Beide Fraktionen gestehen diesem Thema stetig mehr Raum in ihren Manifesten zu. Aber auch bezüglich des programmatischen Positionierungsverhaltens kommt es in diesem Feld zu wesentlichen Veränderungen.

Abb. 13 ist zu entnehmen, dass sich die SPÖ im Bereich der Bildungs- und Kulturpolitik von 1947 bis in die Gegenwart modernen Werten stärker zuwendet. In dieser Periode verdreifacht sich die Anzahl der progressiven Standpunkte. Da man sich umfassend zum Extremum der Modernisierung hinbewegt, zeigen sich die österreichischen SozialdemokratInnen bezüglich Bildungs- und Kulturpolitik gegenwärtig als hochgradig ideologisiert. Traditionelle Werte im Bildungsbereich werden in sozialdemokratischen Manifesten demgegenüber kaum vertreten.

¹⁴⁷ vgl. ÖVP 1945

Auch bei der ÖVP kommt es von 1945 bis 1972 zu einer umfassenden Vermehrung moderner Standpunkte. Jedoch wird diese Entwicklung in jüngeren Manifesten nicht fortgesetzt, wodurch sich die ÖVP im Vergleich zu ihrer Mitbewerberin als weniger progressiv präsentiert. Zusätzlich sticht bei der christlich-sozialen Partei abermals eine signifikante Abkehr von traditionellen ideologischen Werten ins Auge. Im Programm von 1945 gilt der Bildungssektor als Instrumentarium mit dem Hauptzweck „die Jugend zu bedingungslosen Österreichern zu erziehen“ und „ein österreichisches Kulturgut“ zu etablieren. Bereits ab 1958 distanziert sich die Partei von einer solchen ideologischen Grundhaltung ebenso, wie von der Forderung nach mehr kirchlich gelenkten Bildungseinrichtungen.¹⁴⁸

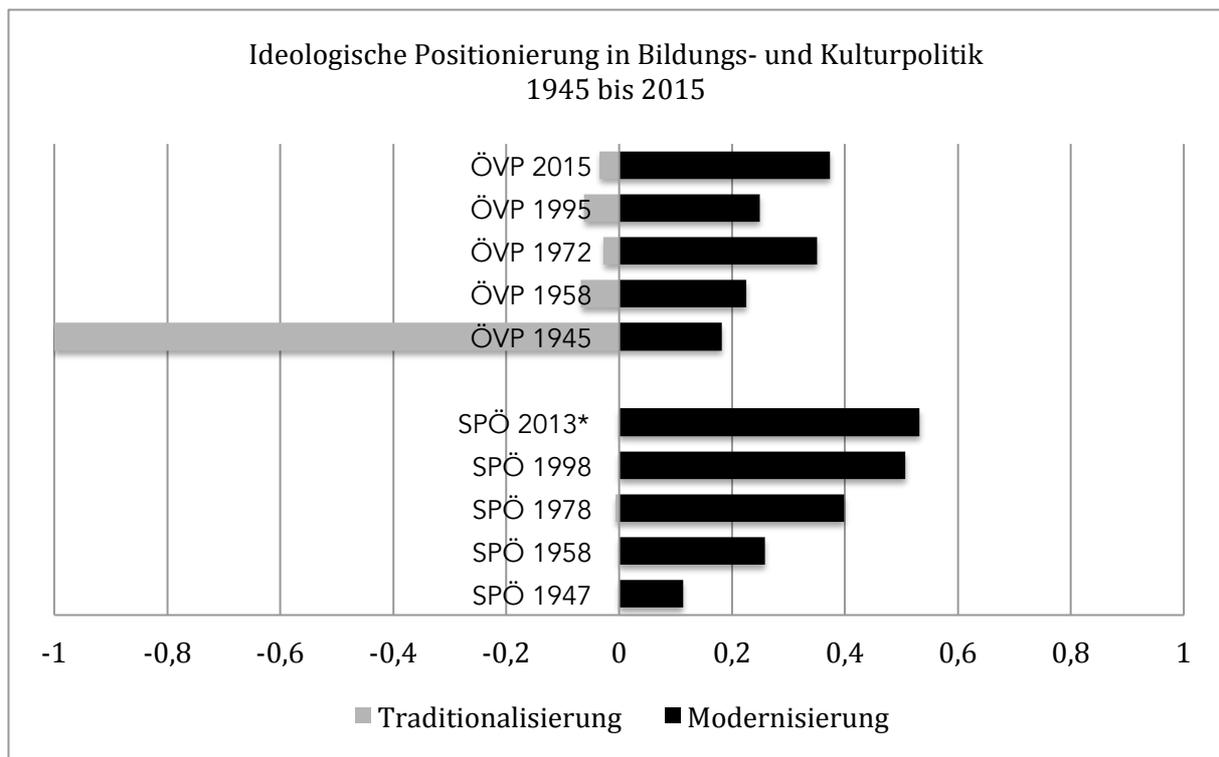


Abb. 13: Ideologische Positionierung in Bildungs- und Kulturpolitik

Wird die Anzahl an progressiven und konservativen Textstellen aus Abb. 13 gegengerechnet, so offenbart sich die SPÖ im Analysezeitraum als deutlich progressivere Akteurin, die auch aktuell weiter nach Modernisierung strebt. Die ÖVP folgt diesem Trend in abgeschwächter Form, vor allem auf Grund der Abkehr vom Traditionalismus. Da sich somit beide politischen Fraktionen zum Extremum des Progressivismus hin orientieren, bestätigt sich die Annahme zunehmender ideologischer Konvergenz zwischen den österreichischen Mitgliederparteien auch im Bereich der Bildungs- und Kulturpolitik.

¹⁴⁸ vgl. ÖVP 1945

6.2.5 Positionierung in Familienpolitik

In der Familienpolitik, an der politisch-kulturellen Achse vermessen, spiegelt sich ebenso ein Trend wider, der eindeutig in Richtung eines moderneren werdenden Positionierungsverhaltens beider Parteien weist. Der direkte Vergleich der aktuellsten Manifeste verdeutlicht, dass SPÖ und ÖVP, basierend auf ihrer gegenwärtigen ideologischen Position, für WählerInnen kaum voneinander zu unterscheiden sind.

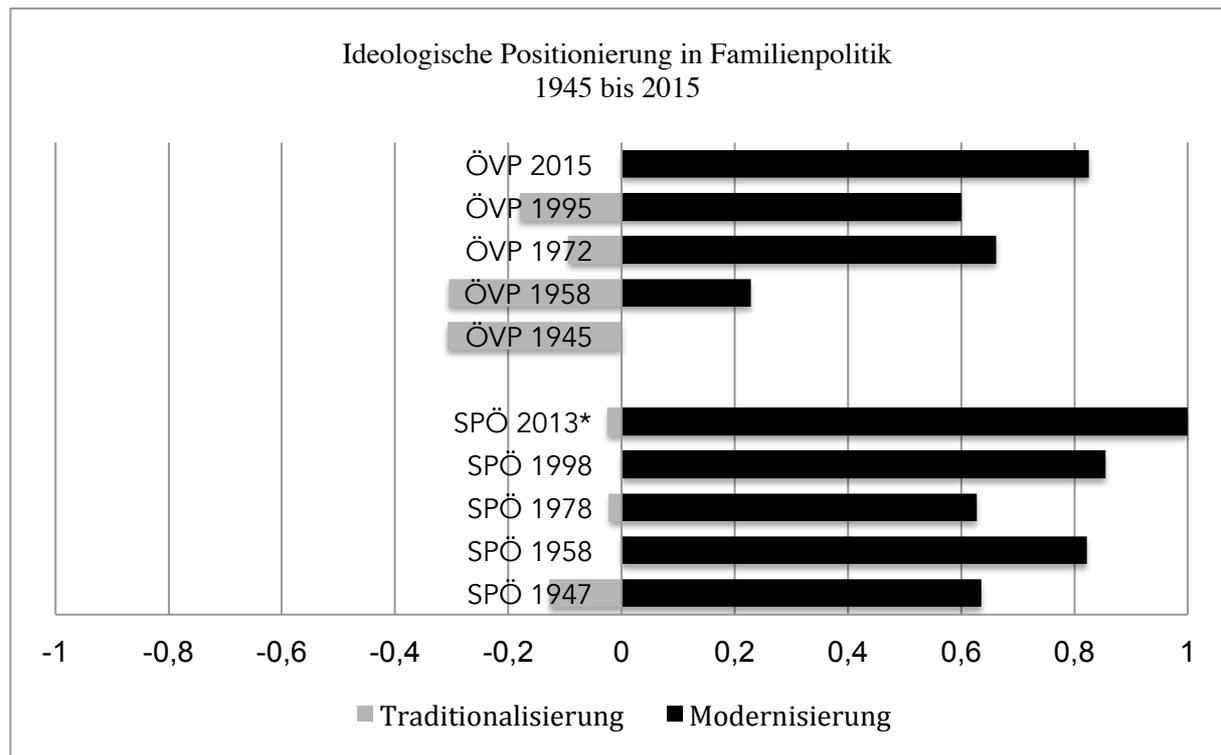


Abb. 14: Ideologische Positionierung in Familienpolitik

Die programmatischen Standpunkte der SPÖ präsentieren sich im Bereich der Familienpolitik über sämtliche Jahre hinweg auf gleichbleibend hohem und progressivem Niveau. Vor allem hinsichtlich Frauenrechten nehmen die SozialdemokratInnen seit jeher eine absolute Vorreiterrolle ein und fordern bereits 1947 „volle Gleichberechtigung für Mann und Frau, gleicher Lohn für gleiche Leistung. Recht der Frau auf Arbeit“.¹⁴⁹ Ferner erkennt man bereits im Grundsatzprogramm 1978 die vielfältigsten Formen von menschlichem Zusammenleben an.¹⁵⁰ Diese fortschrittliche Grundhaltung wird bis in die jüngeren Grundsatzprogramme beibehalten während traditionelle Werte zu keinem Zeitpunkt eine allzu große Rolle spielen.

¹⁴⁹ SPÖ 1947: S. 9

¹⁵⁰ SPÖ 1978: S. 32

Die ÖVP nähert sich in der Familienpolitik ab 1958, dem gleichen Positionierungsverhalten wie die SPÖ folgend, dem Extremum der Modernisierung an. Beginnend mit dem Manifest 1972 nehmen auch bei der Volkspartei progressive familienpolitische Standpunkte die eindeutige Überhand. Auffällig ist in Abb. 15 jedoch, dass die ÖVP lange Zeit durchwegs sehr traditionelle Werte vertritt. So wird beispielsweise im Programm von 1995 ein traditionelles Familienbild vermittelt und das Lebensmodell der Ehe als gesellschaftliches Ideal definiert.¹⁵¹ Erst im Manifest 2015 spricht auch die ÖVP-Agenda von der Anerkennung der verschiedensten Familienformen.¹⁵² Hervorzuheben ist, dass dieses gegenwärtige Grundsatzprogramm keine konservativen Textpassagen mehr aufweist.

Werden die als progressiv und als konservativ ausgewiesenen Werte in Abb. 14 gegengerechnet, so wird offensichtlich, dass die ideologische Ähnlichkeit zwischen den beiden Parteien im Bereich der Familienpolitik immer größer wird. Die SPÖ ist traditionell stark am Pol der Modernisierung orientiert und kann somit als konstant ideologisiert eingestuft werden. In ÖVP-Schriften hingegen sind ab dem Jahr 1972 moderne Werte gegenüber konservativen Inhalten eindeutig in der Überzahl. Wiederum zeigt sich, dass der Wandel des Positionierungsverhaltens der ÖVP die ideologische Konvergenz der Parteien entlang der politisch-kulturellen Achse hervorruft.

6.2.6 Positionierung in Außen- und Europapolitik

Abb. 15 zeigt die Ergebnisse zur ideologischen Verortung der außen- und europapolitischen Programmpunkte von SPÖ und ÖVP entlang der Pole Traditionalisierung und Modernisierung. Im diesem Gebiet offenbaren sich Tendenzen im Positionierungsverhalten, die von den bisher präsentierten Resultaten leicht abweichen.

So gestaltet sich die ideologische Position der SPÖ im Bereich Außen- und Europapolitik im Vergleich zu anderen Feldern überraschenderweise als deutlich weniger konstant progressiv. Von 1947 bis 1958 wendet sich die SPÖ dem Medianwähler zu, da moderne Standpunkte an Häufigkeit verlieren. Entgegen dem sich bisher in den Ergebnissen abzeichnenden Trend, weist die SPÖ in diesem Feld also keine stark progressiven Standpunkte auf. Konservative außenpolitische Werte sind hingegen über den gesamten Beobachtungszeitraum wenig bis gar nicht anzutreffen.

Die gegenwärtige SPÖ-Position (2013) muss allerdings unter einem wesentlichen Vorbehalt betrachtet werden. In Grundsatzprogrammen nehmen die Mitgliedparteien äußerst ausführlich zur Außenpolitik und der internationalen Rolle Österreichs Stellung. Das SPÖ-

¹⁵¹ ÖVP 1995

¹⁵² ÖVP 2015: S. 5

Wahlprogramm 2013 dagegen bezieht sich in stärkerem Ausmaß auf konkrete politische Maßnahmen, die größtenteils auf die nationale Ebene beschränkt sind. Unter diesem Gesichtspunkt, scheint der ideologische Modernisierungsgrad des SPÖ-Wahlprogrammes in Abb. 15 somit als etwas unterbewertet auf. Basierend auf der relativ großen bisherigen Konstanz im SPÖ-Positionierungsverhalten seit 1958 kann angenommen werden, dass sich die aktuelle Parteilinie auf ähnlichem Niveau befindet wie im Manifest 1998.

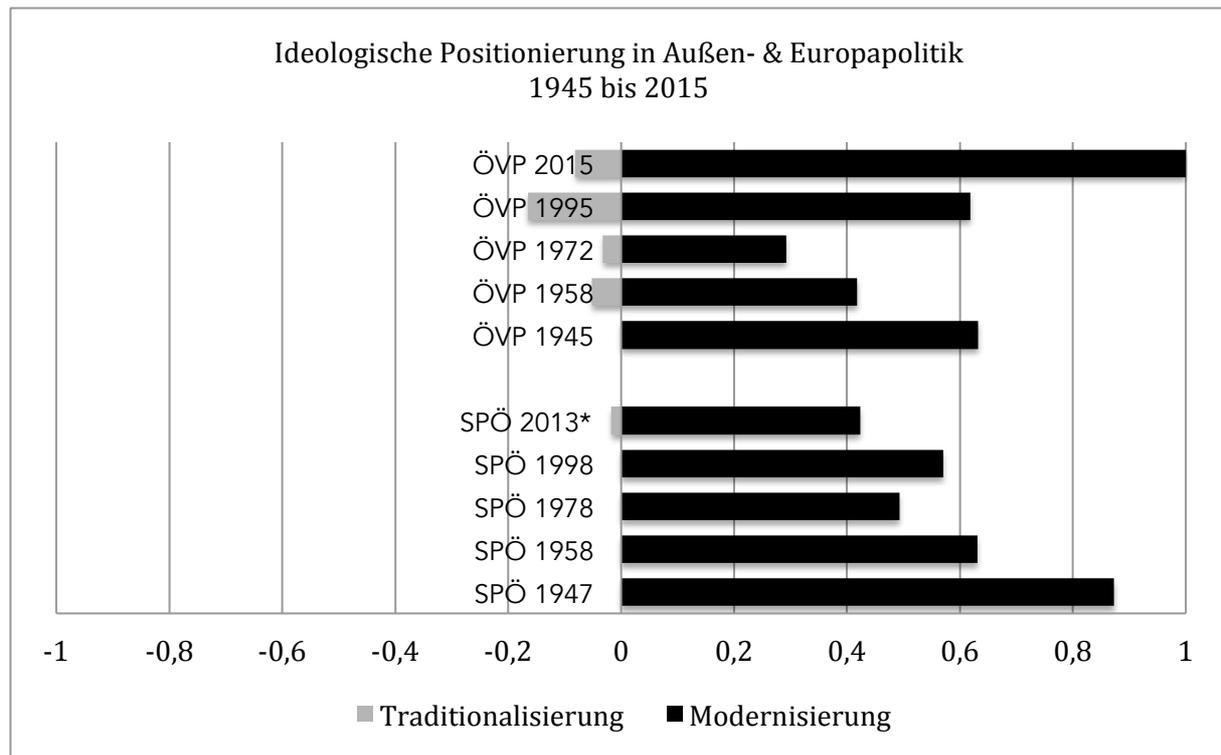


Abb. 15: Ideologische Positionierung in Außen- und Europapolitik

Auch die ÖVP präsentiert in der gesamten Zweiten Republik eine progressiv ausgerichtete außen- und europapolitische Agenda. Während von 1945 bis 1972 eine Abkehr vom Pol der Modernisierung stattfindet, kommt es von 1995 bis 2015 zu einem fundamentalen Modernisierungsschub, womit die Partei, im direkten Vergleich zur SPÖ, als progressivere Akteurin auftritt. Ebenso ist hervorzuheben, dass sich die Fraktion außenpolitisch, im Unterschied zu anderen politischen Feldern, im gesamten Beobachtungszeitraum deutlich vom konservativen Pol abgrenzt.

Werden die progressiven und traditionellen Werte in Abb. 15 gegengerechnet, so präsentieren sich beide Fraktionen außen- und europapolitisch durchwegs progressiv. Exemplarisch hierfür bekennen sich SPÖ und ÖVP eindeutig zur EU-Mitgliedschaft Österreichs und sehen das Land als

wesentlichen Akteur in der internationalen Gemeinschaft.¹⁵³ Entgegen der sich bisher abzeichnenden Tendenz in den Forschungsergebnissen definiert sich die ÖVP gegenwärtig über eine progressivere Außenpolitik als die SPÖ. Dieses Resultat muss, wie erläutert, mit der Einschränkung betrachtet werden, dass die Basis für die SPÖ-Position 2013 kein Grundsatzprogramm, sondern ein Wahlprogramm ist. Nichtsdestotrotz ist diese moderne außenpolitische ÖVP-Agenda stellvertretend für den fundamentalen Wandel im Positionierungsverhalten der Christlich-Sozialen zu interpretieren.

6.2.7 Positionierung in Verteidigungs- und Sicherheitspolitik

Abschließend wird das ideologische Positionierungsverhalten der traditionellen Mitgliederparteien im Gebiet der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik erläutert. Auch hier bewegen sich die beiden Wettbewerberinnen entlang der politisch-kulturellen Achse zwischen Traditionalisierung und Modernisierung (siehe Abb. 16). Naturgemäß sind die Parteien in diesem Feld tendenziell dem Traditionalismus angenähert, da hier Fragen zur Landessicherheit, die in der Regel eher konservativ besetzt sind, stets einen Kernaspekt ausmachen.

Mit Ausnahme des Manifestes von 1978 ist die SPÖ, den gesamten Beobachtungszeitraum anhaltend, dem progressiven Extremum der Skala zugewandt. Gerade in der Phase um 1978 ist die Weltsicherheitslage durch den Kalten Krieg extrem angespannt. Auch Österreich, das sich an der Grenze des Eisernen Vorhanges befindet, sieht sich folglich mit der realen Bedrohung einer militärischen Auseinandersetzung konfrontiert. In Anbetracht dessen legt die SPÖ im Grundsatzprogramm von 1978 verhältnismäßig großen Wert auf den konservativen Aspekt der Landesverteidigung.¹⁵⁴ Abgesehen von dieser Phase, präsentiert sich die SPÖ insgesamt als konstant progressiv und fordert exemplarisch dazu im Wahlprogramm 2013 die Intensivierung internationaler Abrüstung und schließt die österreichische Teilnahme an Militärbündnissen kategorisch aus.¹⁵⁵

Die ÖVP ist vor allem in den Manifesten von 1945 und 1958 dem Pol des Konservatismus zugeeignet. So wird beispielsweise die Thematik der Landesverteidigung durch das Bundesheer und die diesbezügliche Verantwortung der jungen Generation sehr stark in den Vordergrund gerückt.¹⁵⁶ Im Laufe der Zweiten Republik verlieren konservative Issues an Relevanz wohingegen sich die ÖVP etwas moderner ausrichtet.

¹⁵³ vgl. SPÖ 1998: S. 26; vgl. ÖVP 2015: S. 16

¹⁵⁴ vgl. SPÖ 1978: S. 49f

¹⁵⁵ vgl. SPÖ 2013: S. 30f

¹⁵⁶ vgl. ÖVP 1958

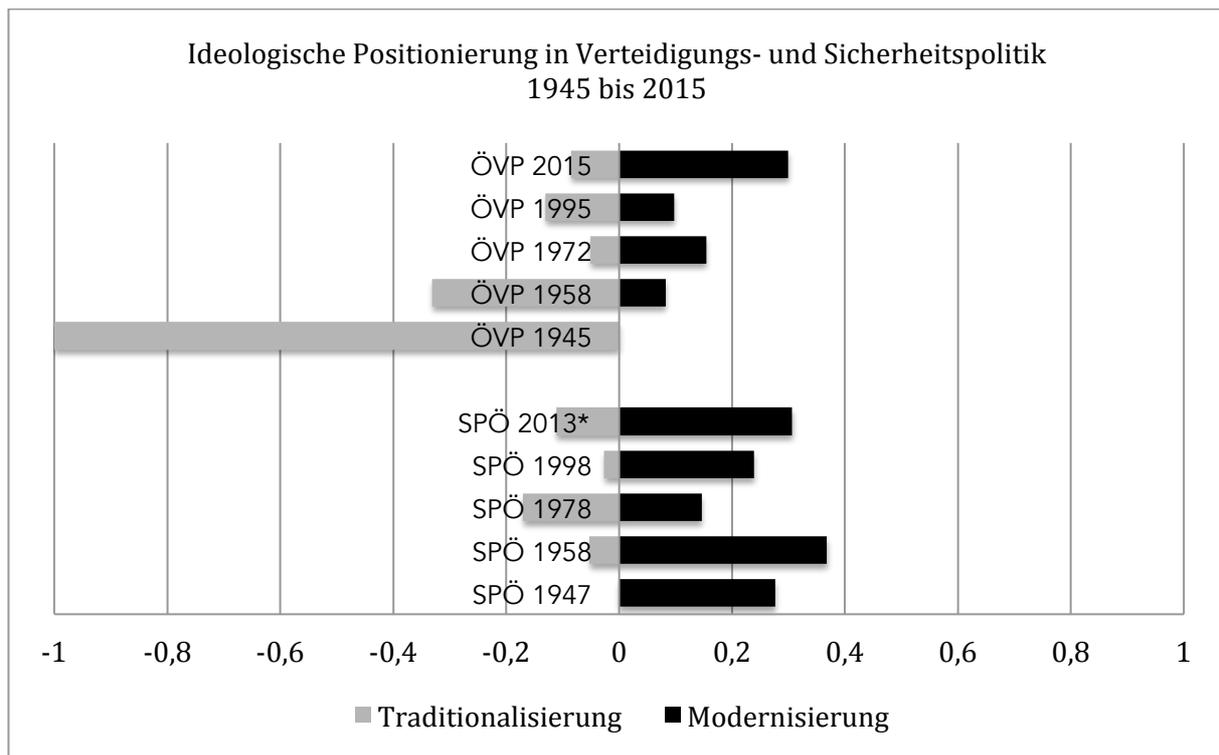


Abb. 16: Ideologische Positionierung in Verteidigungs- und Sicherheitspolitik

Werden die progressiven und traditionellen Issues aus Abb. 16 gegengerechnet, präsentiert sich die ÖVP erwartungsgemäß über lange Zeit als konservativere der beiden Parteien. Die SPÖ charakterisiert sich im Bereich der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik durch eine weniger progressive Agenda als in anderen politischen Feldern. Nicht zuletzt aufgrund dieses Umstandes führt die Tendenz der ÖVP-Modernisierung zur ideologischen Konvergenz. Die gegenwärtigen verteidigungspolitischen Parteilinien von SPÖ (2013) und ÖVP (2015) sind quasi ident.

6.2.8 Rekapitulation der ideologischen Entwicklungstendenzen in Politikbereichen

Zusammenfassend bringt die Betrachtung der diversen politischen Bereiche nochmals ein aufschlussreiches Bild hinsichtlich des ideologischen Positionierungsverhaltens der Parteien. Anhand der Analysen kristallisiert sich heraus, dass sich die Tendenz zur programmatischen Ähnlichkeit in nahezu sämtlichen Politikbereichen ablesen lässt.

Die Konvergenz zwischen SPÖ und ÖVP entlang der distributiven Konfliktlinie bestätigt sich grundsätzlich auch in den einzelnen Feldern der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie der Sozialpolitik. Jedoch ist zu unterstreichen, dass dieser Trend in diesen beiden separaten Bereichen weniger stark ausfällt als bei der Analyse des allgemeinen Positionsverhaltens in Kap. 6.1.

Im Gebiet der Wirtschaftspolitik wird die wachsende Ähnlichkeit vor allem durch die fundamentale Entideologisierung der SPÖ hervorgerufen. Die Forschungsergebnisse verdeutlichen, dass die SozialdemokratInnen dem Staat als wirtschaftlichen Akteur und Unternehmer eine verschwindend geringe Bedeutung zugestehen. Die ÖVP hingegen tritt in Bezugnahme auf wirtschaftspolitische Fragestellungen insgesamt verhältnismäßig liberal auf. Auf Grund des relativ hohen Ideologierungsgrades der ÖVP im Sektor der Wirtschafts- und Finanzpolitik fällt die Konvergenz zwischen den Wettbewerberinnen hier also weniger stark aus.

Außerdem zeigt die Analyse, dass die Entideologisierungstendenz der SPÖ im sozialpolitischen Bereich in deutlich schwächerem Ausmaß auftritt als in der Wirtschaftspolitik. Vor allem in den Manifesten 1998 und 2013 messen die SozialdemokratInnen dem öffentlichen Sektor, als Instrument zur sozialen Sicherung, wieder mehr Bedeutung bei. Die ÖVP hingegen ist sozialpolitisch konstant nahe am Zentrum verhaftet und weist ein zwiespältiges Profil auf. Somit kommt es durch die SPÖ im Laufe der Zweiten Republik insgesamt zwar zur Annäherung, jedoch wird dieser Entwicklung, ebenso von sozialdemokratischer Seite aus, seit den 1990er Jahren entgegengewirkt.

In Summe ist in den Bereichen Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie Sozialpolitik erkennbar, dass sich die Wettbewerberinnen in der Zweiten Republik nicht vollkommen entideologisieren. Vor allem in den aktuellen Programmen entwickeln SPÖ und ÖVP teilweise wieder etwas ideologisierte Standpunkte. Dies liegt nicht zuletzt auch an den spezifischen Charakteristika dieser beiden Politikbereiche. Typischerweise ist das Gebiet der Sozialpolitik von wohlfahrtsstaatlichen Issues geprägt, während im Bereich der Wirtschaftspolitik marktliberale Programminhalte bevorzugt auftreten. Dementsprechend fällt es den Parteien in diesen Bereichen leichter, Positionen nahe den extremen Rändern der Skala zu besetzen. Die SPÖ ideologisiert sich somit gegenwärtig, gemäß ihrer Natur als sozialdemokratische Fraktion, im Gebiet der Sozialpolitik. Die ÖVP hingegen grenzt sich im wirtschafts- und finanzpolitischen Feld heute wieder etwas stärker ab.

Alles in Allem erscheinen diese Entwicklungstrends jedoch als zu wenig umfassend, um vom völligen Umdenken im Positionierungsverhalten der beiden traditionellen österreichischen Mitgliederparteien auszugehen. Nichtsdestoweniger könnten die Detailergebnisse dieser Studie erste Anzeichen dafür sein, dass SPÖ und ÖVP in Zukunft verstärkt auf die Strategie der ideologischen Differenzierung setzen. Folglich wären diese Tendenzen, im Sinne von Keman/Pennings (2006), durchaus als Reaktionen auf den intensiver werdenden Wettbewerb zu betrachten.¹⁵⁷ In diesem Sinne gilt es das Positionierungsverhalten der von SPÖ und ÖVP auch künftig genau zu beobachten.

¹⁵⁷ vgl. Keman/Pennings 2006: S. 115ff

Die Politikbereiche, die entlang der politisch-kulturellen Konfliktlinie vermessen wurden, zeigen ein etwas differenziertes Bild bezüglich des Positionierungsverhaltens. Die Ergebnisse lassen zum einen Parallelen zwischen den Feldern des Demokratieverständnisses und der Außen- und Europapolitik erkennen. Dem entgegenstehend ist in den Feldern Bildungs- und Kulturpolitik, Familienpolitik sowie Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ebenso ein ähnliches Muster zu erkennen.

Die Felder Demokratieverständnis sowie Außen- und Europapolitik zeichnen sich dadurch aus, dass die beiden österreichischen Mitgliedsparteien, über den Beobachtungszeitraum hinweg, kaum ideologische Differenzen aufweisen und sich im Gleichschritt zueinander entwickeln. Beide Konkurrentinnen sind hier dem Pol der Modernisierung im gesamten Analysezeitraum durchgängig ähnlich stark zugewandt. Durchwegs überraschend ist, dass sich die ÖVP hier als überdurchschnittlich progressiv zeigt und in manchen Phasen die modernere politische Akteurin darstellt. In Abgrenzung dazu zeigt sich die SPÖ in diesen beiden Politikfeldern tendenziell weniger modern, als etwa in den Gebieten der Bildungs- oder der Familienpolitik. Dieses im Grunde genommen atypische Positionierungsverhalten beider Parteien, führt zu einem durchgängig hohen Grad an ideologischen Gemeinsamkeiten.

In den Bereichen Bildungs- und Kulturpolitik, Familienpolitik sowie Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ist die zunehmende ideologische Konvergenz entlang der politisch-kulturellen Konfliktachse eindeutiger zu verorten. Hinsichtlich der Forschungsergebnisse bezüglich dieser drei Politikfelder sind im Wesentlichen die gleichen Tendenzen abzulesen, wie im allgemeinen Positionierungsverhalten, welches im Kap. 6.1 analysiert wurde.

Die SPÖ präsentiert sich vor allem in Bildungs- und Kulturpolitik sowie Familienpolitik stark dem Extremum der Modernisierung zugewandt. Diese progressive Einstellung wird im Analysezeitraum permanent beibehalten und teilweise forciert. In Kontrast dazu vollzieht die ÖVP in diesen beiden Bereichen eine fundamentale ideologische Transformation und wandelt die Parteilinie von konservativ in stark modern. Beide Parteien befinden sich dadurch in ihren gegenwärtigen Manifesten auf einem identisch progressiven Niveau.

Der Bereich der Verteidigungspolitik ist auf Grund des Fokus auf Sicherheit und Landesschutz tendenziell konservativen Werten zugeneigt. Zwar ist hier bei den SozialdemokratInnen konstant eine moderne Agenda zu verorten, jedoch fällt diese vergleichsweise schwach aus. Die ÖVP distanziert sich in diesem politischen Feld von einer anfangs konservativen Grundhaltung und pendelt sich gegenwärtig ebenso auf einem schwach progressiven Niveau ein. In Summe also zeigen die Felder Familie, Bildung/Kultur und Verteidigung/Sicherheit, dass sich die Christlich-Sozialen entlang der politisch-kulturellen Achse immer stärker an die progressive sozialdemokratische Konkurrentin annähern.

6.3 Zu den Entwicklungstendenzen im Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP

Insgesamt zeigen die Studienresultate, dass die Konvergenzthese für den Fall Österreich durchaus Gültigkeit besitzt. In der Anfangsphase der Zweiten Republik herrscht ein vergleichsweise hoher Differenzierungsgrad zwischen den traditionellen österreichischen Mitgliederparteien vor. In weiterer Folge kommt es vor allem in der Zeitspanne von 1958 bis etwa 1980 zu einer fundamentalen ideologischen Annäherung von SPÖ und ÖVP. In der jüngeren Vergangenheit der letzten dreißig Jahre kommt dieser Trend zum Erliegen und stagniert auf konstant hohem Niveau. Letzten Endes bedeutet dies, dass das beachtliche Maß an ideologischer Konvergenz, welches von den Parteien bereits in den 1980er Jahren erreicht wird, bis in die Gegenwart fortbesteht.

Die empirischen Analysen zum allgemeinen Positionierungsverhalten heben darüber hinaus die wesentlichen Dimensionen hervor, an denen sich die Transformation hin zur ideologischen Ähnlichkeit vollzieht. So wird gezeigt, dass es einerseits durch die Umpositionierungen der SPÖ entlang der distributiven Achse zur Konvergenz kommt. Dies wird in erster Linie durch eine wachsende Distanzierung der SozialdemokratInnen vom Extremum der Sozialstaatlichkeit verursacht. Andererseits rückt die ÖVP auf der politisch-kulturellen Konfliktlinie, durch die Abkehr vom Traditionalismus und durch die steigende Modernisierung, enger an ihre direkte Mitbewerberin.

Diese Entwicklungstendenzen im Positionierungsverhalten zeichnen sich auch bei der Betrachtung einzelner Politikbereiche eindeutig ab. Entlang der politisch-kulturellen Achse werden sich SPÖ und ÖVP vor allem in Bildungs- und Kulturpolitik, Familienpolitik sowie Verteidigungs- und Sicherheitspolitik sukzessive ähnlicher. Dieser Umstand wird hauptsächlich durch die umfassenden Modernisierungsschübe der ÖVP gefördert. In Hinblick auf außen- und europapolitische Fragen sowie auf das Demokratieverständnis wird hingegen gezeigt, dass sich die Parteien im Beobachtungszeitraum permanent nahezu ident positionieren. Somit ist in diesen Feldern der programmatische Übereinstimmungsgrad zwischen SPÖ und ÖVP von 1945 bis 2015 konstant hoch einzustufen.

In Bezugnahme auf die distributive Konfliktlinie zeichnet sich in der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie in der Sozialpolitik ebenso eine zunehmende Konvergenz ab. Die SPÖ manövriert im wirtschaftspolitischen Feld intensiv auf die christlich-soziale Rivalin zu. Die ÖVP hingegen setzt sich in der Sozialpolitik überraschend nachdrücklich für einen starken Wohlfahrtsstaat ein, woraus eine bemerkenswert große programmatische Ähnlichkeit zur SPÖ hervorgeht.

Anzumerken ist an dieser Stelle, dass die wirtschafts- und sozialpolitische Annäherung nach der Jahrtausendwende teilweise abgeschwächt wird. So ist das SPÖ-Manifest 2013 im Feld der Sozialpolitik wieder näher am Pol der Sozialstaatlichkeit zu verorten. Die ÖVP ihrerseits fokussiert sich in ihrer aktuellen wirtschaftspolitischen Agenda wieder etwas stärker auf markt-

liberale Standpunkte. Diese Versuche, sich ideologisch wieder merklicher voneinander abzugrenzen, erweisen sich jedoch als zu zaghaft, als dass von einem nachhaltigen Wandel in der Positionierungsstrategie in Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie Sozialpolitik gesprochen werden könnte.

6.4 Zur Bewertung des Positionierungsverhaltens von SPÖ und ÖVP

Überdies stellt diese Forschungsstudie den Anspruch, das empirisch erhobene Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP in Bezugnahme auf das Potenzial zur Stimmenmaximierung zu bewerten. Anhand der Resultate ist zu erkennen, dass der Stimmenrückgang der traditionellen österreichischen Mitgliederparteien tatsächlich von einer zunehmenden ideologischen Konvergenz begleitet wird. Dies spricht für die generelle Hypothese dieser Studie, wonach ein Zusammenhang zwischen dem ideologischen Positionierungsverhalten und dem Wahlerfolg von politischen Parteien existiert. In diesem Sinne ist das Instrument der ideologischen Positionierung als strategisches Werkzeug anzusehen, welches den parteilichen Wahlerfolg entscheidend mitbeeinflusst. Daran anknüpfend können die Hypothesen überprüft werden, welche Annahmen darüber treffen, wie sich das konkrete ideologische Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP auf die Wahlergebnisse beider Akteurinnen auswirkt.

Hinsichtlich der publizierten Grundsatzprogramme in der Periode von 1945 bis etwa 1960 ist zu vermerken, dass ein relativ großer programmatischer Unterscheid zwischen SPÖ und ÖVP vorherrscht. Diese Strategie der ideologischen Differenzierung betrachtend, ist davon auszugehen, dass die Parteien in jener Phase die Charakteristika der Massenintegrationspartei auf Klassenbasis aufweisen. Gemäß dieser Organisationsform sind SPÖ und ÖVP in dieser Periode tief in der Zivilgesellschaft verankert und fokussieren sich in ihren politischen Agenden auf die milieuspezifischen Interessen des Proletariats sowie des bürgerlich-konservativen Lagers. Dadurch gelingt es den beiden Parteien, Personen aus diesen sozialen Gruppierungen als Mitglieder an sich zu binden. Zudem halten die Fraktionen die Intensität des politischen Wettbewerbs durch ihre umfassende programmatische Differenzierung in dieser Phase vergleichsweise gering, da man sich auf unterschiedliche WählerInnenkreise konzentriert. Diese Faktoren stellen in Summe die nötigen Prämissen dar, die SPÖ und ÖVP von 1945 bis etwa 1980 ein goldenes Zeitalter durchleben lassen.

Anzumerken ist hier zudem, dass sich vor allem das SPÖ-Grundsatzprogramm 1947 als hochgradig ideologisiert präsentiert. Das ÖVP-Manifest 1945 weist indessen ein relativ unscharfes Profil auf. Nichtsdestotrotz erreichen beide Parteien in dieser historischen Periode beachtliche Wahlerfolge auf Bundesebene. Dies impliziert, dass es in der damaligen Anfangsperiode der Zweiten Republik weniger entscheidend ist, ob eine Partei ideologisiert oder entideologisiert

auftritt. Vielmehr scheint die programmatische Differenzierung von der sozialdemokratischen Konkurrentin, ein wesentlicher Faktor für den wahlpolitischen Erfolg der ÖVP zu sein. Dadurch, dass sich die ÖVP programmatisch deutlich von der SPÖ abgrenzt, sind die Christlich-Sozialen den Präferenzen der bürgerlichen ÖsterreicherInnen um ein Vielfaches näher. Infolgedessen ist der Wahlerfolg der österreichischen Volkspartei in dieser ersten Zeitspanne nach 1945 abgesichert.

Die Forschungsergebnisse vermitteln weiters, dass sich SPÖ und ÖVP dem Catch-All Kalkül ab den 1960er Jahren verstärkt zuwenden. Dahingehend kristallisiert sich heraus, dass ein hoher Grad an ideologischer Übereinstimmung erstmals beim direkten Vergleich des SPÖ-Programmes 1978 und der ÖVP-Schrift 1972 auftritt. Parallel dazu zeigen die Nationalratswahlergebnisse, dass sich der Stimmenschwund beider Fraktionen nur unwesentlich später, im Zuge der 1980er Jahre, abzuzeichnen beginnt.

Diese Beobachtung ist ein wesentliches Indiz, dass sich die Strategie des Catch-Allism nachhaltig negativ auf das Abscheiden der traditionellen Mitgliederparteien bei Nationalratswahlen auswirkt. Das Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP erweist sich einerseits als defizitär, da die Präferenzen der BürgerInnen von den beiden Fraktionen nur unzureichend angesprochen werden. Durch die zivilgesellschaftliche Entgrenzung verlieren die Parteien den Bezug zur Bevölkerung. Dies ist ein wesentlicher Faktor, der dazu beiträgt, dass SPÖ und ÖVP auf neue gesellschaftliche Problemlagen in ihren Agenden nur unzureichend reagieren können. Angesichts dessen wird es für die Parteien bedeutend schwieriger, ihre politischen Standpunkte entsprechend auf die WählerInnenpräferenzen einzustellen. Dies hat zur Folge, dass SPÖ und ÖVP signifikant an Inklusionskraft gegenüber der Bevölkerung verlieren. Ausdruck findet diese Tatsache beispielsweise durch die stetig abnehmende Mitgliederdichte beider Fraktionen.

Ferner ist das Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP angesichts der zunehmenden Wettbewerbsintensität als problematisch zu erachten. Einerseits intensivieren die Parteien den unmittelbaren Wettbewerb zueinander, da sie sich auf die idente Kernzielgruppe fokussieren. Andererseits ermöglicht man es kleineren politischen KonkurrentInnen, sich erfolgreicher im politischen Spektrum zu positionieren. In Österreich legen dahingehend vor allem die FPÖ, aber auch die Grünen, seit 1986 beträchtlich an Stimmanteilen zu. Dies impliziert in Summe, dass es die ideologische Konvergenz für SPÖ und ÖVP erheblich erschwert, ihre dominante Stellung in der österreichischen Parteienlandschaft nach 1980 aufrecht zu erhalten.

In den jüngeren Manifesten der letzten zwanzig Jahre zeichnet sich ab, dass die ideologische Ähnlichkeit im Wesentlichen beibehalten wird. Ein außerordentlich hohes Niveau erreicht der Übereinstimmungsgrad anhand der Grundsatzprogramme der 1990er Jahre. In Relation dazu wird die Konvergenz in den aktuellen Parteischriften nach der Jahrtausendwende in leicht abgeschwächter Form fortgesetzt. Somit treffen die Hypothesen von Kartellpartei, Medien-

kommunikationspartei, Professional Electoral Party, sowie Professionalisierter Wählerpartei, die von einer anhaltend hohen programmatischen Ähnlichkeit ab den 1980ern ausgeht, auch in Bezug auf den Fall Österreich zu.

In letzter Konsequenz wird SPÖ und ÖVP auf Basis der Erkenntnisse dieser Studie parteistategisches Fehlverhalten attestiert. Durch den Trend zur programmatischen Ähnlichkeit verabsäumen es die beiden Kontrahentinnen sich mit Fortdauer der Zweiten Republik auf die wandelnden externen Kontextbedingungen einzustellen. Dieses Fehlverhalten resultiert schlussendlich darin, dass SPÖ und ÖVP ihre Aussichten auf Wahlerfolg eigenständig minimieren.

Herauszustreichen ist an dieser Stelle, dass diese Studie keineswegs den Rückschluss zieht, der Stimmenrückgang bei SPÖ und ÖVP sei allein auf das Positionierungsverhalten der Parteien zurückzuführen. Es ist evident, dass der Wahlniedergang von SPÖ und ÖVP ein äußerst facettenreiches Phänomen ist, welches durch das Zusammenspiel zahlreicher Faktoren entsteht. Dahingehend wurde im Rahmen dieser Arbeit gezeigt, dass der gesellschaftliche Wandel und die zunehmende Intensität des parteilichen Wettbewerbs ebenso eine entscheidende Rolle spielen. Nichtsdestotrotz offenbart diese Studie in ihrer Kernaussage, dass SPÖ und ÖVP den Wahlniedergang durch ein ineffizientes parteiliches Positionierungsverhalten auch eigenständig weiter vorantreiben.

7. Ausblick

Bilanzierend sind die Entwicklungstendenzen im ideologischen Positionierungsverhalten der österreichischen Mitgliederparteien im Laufe der Zweiten Republik demnach sehr kritisch zu betrachten. Die Studienergebnisse lassen darauf schließen, dass die Fraktionen ihre Problemlage, einem parteistategischen Fehlverhalten folgend, zu einem nicht unwesentlichen Teil, auch selbst kreieren. Demgegenüber interpretiert diese Forschungsarbeit das Positionierungsverhalten jedoch auch als Werkzeug zur potentiellen politischen Regeneration von SPÖ und ÖVP.

Daher sei hier abschließend ein Ausblick gegeben, wie sich das Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP in Zukunft gestalten könnte. Innerhalb der letzten zwanzig Jahre haben sich die ideologischen Parteipositionen nur unwesentlich gewandelt. Vielmehr stagnieren die Parteien auf dem Niveau eines hohen Übereinstimmungsgrades. Zwar distanziert sich die SPÖ im sozialpolitischen und die ÖVP im wirtschaftspolitischen Bereich nach der Jahrtausendwende wieder etwas vom politischen Zentrum, jedoch ist dieser Wandel im Positionierungsverhalten insgesamt wenig umfassend. In Bezugnahme auf den Beobachtungszeitraum der Zweiten

Republik spiegelt sich die These, wonach sich SPÖ und ÖVP gegenwärtig wieder ideologisieren, um auf den intensiver werdenden Wettbewerb zu reagieren, nur sehr bedingt in den Forschungsergebnissen wider. Vielmehr zeigt sich, dass die Grundsatzprogramme der Gegenwart bei weitem nicht mehr den beachtlichen Ideologierungsgrad von Manifesten aus der Phase um 1945 erreichen.

Vom Status Quo aus betrachtet erscheint das Szenario einer Entwicklungstendenz in Richtung einer fundamentalen Ideologisierung daher als wenig realistisch. Solange SPÖ und ÖVP aus Nationalratswahlen regelmäßig als stimmenstärkste Fraktionen hervorgehen, ist es als unwahrscheinlich anzusehen, dass sich die Akteurinnen im politischen Spektrum künftig vollkommen neu orientieren. Wie Panebianco (1988) unterstreicht, gehen Revolutionen am politischen Markt in der Regel nicht vom Establishment sondern von neu aufkommenden parteilichen Kräften aus.¹⁵⁸ Dieses Argument rückt das Erstarken der kleineren politischen Rivalinnen, wie FPÖ und Grüne, ins Zentrum. Der Umstand, dass diese Fraktionen SPÖ und ÖVP zunehmend unter Druck setzen, könnte letztlich dazu führen, dass die traditionellen Mitgliederparteien ihr Positionierungsverhalten künftig grundlegend ändern müssen.

Wie die Ergebnisse von Nationalratswahlen in der Zweiten Republik zeigen, geht der Aufschwung von politischen Mitbewerberinnen Hand in Hand mit dem Stimmenschwund von SPÖ und ÖVP. Basierend auf der Analyse bisheriger Nationalratswahlergebnisse, ist das Fortschreiten des wahlpolitischen Niederganges der traditionellen Großparteien kein völlig unrealistisches Szenario. Setzt sich diese Entwicklung weiter fort, so ist gewiss, dass SPÖ und ÖVP ihre Chancen auf Regierungsbeteiligung an einem gewissen Zeitpunkt in der Zukunft nachhaltig minimiert sehen werden. Ist diese hypothetische Extremsituation einmal erreicht, so würde das Beharren auf entideologisierten Standpunkten das langfristige Überleben der traditionellen österreichischen Mitgliederparteien umfassend bedrohen. Infolgedessen wären SPÖ und ÖVP in einer derartigen Situation gefordert, einen Lösungsansatz für ihre Bredouille zu finden.

Wie im Rahmen dieser Studie eingehend beschrieben wurde, könnte sich ideologische Differenzierung in Zukunft wieder als durchwegs erfolgversprechende strategische Alternative durchsetzen. So wurde gezeigt, dass differenzierte und somit ideologisierte Parteien durch direkten Bevölkerungskontakt weitaus sensibler für soziale Transformationen sind. Damit könnten SPÖ und ÖVP ihre künftigen Agenden wieder effizienter an die politische Präferenzstruktur der ÖsterreicherInnen anpassen.

Ebenso reduzieren ideologisch differenzierte Fraktionen den direkten Wettbewerb zueinander, da man sich auf die Interessen unterschiedlicher WählerInnenmilieus fokussiert. Zudem würde es die Differenzierungsstrategie von SPÖ und ÖVP den kleineren Parteien erschweren, sich im

¹⁵⁸ vgl. Panebianco 1988: S. 274

politischen Spektrum zu profilieren. In Summe ist davon auszugehen, dass diese Form der Neu-positionierung, die sich effizienter an externen Umweltbedingungen orientiert, die künftigen Wahlerfolgchancen von SPÖ und ÖVP deutlich steigern könnte.

Nicht zuletzt in Anbetracht dieses potenziellen Entwicklungsszenarios gilt es, das ideologische Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP in Zukunft weiterhin mit großer Aufmerksamkeit zu verfolgen. Diesbezüglich wäre es interessant zu beobachten, inwiefern die in dieser Studie ermittelte leichte Tendenz der Entideologisierung im wirtschaftspolitischen und im sozialpolitischen Bereich tatsächlich fortgesetzt wird. Denkbar wäre schließlich auch, dass es sich bei diesem Phänomen letzten Endes lediglich um eine natürliche Schwankung handelt, die von Manifest zu Manifest auftritt.

Einen richtungsweisenden Indikator hinsichtlich zukünftiger Trends im Positionierungsverhalten wird vor allem das momentan in Arbeit befindliche Grundsatzprogramm der SPÖ darstellen, welches in naher Zukunft an die Öffentlichkeit herangetragen werden soll. Auf Basis dessen können sich zukünftige Studien damit beschäftigen, welchen Weg die österreichische Sozialdemokratie in Bezugnahme auf ihre programmatische Schwerpunktsetzung in den nächsten Jahren begeht.

Überdies werden die politischen MitbewerberInnen von SPÖ und ÖVP in der Forschung der kommenden Jahre weitaus stärker zu berücksichtigen sein. In diesem Sinne könnte ein künftiger Studienfokus auf dem Positionierungsverhalten der politischen Konkurrenz von SPÖ und ÖVP, allen voran der FPÖ und den Grünen, liegen. Diesbezüglich drängt sich in erster Linie die Frage auf, wie effizient FPÖ und Grüne in ihrem Positionierungsverhalten auf die im Rahmen dieser Studie ermittelte ideologische Konvergenz zwischen SPÖ und ÖVP reagieren.

8. Anhang

In diesem ergänzenden Abschnitt sind sämtliche erhobenen Daten zum Positionierungsverhalten in tabellarischer Form dargestellt. Durch diese Zusatzinformationen werden die Studienergebnisse im Detail vermittelt. Die beiden nachfolgenden Tabellen zeigen die Resultate zum allgemeinen ideologischen Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP im Laufe der Zweiten Republik. Diese Werte stellen die Datengrundlage der Grafiken in Kapitel 6.1 dar. Die Lesart dieser Tabellen ist dem Abschnitt zur methodischen Vorgehensweise (Kap. 5.3.1) zu entnehmen.

Absolute Werte zum allgemeinen Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP				
	distributive Konfliktlinie		politisch-kulturelle Konfliktlinie	
	Marktliberalismus	Sozialstaatlichkeit	Traditionalisierung	Modernisierung
SPÖ 1947	0,000745	*0,023845	0,000745	0,018256
SPÖ 1958	0,001134	0,009637	0,000425	0,014314
SPÖ 1978	0,000920	0,010642	0,000920	0,017081
SPÖ 1998	0,001647	0,007017	0,000430	0,018831
SPÖ 2013	0,000902	0,008045	0,000451	0,018571
ÖVP 1945	0,009892	0,004496	0,018885	0,018885
ÖVP 1958	0,011153	0,004907	0,004015	0,008030
ÖVP 1972	0,007069	0,003742	0,001940	0,015385
ÖVP 1995	0,007125	0,004574	0,004046	0,017240
ÖVP 2015	0,009917	0,005650	0,002652	*0,021448

Relative Werte zum allgemeinen Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP				
	distributive Konfliktlinie		politisch-kulturelle Konfliktlinie	
	Marktliberalismus	Sozialstaatlichkeit	Traditionalisierung	Modernisierung
SPÖ 1947	0,03125	1,00000	0,03474	0,85118
SPÖ 1958	0,04755	0,40416	0,01982	0,66737
SPÖ 1978	0,03857	0,44632	0,04288	0,79636
SPÖ 1998	0,06907	0,29428	0,02003	0,87799
SPÖ 2013	0,03784	0,33739	0,02103	0,86587
ÖVP 1945	0,41485	0,18857	0,88048	0,88048
ÖVP 1958	0,46774	0,20581	0,18720	0,37440
ÖVP 1972	0,29644	0,15694	0,09047	0,71729
ÖVP 1995	0,29879	0,19182	0,18864	0,80379
ÖVP 2015	0,41589	0,23696	0,12366	1,00000

Die weiteren Tabellen zeigen das Positionierungsverhalten von SPÖ und ÖVP in spezifischen Politikfeldern. Somit sind diese Zahlenwerte die Basis für sämtliche Abbildungen in Kapitel 6.2. Hervorzuheben ist, dass hier im Anhang zusätzlich die Bereiche Gesundheitspolitik, Energie- und Umweltpolitik, Innenpolitik sowie Verkehrspolitik tabellarisch dargestellt werden. Diese Felder sind aufgrund ihrer geringen Relevanz in Grundsatzprogrammen nicht im Hauptteil dieser Studie angeführt. Hinsichtlich der Interpretation all jener Tabellen sei abermals auf den Abschnitt zur methodischen Vorgehensweise (Kap. 5.3.2) verwiesen.

Ideologisches Positionierungsverhalten im Bereich Wirtschafts- und Finanzpolitik				
	absolut		relativ	
	Marktliberalismus	Sozialstaatlichkeit	Marktliberalismus	Sozialstaatlichkeit
SPÖ 1947	0,000745	*0,012668	0,058824	1,000000
SPÖ 1958	0,001134	0,005244	0,089502	0,413949
SPÖ 1978	0,000723	0,006767	0,057046	0,534157
SPÖ 1998	0,001074	0,002148	0,084786	0,169571
SPÖ 2013	0,000752	0,002406	0,059354	0,189934
ÖVP 1945	0,007194	0,000000	0,567922	0,000000
ÖVP 1958	0,009815	0,001785	0,774796	0,140872
ÖVP 1972	0,005128	0,001247	0,404827	0,098471
ÖVP 1995	0,004838	0,001143	0,381895	0,090266
ÖVP 2015	0,006112	0,000692	0,482459	0,054618

Ideologisches Positionierungsverhalten im Bereich Sozialpolitik				
	absolut		relativ	
	Marktliberalismus	Sozialstaatlichkeit	Marktliberalismus	Sozialstaatlichkeit
SPÖ 1947	0,000000	*0,007452	0,000000	1,000000
SPÖ 1958	0,000000	0,004393	0,000000	0,589598
SPÖ 1978	0,000197	0,003022	0,026449	0,405545
SPÖ 1998	0,000430	0,004296	0,057654	0,576543
SPÖ 2013	0,000150	0,004962	0,020180	0,665955
ÖVP 1945	0,002698	0,004496	0,362050	0,603417
ÖVP 1958	0,001338	0,003123	0,179612	0,419094
ÖVP 1972	0,001940	0,002495	0,260402	0,334802
ÖVP 1995	0,001935	0,003342	0,259689	0,448553
ÖVP 2015	0,003805	0,004497	0,510678	0,603529

Ideologisches Positionierungsverhalten im Bereich Verkehrspolitik				
	absolut		relativ	
	Marktliberalismus	Sozialstaatlichkeit	Marktliberalismus	Sozialstaatlichkeit
SPÖ 1947	0,000000	*0,003726	0,000000	1,000000
SPÖ 1958	0,000000	0,000000	0,000000	0,000000
SPÖ 1978	0,000000	0,000854	0,000000	0,229221
SPÖ 1998	0,000143	0,000573	0,038436	0,153745
SPÖ 2013	0,000000	0,000677	0,000000	0,181624
ÖVP 1945	0,000000	0,000000	0,000000	0,000000
ÖVP 1958	0,000000	0,000000	0,000000	0,000000
ÖVP 1972	0,000000	0,000000	0,000000	0,000000
ÖVP 1995	0,000352	0,000088	0,094432	0,023608
ÖVP 2015	0,000000	0,000461	0,000000	0,123801

Ideologisches Positionierungsverhalten im Bereich Außen- und Europapolitik				
	absolut		relativ	
	Traditionalisierung	Modernisierung	Traditionalisierung	Modernisierung
SPÖ 1947	0,000000	0,003726	0,000000	0,873243
SPÖ 1958	0,000000	0,002693	0,000000	0,631121
SPÖ 1978	0,000000	0,002102	0,000000	0,492715
SPÖ 1998	0,000000	0,002434	0,000000	0,570590
SPÖ 2013	0,000075	0,001805	0,017622	0,422938
ÖVP 1945	0,000000	0,002698	0,000000	0,632316
ÖVP 1958	0,000223	0,001785	0,052282	0,418253
ÖVP 1972	0,000139	0,001247	0,032485	0,292364
ÖVP 1995	0,000704	0,002639	0,164925	0,618467
ÖVP 2015	0,000346	*0,004267	0,081081	1,000000

Ideologisches Positionierungsverhalten im Bereich Bildungs- und Kulturpolitik				
	absolut		relativ	
	Traditionalisierung	Modernisierung	Traditionalisierung	Modernisierung
SPÖ 1947	0,000000	0,001118	0,000000	0,112993
SPÖ 1958	0,000000	0,002551	0,000000	0,257885
SPÖ 1978	0,000066	0,003942	0,006641	0,398466
SPÖ 1998	0,000000	0,005012	0,000000	0,506685
SPÖ 2013	0,000000	0,005263	0,000000	0,532057
ÖVP 1945	*0,009892	0,001799	1,000000	0,181818
ÖVP 1958	0,000669	0,002231	0,067650	0,225498
ÖVP 1972	0,000277	0,003465	0,028022	0,350280
ÖVP 1995	0,000616	0,002463	0,062243	0,248970
ÖVP 2015	0,000346	0,003690	0,034971	0,373029

Ideologisches Positionierungsverhalten im Bereich Demokratieverständnis				
	absolut		relativ	
	Traditionalisierung	Modernisierung	Traditionalisierung	Modernisierung
SPÖ 1947	0,000000	0,008197	0,000000	0,701135
SPÖ 1958	0,000283	0,004110	0,024246	0,351561
SPÖ 1978	0,000131	0,005256	0,011239	0,449552
SPÖ 1998	0,000072	0,004439	0,006125	0,379735
SPÖ 2013	0,000000	0,003158	0,000000	0,270121
ÖVP 1945	0,005396	*0,011691	0,461538	1,000000
ÖVP 1958	0,001115	0,002900	0,095403	0,248048
ÖVP 1972	0,000693	0,005544	0,059278	0,474226
ÖVP 1995	0,000792	0,004750	0,067715	0,406287
ÖVP 2015	0,000577	0,004843	0,049319	0,414278

Ideologisches Positionierungsverhalten im Bereich Familienpolitik				
	absolut		relativ	
	Traditionalisierung	Modernisierung	Traditionalisierung	Modernisierung
SPÖ 1947	0,000373	0,001863	0,12706	0,63529
SPÖ 1958	0,000000	0,002409	0,00000	0,82163
SPÖ 1978	0,000066	0,001839	0,02240	0,62730
SPÖ 1998	0,000000	0,002506	0,00000	0,85464
SPÖ 2013	0,000075	*0,002932	0,02564	1,00000
ÖVP 1945	0,00090	0,00000	0,30668	0,00000
ÖVP 1958	0,00089	0,00067	0,30428	0,22821
ÖVP 1972	0,00028	0,00194	0,09453	0,66173
ÖVP 1995	0,00053	0,00176	0,17998	0,59992
ÖVP 2015	0,00000	0,00242	0,00000	0,82582

Ideologisches Positionierungsverhalten im Bereich Energie- und Umweltpolitik				
	absolut		relativ	
	Traditionalisierung	Modernisierung	Traditionalisierung	Modernisierung
SPÖ 1947	0,000000	0,001863	0,000000	0,882467
SPÖ 1958	0,000000	0,000000	0,000000	0,000000
SPÖ 1978	0,000197	0,000591	0,093360	0,280080
SPÖ 1998	0,000000	0,001647	0,000000	0,780130
SPÖ 2013	0,000000	0,000677	0,000000	0,320555
ÖVP 1945	0,000000	0,000000	0,000000	0,000000
ÖVP 1958	0,000000	0,000000	0,000000	0,000000
ÖVP 1972	0,000000	0,000693	0,000000	0,328280
ÖVP 1995	0,000000	*0,002111	0,000000	1,000000
ÖVP 2015	0,000000	0,001845	0,000000	0,874001

Ideologisches Positionierungsverhalten im Bereich Gesundheitspolitik				
	absolut		relativ	
	Traditionalisierung	Modernisierung	Traditionalisierung	Modernisierung
SPÖ 1947	0,000000	0,000000	0,000000	0,000000
SPÖ 1958	0,000000	0,000567	0,000000	0,223459
SPÖ 1978	0,000000	0,001511	0,000000	0,595597
SPÖ 1998	0,000072	0,001360	0,028224	0,536263
SPÖ 2013	0,000000	0,001880	0,000000	0,740943
ÖVP 1945	0,000000	0,000000	0,000000	0,000000
ÖVP 1958	0,000000	0,000000	0,000000	0,000000
ÖVP 1972	0,000139	0,001802	0,054634	0,710238
ÖVP 1995	0,000528	0,001495	0,208030	0,589418
ÖVP 2015	0,000923	*0,002537	0,363636	1,000000

Ideologisches Positionierungsverhalten im Bereich Innenpolitik				
	absolut		relativ	
	Traditionalisierung	Modernisierung	Traditionalisierung	Modernisierung
SPÖ 1947	0,000000	0,000745	0,000000	0,367059
SPÖ 1958	0,000000	0,000992	0,000000	0,488683
SPÖ 1978	0,000000	0,001380	0,000000	0,679572
SPÖ 1998	0,000215	0,000788	0,105813	0,387979
SPÖ 2013	0,000000	*0,002030	0,000000	1,000000
ÖVP 1945	0,000000	0,001799	0,000000	0,885958
ÖVP 1958	0,000223	0,000223	0,109880	0,109880
ÖVP 1972	0,000277	0,000277	0,136547	0,136547
ÖVP 1995	0,000528	0,001759	0,259966	0,866554
ÖVP 2015	0,000231	0,001038	0,113605	0,511224

Ideologisches Positionierungsverhalten im Bereich Verteidigungspolitik				
	absolut		relativ	
	Traditionalisierung	Modernisierung	Traditionalisierung	Modernisierung
SPÖ 1947	0,000000	0,000745	0,000000	0,276205
SPÖ 1958	0,000142	0,000992	0,052532	0,367725
SPÖ 1978	0,000460	0,000394	0,170455	0,146104
SPÖ 1998	0,000072	0,000644	0,026541	0,238866
SPÖ 2013	0,000301	0,000827	0,111479	0,306566
ÖVP 1945	*0,002698	0,000000	1,000000	0,000000
ÖVP 1958	0,000892	0,000223	0,330731	0,082683
ÖVP 1972	0,000139	0,000416	0,051374	0,154123
ÖVP 1995	0,000352	0,000264	0,130413	0,097810
ÖVP 2015	0,000231	0,000807	0,085486	0,299200

Quellenverzeichnis

- Beyme, K. v. (2000): Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.
- Blyth, M./Katz, R. S. (2005): From Catch-all Politics to Cartelisation. The Political Economy of the Cartel Party. West European Politics, Vol. 28, Nr. 1, S. 33-60.
- Bundesministerium für Inneres (2016): Österreichische Nationalratswahlergebnisse. unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/, (dl: 16.5.2016)
- Crouch, C. (2008): Postdemokratie. Bonn.
- Däubler, T. (2013): Wie entstehen Wahlprogramme? Eine Untersuchung zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 2006. Zeitschrift für Politikwissenschaft, 22. Jg. (2012), Heft 3, S. 333 – 365.
- Die Grünen (2001): Grundsatzprogramm der Grünen. Linz.
- Downs, A. (1968): Ökonomische Theorie der Demokratie. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.
- Flechthelm, O. K. (1968): Parteiprogramme. in: Lenk, K./Neumann, F. (Hrsg.): Theorie und Soziologie der politischen Parteien. Darmstadt, Neuwied: Luchterhand, S. 179–186.
- Franzmann S. (2008): Programmatische Konvergenz innerhalb der westeuropäischen Parteienfamilien? Ein Vergleich von christ- und sozialdemokratischen Parteien in Europa. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 37 Jg. (2008), Heft 1, S. 79–98.
- Frölich-Steffen, S. (2004): Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus. Austrian Journal of Political Science, Bd. 33, Nr. 3, S. 281-295.
- FPÖ (2011): Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Österreich zuerst. Graz.
- Giddens, A. (1999): Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Grande, E./Kriesi, H. (2013): Das doppelte Gesicht der Politisierung. Zur Transformation politischer Konfliktstrukturen im Prozess der Globalisierung. in: Zürn, M. (Hrsg.): Die Politisierung der Weltpolitik: Umkämpfte internationale Institutionen, Suhrkamp, Berlin, S. 84-108.
- Helms, L. (2001): Die „Kartellparteien“-These und ihre Kritiker. Politische Vierteljahresschrift, Vol. 42, Nr. 2, S. 698-708.
- Hornig, E. C. (2008): Die Spätphase der Mitgliederpartien in Westeuropa. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 37. Jg., Heft 1, S. 45-62.
- Ignazi, P. (1995): The Re-emergence of the Extreme Right in Europe. Reihe Politikwissenschaft, Institut für Höhere Studien, Nr. 21, S. 1-15.
- Jun, U. (2013): Typen und Funktionen von Parteien. in: Niedermayer, O. (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung, Springer Fachmedien, Wiesbaden.

- Jun, U. (2009): Parteien, Politik und Medien. Wandel der Politikvermittlung unter den Bedingungen der Mediendemokratie. in: Marcinkowski F./Pfetsch, B. (Hrsg.): Politik in der Mediendemokratie. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 42, S. 270-295.
- Jun, U. (2004): Der Wandel von Parteien in der Mediendemokratie. SPD und Labour Party im Vergleich, Campus, Frankfurt am Main.
- Katz, R. S./Mair, P. (1995): Changing models of party organization and party democracy. Party Politics, Vol. 1, Nr. 1, S. 5-28.
- Katz, R. S./Mair P. (2009): The Cartel Party Thesis: A Restatement. Perspectives on Politics. Vol. 7, Nr. 3, S. 753-766.
- Keman H./Pennings P. (2006): Competition and Coalescence in European Party Systems: Social Democracy and Christian Democracy Moving into the 21st Century. Swiss Political Science Review, Vol. 12, Nr. 2, S. 95-126.
- Kirchheimer, O. (1965): Wandel des westeuropäischen Parteiensystems. Politische Vierteljahresschrift, Vol. 6, Nr. 1, S. 20-41.
- Kitschelt, H. (2001): Politische Konfliktlinien in westlichen Demokratien: Ethnisch-kulturelle und wirtschaftliche Verteilungskonflikte. in: Loch, D./Heitmeyer, W. (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main. S. 418- 442.
- Koole, R. (1996): Cadre, Catch-All or Cartel? A comment on the notion of the Cartel Party. Party Politics, Vol. 2, No. 4, S. 507-523.
- Laakso, M./Taagepera, R. (1979): The "Effective" Number of Parties: A Measure with Application to West Europe. Comparative Political Studies, Vol.12, Nr. 1, S. 3-27.
- Ladner, A. (2004): Stabilität und Wandel von Parteien und Parteiensystemen. Eine vergleichende Analyse von Parteien und Parteiensystemen in den Schweizer Kantonen. Springer Fachmedien Wiesbaden GMBH.
- Lipset, S. M./Rokkan, S. (1967): Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments. An Introduction, in: Lipset, S. M./Rokkan, S. (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives. Free Press, New York 1967, S. 1-64.
- Lösche, P. (2009): Ende der Volksparteien. Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Heft 51, S. 6-12.
- Mansergh, L. E./Thomson, R. (2007): Election Pledges, Party Competition and Policymaking, Comparative Politics. 39 (3), S. 311-329.
- Merz, N./Regel, S. (2013): Die Programmatik der Parteien. in: Niedermayer, O. (Hrsg): Handbuch Parteienforschung, Springer. Wiesbaden, S. 211-238.
- Müller, W. C. (1988): Patronage im österreichischen Parteiensystem. Theoretische Überlegungen und empirische Befunde. in: Pelinka, A./Plasser, F. (Hrsg.): Das österreichische Parteiensystem, Wien-Köln- Graz, S. 457-487.
- Mitnik, P. (2010): Die FPÖ – eine rechtsextreme Partei? Zur Radikalisierung der Freiheitlichen unter HC-Strache. Politikwissenschaft, Band 177, LIT Verlag, Berlin.

- ÖVP (1945): Die programmatischen Leitsätze der ÖVP. unter:
http://austria-forum.org/af/AEIOU/Österreichische_Volkspartei%2C_ÖVP/Programmatische_Leitsätze_1945
 (dl.: 29.7.2016)
- ÖVP (1958): „Was wir wollen“, das Grundsatzprogramm der Österreichischen Volkspartei (1958). Wien, unter:
http://austria-forum.org/af/AEIOU/Österreichische_Volkspartei%2C_ÖVP/Was_Wir_Wollen_1958,
 (dl. 29.07.2016)
- ÖVP (1972): Salzburger Programm. unter:
http://austria-forum.org/af/AEIOU/Österreichische_Volkspartei%2C_ÖVP/Salzburger%20Programm,
 (dl.: 29.07.2016)
- ÖVP (1995): ÖVP Grundsatzprogramm. Wien, unter:
http://austria-forum.org/af/AEIOU/Österreichische_Volkspartei%2C_ÖVP/Grundsatzprogramm_OEVP_1995m,
 (dl.: 29.07.2016)
- ÖVP (2015): Grundsatzprogramm 2015 der Österreichischen Volkspartei. Wien.
- Panbianco, A. (1988): *Political Parties: Organization & Power*. Cambridge University Press, Cambridge.
- Pelinka, A./Rosenberger, S. (2007): *Österreichische Politik. Grundlagen Strukturen Trends*. 3. Auflage, Facultas Universitätsverlag, Wien.
- Plasser, F. (1999): Von „Parteisoldaten“ zu Online-Parteisymphisanten. Eine Zeitreise durch Österreichs Parteiengeschichte. in: Gärtner, R. (Hrsg.): *Blitzlichter*, Innsbruck/Wien, S. 27-35.
- Plasser F./Ullrich P. A. (2000a): Parteien ohne Stammwähler? in: Pelinka, A. et al. (Hrsg.): *Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien*. Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22, Signum-Verlag, Wien, S. 169-202.
- Plasser F./Ullrich P. A. (2000b): Rechtspopulistische Resonanzen. Die Wählerschaft der FPÖ, in: Plasser F./Ullrich P. A./Sommer, F. (Hrsg.): *Das österreichische Wahlverhalten*. Wien. S. 225 – 241.
- Praprotnik, K. (2015): Die Policy-Bilanz der Regierung Faymann I. Eine Studie zur Anwendbarkeit der Mandatstheorie. *OZP – Austrian Journal of Political Science*, Vol. 44, Issue 2.
- Rölle, D. (2002): Nichts Genaues weiß man nicht!? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 54, S. 264–280.
- Sartori, G. (1968): *The Sociology of Parties: A Critical Review*. in: Stammer, O. (Hrsg.): *Party Systems, Party Organizations and the Politics of the New Masses*. Institut für politische Wissenschaften, Berlin.
- Schmidt, M. G. (2008): *Demokratietheorien. Eine Einführung*. 4. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GMBH, Wiesbaden.
- Seethaler, J./Melischek, G. (2013): Kommt es in Österreich zu neuen Allianzen zwischen Medien und Parteien? in: Imhof, K./Blum R./Bonfadelli, H./Jarren, O. (Hrsg.): *Stratifizierte und segmentierte Öffentlichkeit*. Mediensymposium. Springer Verlag, Fachmedien, Wiesbaden, S. 93-121.

- Sell, F. L./Stratmann, F. (2011): Downs' ökonomische Theorie der Demokratie 2.0: Politische Präferenzen und Gleichheitsaversion. Volkswirtschaftliche Diskussionsbeiträge, Universität der Bundeswehr München, Fachgruppe für Volkswirtschaftslehre, Nr. 2011, 1.
- Sickinger, H. (2000): Parteien- und Wahlkampffinanzierung in den 90er Jahren. in: Plasser F./Ulram, P.A./Sommer, F. (Hrsg.): Das österreichische Wahlverhalten. Böhlau Verlag, Wien, S. 305–331.
- SORA (2013): Wahlanalyse Nationalratswahl 2013. ISA – Institut für Strategieanalysen.
- SORA (2006): Analysen zur Nationalratswahl 2006.
- SORA (2002): Nationalratswahl 2002. Analyse des Wahlergebnisses und des Wahlkampfes.
- SPÖ (1947): Aktionsprogramm der Sozialistischen Partei Österreichs, Wien.
- SPÖ (1958): Das Parteiprogramm 1958. Dr. Karl-Renner Institut, Wien.
- SPÖ (1978): Das Programm der SPÖ. Zukunft-Verlagsgesellschaft-m.b.h. Wien.
- SPÖ (1998): SPÖ Grundsatzprogramm. SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, Wien.
- SPÖ (2013): 111 Projekte für Österreich. SPÖ-Wahlprogramm 2013. Wien.
- Stammer, O./Weingart, P. (1972): Politische Soziologie. München: Juventa.
- Strom, K. (1990): A Behavioral Theory of Competitive Political Parties. American Journal of Political Science, Vol. 34, S. 565–598.
- Suchanek, A./Kerscher K.-J. (2007): Der homo oeconomicus: Verfehltes Menschenbild oder leistungsfähiges Analyseinstrument? in: Lang, R./Schmidt A. (Hrsg.): Individuum und Organisation. Neue Trends eines organisationswissenschaftlichen Forschungsfeldes. Deutscher Universitätsverlag, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden. S. 251-275
- Thomson, R./Royed, T./Naurin, E./Artes, J./Ferguson, M. J./Kostadinova, P./Moury, C. (2012): The Program-to-Policy Linkage. A Comparative Study of Election Pledges and Government Policies in Ten Countries. APSA 2012 Annual Meeting Paper.
- Treibel, J. (2009): Was stand zur Wahl 2009? Grundsatzprogramme, Wahlprogramme und der Koalitionsvertrag im Vergleich. in: Korte K.-R. (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Springer Fachmedien, Wiesbaden, S. 89-116.
- Vielhaber B. (2015): Mitgliederpartei oder Professionelle Wählerpartei. Abgeordnetenbefragungen zum Parteiwandel in CDU und SPD. Springer, Wiesbaden.
- Westle, B. (2005): Politisches Wissen und Wahlen. in: Falter J. W./Gabriel, O. W./Weßels, B. (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 484–512.
- Wiesendahl, E. (2013): Parteienforschung im Rahmen der Sozialwissenschaften. in: Niedermayer, O. (Hrsg): Handbuch Parteienforschung. Springer Fachmedien, Wiesbaden.